Wem nützt und wem schadet die jüngste Broschüre der GRF? Seite 10

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 51 vom 20. Dezember 1975 | 9. Jahrgang | 50 Pfennig

Demokratisierung durch Mitbestimmung?

Verschärfung der Ausbeutung und Unterdrückung!

SPD und FDP haben sich auf einen Entwurf für ein neues Mitbestimmungsgesetz geeinigt, das im Januar dem Bundestag vorgelegt werden soll. Die CDU/CSU hat diesem Gesetz im Wesentlichen zugestimmt. Regierung, Kapitalisten und Gewerkschaftsführer sowie die D„K"P-Verräter wollen uns weismachen, die Mitbestimmung würde die kapitalistische Ausbeuterordnung demokratisieren, den Arbeitern in den Betrieben zur Durchsetzung ihrer Interessen verhelfen. Doch in Wirklichkeit soll das Mitbestimmungsgesetz dem Gewerkschaftsapparat noch größere Möglichkeiten verschaffen, als Unterdrückungsinstrument der Kapitalistenklasse gegen die Arbeiterklasse zu arbeiten und den unversöhnlichen Klassenkampf im Keime zu ersticken zu Gunsten des „partnerschaftlichen Zusammenwirkens zwischen Arbeitnehmern und Unternehmern." Mit Hilfe der Mitbestimmung sollen die Ausbeutung und die politische Unterdrückung der Arbeiterklasse vorangetrieben werden. Dieses Mitbestimmungsgesetz ist keine Maßnahme der Demokratisierung, sondern ein weiterer Schritt zur Faschisierung.

Nach dem neuen Gesetz sollen die Aufsichtsräte paritätisch besetzt werden, wobei sich die Anzahl der Vertreter nach der Größe des Betriebes richtet. In den Betrieben mit 20 000 Arbeitern sollen jeweils 10 Kapitalistenvertreter und 10 Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat sitzen. Doch was sind das für „Arbeitervertreter"? Ein leitender Angestellter, der ausdrücklich nach 5 Abs. 3 des Betriebsverfassungsgesetzes Kapitalistenfunktionen haben muß. Dazu kommen im angenommenen Fall drei Vertreter des Gewerkschaftsapparates, die nicht im Betrieb arbeiten, Das sind solche Feinde der Arbeiterklasse wie Vetter vom DGB, der in fünf Aufsichtsräten sitzt, Miteigentümer der Neuen Heimat ist und jährlich 207 600 DM („Wirtschaftswoche") einstreicht. Die restlichen sogenannten Arbeitervertreter sollen aus der Belegschaft gewählt werden. Das sind dann die Herren Betriebsräte, die mit Hilfe des Gewerkschaftsapparates in diesen Sattel gehievt werden. Der Aufsichtsratsvorsitzende wird von den Kapitalisten gewählt und hat im Falle eines Patt zwei Stimmen. Der Aufsichtsrat ist ein durch und durch kapitalistisches Gremium, in dem nur Kapitalisten und korrumpierte Arbeiterverräter sitzen.

Die Gewerkschaftsführer haben den Gesetzentwurf kritisiert, sie fordern die volle paritätische Mitbestimmung. Sie wenden sich vor allem dagegen, daß die letzte Entscheidung im Aufsichtsrat beim Kapital liegt und ein leitender Angestellter auf der sogenannten Arbeitnehmerbank sitzt. Doch was würde sich für die Arbeiterklasse ändern, wenn die volle paritätische Mitbestimmung durchgesetzt worden wäre? Würde sich da auch nur irgend etwas an der Ausbeutung der Arbeiterklasse durch die Kapitalistenklasse ändern? Nein, die Ausbeutung würde in keinster Weise angegriffen, genausowenig wie beim jetzigen Mitbestimmungsentwurf.

Verschärfte Ausbeutung

Einerseits rationalisieren die Kapitalisten jetzt in der Krise ihre Betriebe durch, um ihre Profite zu sichern. Dabei werfen sie Hunderttausende auf die Straße, treiben die Akkorde in die Höhe und senken die Löhne der Arbeiter. Andererseits will die Regierung jetzt das Mitbestimmungsgesetz verabschieden, das den Arbeitern angeblich mehr Rechte in den Betrieben verschafft und angeblich ein Schritt zur „Demokratisierung der Gesellschaft" sein soll. Doch das ist lediglich eine unverschämte Täuschung der Arbeiterklasse. In Wirklichkeit ist es so, daß die Mitbestimmung ein Mittel ist, um die Ausbeutung der Arbeiter zu verschärfen. Jahrelange Erfahrungen auf

Fortsetzung auf Seite 5



Streik bei Thyssen 1975. Die Mitbestimmung ist gegen den revolutionären Klassenkampf gerichtet.

Gegen 13. Strafrechtsänderungsgesetz

Demonstrationen in fünf Städten

In Hamburg, Dortmund, Stuttgart, München und Westberlin demonstrierten am 13. 12. mehrere tausend Menschen gegen das geplante Gesetz, das die Befürwortung der revolutionären Gewalt unter Strafe stellen soll. Zu diesen Demonstrationen war gemeinsam von der KPD/ML und der GRF (KPD) aufgerufen worden. Sie wurde unterstützt von der RHD, der RH e.V. und ausländischen fortschrittlichen Organisationen. Die Demonstrationen stießen bei der Bevölkerung auf Interesse. So wurden zum Beispiel in Dortmund während der Demonstration rund 3000 Extrablätter des ROTEN MORGEN verteilt.



Demonstration in Dortmund

In verschiedenen Städten, so in Westberlin und in Hamburg, wurden auch gemeinsame Veranstaltungen der Partei und der GRF durchgeführt. Sie wurden in Westberlin von 1100 Menschen und in Hamburg von 600 Menschen besucht. In mehreren Städten wurden die Veranstaltungen durch Beiträge und Resolutionen aus der Bevölkerung unterstützt. So wurde in Westberlin eine Protestresolution gegen das Gesetz von Arbeitern aus dem ÖTV-Bereich des Olympiastadions verlesen, die gerade streiken. Dort nahm auch Ingeborg Drewitz, eine Schriftstellerin, gegen das Gesetz Stellung. In Dortmund sprach ein Vertreter einer örtlichen Bürgerinitiative, die gegen den Abriß der Häuser kämpft, in denen die Mieter teilweise schon jahrzehntelang wohnen und protestierte gegen das geplante Gesetz.

Durch diese Demonstrationen und durch die Veranstaltungen ist sicher noch mehr Menschen klar geworden, daß die Regierung im Auftrag der Kapitalistenklasse einen äußerst schwerwiegenden Angriff auf jegliche fortschrittliche Meinungs- und Pressefreiheit plant. Wie nötig es ist, auch weiterhin die Bevölkerung zu informieren, zeigte sich in den letzten Tagen. Denn nur in einzelnen Zeitungen und in kleinen Meldungen konnte man davon lesen, daß der neue Gesetzesentwurf des Bundesjustizministeriums, der anstelle eines neuen Paragraphen 130 a einen Paragraphen 88 a vorsieht, inzwischen vom Strafrechtsausschuß des Bundestags, von der SPD- und der FDP-Fraktion gebilligt wurde. Erneut sind damit alle Voraussetzungen geschaffen, um dieses Gesetz im Bundestag durchzupeitschen.

Diese Tatsachen zeigen, wie richtig es war, den Stimmen auf der Seite der Bourgeoisie keinen Glauben zu schenken, die unkten, angesichts der bestehenden Kritik am alten Gesetzesentwurf werde es noch Monate dauern, bis mit der Verabschiedung eines Gesetzes gegen die Befürwortung der revolutionären Gewalt gerechnet werden müsse. Unsere Partei begrüßt es deshalb ausdrücklich, daß die Demonstrationen am 13. 12 in Aktionseinheit mit der GRF stattgefunden haben und die Führer der GRF ihre An-

Fortsetzung auf Seite 2

NATO-Wintertagung zeigt

Wilde Aufrüstung der zwei Supermächte

Anfang Dezember wurde in Brüssel die Wintertagung der NATO abgehalten. Die Töne, die auf der Konferenz dieses imperialistischen, aggressiven Paktes angeschlagen wurden, zeigen deutlich, daß sich die Rivalität zwischen den beiden Supermächten, den amerikanischen Imperialisten und den russischen Sozialimperialisten schnell verschärft und die Gefahr eines neuen imperialistischen Krieges wächst. Die Entspannungspredigten von Helsinki werden täglich mehr durch die Tatsachen widerlegt und vor allem die wahnwitzige Aufrüstung und Kriegsvorbereitung der russischen Sozialimperialisten tritt immer klarer zu Tage.

Fortsetzung auf Seite 2

AUS DEM INHALT

Wilde Aufrüstung der zwei Supermächte

Fortsetzung von Seite 1

Im Mittelpunkt der Beratungen auf der NATO-Tagung stand die wachsende militärische Stärkung des von den russischen Sozialimperialisten geführten aggressiven Warschauer Pakts, die Feststellung, daß sich im militärischen Kräfteverhältnis der zwei Supermächte eine merkliche Veränderung vollzogen hat. Hinter dem Rauchvorhang von „Entspannung" und „Abrüstung" haben die russischen Sozialimperialisten gewaltige Anstrengungen unternommen, um sich auf einen Aggressionskrieg in Europa vorzubereiten. Die zahlreichen auf der NATO-Tagung bekanntgegebenen Tatsachen beweisen das klar.

Obwohl die russischen Sozialimperialisten immer behaupten, daß sie ihre Militärausgaben senken, waren sie im vergangenen Jahr fast viermal so hoch wie 1960 und beliefen sich auf fast 20% des Nationaleinkommens. Dies entspricht fast dem gleichen Prozentsatz, den Hitlerdeutschland am Vorabend des 2. Weltkrieges erreicht hatte. 35% der Ausgaben der sowjetischen Regierung werden von ihrer Militärmaschinerie verschlungen.

Auf dem Gebiet der nuklearen Waffen besaßen die USA 1962 294 Interkontinentalraketen, die Sowjetunion dagegen nur 75. Heute beträgt die Anzahl der amerikanischen Raketen 1054, die der Sowjetunion aber 1618. Ähnlich ist es bei den von U-Booten abzuschießenden ballistischen Raketen, von denen die Neuen Zaren im Kreml heute 784 besitzen, die USA jedoch nur 656. Die nukleare Rüstung der Sowjetunion und der USA hat, insgesamt gesehen, heute fast die gleiche Höhe erreicht. Auf der NATO-Tagung wurde aber berichtet, daß die russischen Sozialimperialisten große Anstrengungen machen, um die USA voll zu überrunden und aus diesem Grund ein Schwergewicht auf die Entwicklung von Raketen mit lenkbaren Mehrfachsprengköpfen gelegt haben. Einige dieser Raketen sind bereits bei der Truppe eingetroffen. Ähnlich ist die Entwicklung bei der Flotte und bei der Luftwaffe. Inzwischen verfügt die Sowjetunion über einen Fernbomber, der einzig in der Welt dasteht. Die russischen Sozialimperialisten haben in Europa fast 15500 Panzer stehen. Die Panzerbestückung einiger sowjetischer Divisionen wurde um 35% erhöht. Die Zahl der NATO-Panzer dagegen beträgt nur 6650.

Die Zahl der Soldaten der Neuen Zaren und ihrer Vasallen beträgt 925000. Ihre Reserve an Soldaten und Offizieren beträgt aber inzwischen insgesamt fast 25 Millionen Mann und die russischen Sozialimperialisten haben in den letzten drei Jahren ihre Fähigkeit zu Lufttransporten von Soldaten in andere Regionen stark verbessert, so daß sie nun in der Lage sind, ein Viertel ihrer Armee in einem Drittel der Zeit zu bewegen, die noch 1972 nötig war. (Alle diese Angaben stammen zum großen Teil von dem Internationalen Institut für strategische Studien).

Vor allem die amerikanischen und die westdeutschen Imperialisten drängten deshalb auf der NATO-Tagung darauf, die Anstrengungen dieses Militärpakts bei der Aufrüstung und der Kriegsvorbereitung drastisch zu erhöhen, um mit den russischen Sozialimperialisten Schritt halten zu können. Nach den NATO-Manövern in der Bundesrepublik, in Nord- und Südeuropa im Herbst dieses Jahres und vor der Übung Hilex '75, auf der im Dezember unter der Leitung der amerikanischen Imperialisten der Weltkrieg durchgeprobt wird, sollen deshalb vor allem Maßnahmen getroffen werden, um die Vereinheitlichung der Rüstung zwischen den einzelnen Mitgliedsländern der NATO zu verbessern.

Gerade diese Vorschläge benutzen die modernen Revisionisten sofort, um in der „UZ" propagandistische Breitseiten gegen die amerikanischen und vor allem die westdeutschen Imperialisten abzufeuern und Abrüstung zu fordern. Die Forderung nach Abrüstung und das Gerede vom Geist der Entspannung ist sehr gefährlich. Sie nützt nur den beiden Supermächten und vor allem den russischen Sozialimperialisten bei ihren Vorbereitungen zu einem neuen imperialistischen Weltkrieg, indem sie unser Volk entwaffnen soll.

Andererseits lief gerade während der NATO-Tagung auch die Propagandamaschine der amerikanischen Imperialisten auf Hochtouren, um die NATO als den einzig sicheren Schutzschild gegen eine Aggression der russischen Sozialimperialisten hinzustellen. Aber nach wie vor bleibt die NATO ein aggressiver imperialistischer Pakt, in dem die amerikanischen Imperialisten die Hauptrolle spielen, der die Freiheit und Unabhängigkeit der Völker bedroht. Sie bleibt eines der hauptsächlichen Instrumente der amerikanischen Imperialisten bei ihrem Kampf mit den russischen Sozialimperialisten um die Herrschaft in der Welt. Die amerikanischen Imperialisten haben schwere Schläge einstecken müssen, aber sie bleiben trotzdem ein gefährlicher Feind für die Freiheit und Unabhängigkeit der Völker, sie streben nach wie vor danach, die ganze Welt zu beherrschen.

Der amerikanische Präsident Ford hat dies gerade erst in Bezug auf Asien bekräftigt und eine „pazifische Doktrin" verkündet, deren Kern darin besteht, daß sich die USA — unter den neuen Bedingungen — nach wie vor „für die Sicherheit Asiens verantwortlich fühlen", wie Ford sagte und was in Wirklichkeit bedeutet, daß sie sich das Recht herausnehmen, sich jederzeit in die inneren Angelegenheiten der asiatischen Völker einzumischen, wenn es ihren imperialistischen Interessen nützt.

Was Europa, das Zentrum des Ringens der beiden Supermächte angeht, so lassen Kissinger, Ford usw. keine Gelegenheit aus, um die Bedeutung unseres Kontinents für die US-Imperialisten zu bekräftigen. Dazu kommt, daß sie auch auf militärischem Gebiet ihre Schlagkraft in Europa bedeutend erhöht haben. **Mit allen Kräften bemühen sie sich, ihre „Partner" dazu zu bringen, ihre Rüstungsanstrengungen zu erhöhen, um sie für ihre Ziele einsetzen zu können.**

Während sich der Rauchvorhang von „Entspannung" und „Abrüstung" mit jedem Tag mehr zerteilt, beschlossen die NATO-Minister in Brüssel, den russischen Sozialimperialisten anzubieten, 1000 Atomsprengköpfe im Tausch gegen eine Panzerarmee aus Europa abzuziehen. Aber auch diesem Vorschlag der NATO wird es ebenso gehen, wie seinen zahlreichen Vorgängern. Eine Zeitlang wird viel Geschrei darum gemacht und dann verschwindet er in der Versenkung. Und zu keinem anderen Zweck wurde er auch gemacht.

Hinter dem Rauchvorhang der Entspannung bereiten die Supermächte den Krieg vor. Den Völkern wollen sie einreden, sie sollten sich unter den Schutz des einen oder des anderen aggressiven Blocks begeben, um sie umso besser für ihre verbrecherischen Pläne einspannen zu können.

Den amerikanischen Imperialisten, den russischen Sozialimperialisten und ihren revisionistischen Wasserträgern darf man nicht trauen. Die Völker müssen den Kampf für ihre Freiheit und Unabhängigkeit in ihre eigenen Hände nehmen. Letzten Endes sind sie die stärkeren, wird die Revolution entweder den Krieg verhindern oder der Krieg wird sie hervorrufen.

Fortsetzung von Seite 1

sicht korrigiert haben, daß man erst im Frühjahr gegen das geplante Gesetz demonstrieren solle. Wir meinen allerdings, daß man diesen Tatsachen auch in der Roten Fahne Rechnung tragen sollte, statt so zu tun, als sei man immer für Demonstrationen zu diesem Zeitpunktt gewesen. Ebenso meinen wir, daß es der Verwirklichung der Einheit der Marxisten-Leninisten nichts nützt, wenn, wie in der Roten Fahne Nr. 49 geschehen, die Positionen der Vertreter der KPD/ML bei den Aktionseinheitsverhandlungen verfälscht dargestellt werden. Der ideologische Kampf bei diesen Verhandlungen um die Einschätzung der modernen Revisionisten der D„K"P wurde von der Partei nicht vor allem um die Frage geführt, ob die D„K"P hauptsächlich den westdeutschen Imperialisten oder den russischen Sozialimperialisten dient. Unsere Partei hat betont, daß es vor allem darauf ankommt, die D„K"P als eine Agentur des Imperialismus, als Todfeind der Revolution zu entlarven, wobei sie sowohl den westdeutschen Imperialisten als auch den russischen Sozialimperialisten nützt.

Das ist die Aufgabe der D„K"P, die Notwendigkeit der bewaffneten Revolution zu diffamieren und zu bekämpfen. Das zu entlarven, ist auch beim Kampf gegen das geplante Gesetz der Bundesregierung eine wichtige Aufgabe. Und selten wird diese Verräterrolle der D„K"P und ihrer Unterorganisationen auch für fortschrittliche Teile der Bevölkerung so deutlich wie in diesem Fall. Wir haben bereits berichtet, daß die D„K"P in ihrem Zentralorgan „UZ" das geplante Gesetz totschweigt. Die Erfahrung unserer Genossen hat nun gezeigt, daß die modernen Revisionisten da, wo zum Beispiel auf Versammlungen der Studenten vom KSB/ML Resolutionen gegen das geplante Gesetz eingebracht wurden, die Revisionisten sich regelmäßig der Stimme enthielten bzw in Einzelfällen sogar offen dagegen stimmte wie z. B. an der Fachhochschule für Sozialwesen in Reutlingen. Dort waren die MSB-Vertreter (Studentenorganisation der D„K"P) die einzigen, die gegen die Resolution stimmten. Hier zeigt sich deutlich, daß an den D„K"P-Revisionisten nichts, aber auch gar nichts Fortschrittliches ist. Da wo die Frage der revolutionären Gewalt und der bewaffneten Revolution klar steht, so wie im Fall des geplanten Gesetzes, da stellen sich die modernen Revisionisten offen auf die Seite des Staatsapparates, auf die Seite der Faschisierung — gegen den Marxismus-Leninismus, gegen die Arbeiterklasse.

Weg mit dem Gesetz gegen die Befürwortung der revolutionären Gewalt!



Demonstration in München

Protestresolution der GFA

Die Gesellschaft der Freunde Albaniens e.V. protestiert gegen die geplante 13. Strafrechtsänderung, die die Bundesregierung noch vor Weihnachten vom Bundestag verabschieden lassen will.

Wir sehen in der Gesetzesvorlage einen Eingriff in die Meinungs- und Informationsfreiheit. Für unsere Gesellschaft sowie für viele andere Vereine und Organisationen würde diese undemokratische Strafrechtsänderung einen entscheidenden Einschnitt in ihrer Tätigkeit bedeuten. Unsere Gesellschaft hat zum Ziel, über die Geschichte und das heutige Leben des albanischen Volkes zu berichten. Die neue Gesetzesvorlage würde uns diese Aufgabe in empfindlicher Weise beeinträchtigen. Ein Bericht über den antifaschistischen Kampf des albanischen Volkes wäre schon strafbar. Der jahrhundertelange Befreiungskampf gegen fremde Besatzer, den das albanische Volk mit der Waffe in der Hand geführt hat, ist aber die Grundlage der heutigen Unabhängigkeit Albaniens und des Aufbaus des Sozialismus. Seine Darstellung ist für das Verständnis des heutigen Albanien unbedingt notwendig. Aufgrund dieser Strafrechtsänderung wäre uns deshalb eine informative Arbeit über dieses Land unmöglich gemacht.

Wir fordern alle fortschrittlichen und demokratisch gesinnten Menschen auf, gegen diese Gesetzesvorlage zu protestieren.

Vorstand der Gesellschaft der Freunde Albaniens e.V.

Parteitag der polnischen Revisionisten

Eine Bilanz des Bankrotts und Verrats

Fünf Tage lang, vom 8.-12. Dezember, hatten sich in Warschau die polnischen Revisionisten versammelt, um ihren Parteitag abzuhalten. Die antinationale und volksfeindliche Gierek-Clique hatte sich nicht gescheut, ihre Verräterversammlung genau zu dem Zeitpunkt einzuberufen, an dem sich vor fünf Jahren die polnische Arbeiterklasse, die Arbeiter von Gdansk, Sczeczin, Zoppot usw. unter der Losung „Nieder mit der bürgerlichen Diktatur der Gomulka-Clique! Es lebe die Diktatur des Proletariats!" gegen ihre neuen Unterdrücker erhoben hatte.

Und die Versammlung der revisionistischen Verräter schämte sich nicht, Breschnew zuzujubeln und ihn ins Ehrenpräsidium ihrer Versammlung zu „wählen". Sie schämten sich also nicht, dem Mann zuzujubeln, an dessen Händen das Blut der von den Panzern der russischen Sozialimperialisten erschossenen polnischen Arbeiter klebt. Das war der klarste Ausdruck der verräterischen Politik der polnischen Revisionisten, die das Land zu einer Kolonie der russischen Sozialimperialisten gemacht haben, die es diesen und den anderen imperialistischen Mächten erlauben, die polnischen Werktätigen bis aufs Blut auszuplündern und die selbst dem polnischen Volk als neue Ausbeuterklasse, die in allen Bereichen längst den Kapitalismus wiederhergestellt hat, im Nacken sitzen. Der Parteitag, den die polnischen Revisionisten jetzt abgehalten haben, war die vollständige Bestätigung dieser Politik.

Breschnew selbst benutzte den Parteitag als Tribüne, um seine Politik der Entspannung und sein Projekt neuer gemeinsamer Konferenzen der europäischen Staaten über „verschiedene Themen" anzupreisen, um so die

Fortsetzung auf Seite 3

Kurz berichtet

HAMBURG

Bei der „Norddeutschen Schleifmittelindustrie" (NSI) in Hamburg erschien jetzt die erste Nummer der Betriebszeitung der KPD/ML „Roter Schliff". NSI ist ein mittlerer Chemiebetrieb, in dem rund 800 Beschäftigte arbeiten, davon rund die Hälfte Frauen. Die Partei arbeitet ungefähr seit einem Jahr unter den Kollegen von NSI.



WESTBERLIN

Am 6. 12. fand in Westberlin eine Veranstaltung gegen die Jugendarbeitslosigkeit statt, zu der die ROTE GARDE aufgerufen hatte. Vorher, im Jugendmonat des DGB und der „S"EW hatte die Rote Garde eine Kampagne gegen die Jugendarbeitslosigkeit durchgeführt und rund 10000 Flugblätter verteilt. Als Ergebnis davon waren unter den rund 250 Besuchern der Veranstaltung relativ viele, die zum ersten Mal eine Veranstaltung der Roten Garde besuchten. Ein Vertreter des KJVD verlas eine Grußadresse. Die Teilnehmer der Veranstaltung verabschiedeten eine Resolution gegen das einer KSB/ML-Genossin drohende Berufsverbot und gegen das 13. Strafrechtsänderungsgesetz. Eine Spendensammlung ergab fast 900 DM.

GÖTTINGEN

In Göttingen fand am 6. 12. eine Veranstaltung der ROTEN GARDE über Albanien statt. Ein Redner sprach über die Lage der Jugend in diesem sozialistischen Land, anschließend wurde ein Dia-Vortrag gezeigt. Die Teilnehmer der Veranstaltung verabschiedeten ebenfalls eine Resolution gegen das 13. Strafrechtsänderungsgesetz. Es wurden 62,74 DM für den Kampf der spanischen Völker gesammelt.

BREMEN

Am 6. 12. fand in Bremen eine Solidaritätsdemonstration mit dem Kampf der spanischen Völker statt. Am Abend fand aus gleichem Anlaß eine Veranstaltung der Freundschaftsgesellschaft des deutschen und spanischen Volkes statt. Ca. 200 Kollegen und Genossen waren erschienen. Darunter viele spanische Kollegen, denen die spanischen Genossen in einem fesselnden Agitationsgespräch in deutscher und spanischer Sprache den Charakter und die Ziele der FRAP erklärten. Der Erfolg: Am nächsten Tag wurde in Bremen unter den spanischen Kollegen ein Komitee der OSO gegründet. (Die OSO ist die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition in Spanien, eine Mitgliedsorganisation der FRAP.) Auf der Veranstaltung wurden 1055 DM zur Unterstützung des Kampfes der spanischen Völker gesammelt.



HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schubert, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Bestellungen an Vertrieb: 46 Dortmund 30, Postfach 300526. Postscheckkonto Dortmund Nr. 41706—466. Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321004393 (Verlag G. Schubert). Telefon: 0231/433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur Gernot Schubert, Bochum. Druck Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich samstags, Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement: 30,—DM für ein Jahr. Das Abonnement ist für ein Jahr im voraus durch Überweisung an eines unserer obengenannten Konten zu zahlen. Abonnements verlängern sich um ein Jahr, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt werden. Ausgenommen davor sind Geschenkabonnements.

Orenburger Erdgasleitung - Trasse der kolonialen Ausbeutung

„Trasse der Freundschaft", so nennt das „Neue Deutschland" die im Bau befindliche Orenburger Erdgasleitung, an der auch deutsche Jugendliche mitbauen. Der sowjetische Erdölminister schwärmte angesichts von 15- bis 20000 ausländischen Arbeitern, die am Bau dieser Erdgasleitung mitarbeiten sollen, davon, daß der Bau dieser Gasleitung ein klares Beispiel dafür sei, wie hier neue Formen der Zusammenarbeit und Vereinigung der materiellen und finanziellen Mittel und der Arbeitskräfte der Länder der RGW perfektioniert würden.

Perfektioniert wird in der Tat. Aber nicht im Sinne von „Zusammenarbeit" oder gar „Freundschaft". Die Orenburger Erdgasleitung ist heute schon das Symbol der kolonialistischen Ausbeutung der RGW-Staaten durch die russischen Sozialimperialisten geworden.

Auch bisher schon mußten sich die RGW-Staaten mit finanziellen und technischen Mitteln an der Erschließung von russischen Öl- und Gasfeldern beteiligen. Die „Perfektionierung", von der der russische Erdölminister spricht, besteht darin, daß sie jetzt auch noch die Arbeitskräfte stellen.

Zu diesem Zweck wurde der 2750 km lange Bauabschnitt unter die Länder DDR, Polen, CSSR, Ungarn und Bulgarien aufgeteilt. Generalauftraggeber für den Bau der Trasse ist das Ministerium für Gasindustrie in der UdSSR. Die fertige Trasse wird natürlich russisches Eigentum sein. Und zwar müssen die einzelnen RGW-Länder den ihnen zufallenden Teil bis Ende Oktober 1978 schlüsselfertig der UdSSR übergeben. Durch die fertige Leitung, zu deren Bau ca. 30 Mio. cbm Erde bewegt werden müssen, sollen später 15 Mrd. cbm Gas im Jahr befördert werden.

Sieht man sich die „Arbeitsteilung" beim Bau der Erdgasleitung an, dann wird sofort klar, was in Wirklichkeit hinter dieser „Trasse der Freundschaft" steckt.

1. Die Sowjetunion läßt sich den Bau der Trasse mit riesigen Summen aus den anderen RGW-Staaten finanzieren. Ungarn rechnet mit 2,5 Mrd. Forint Gesamtinvestitionen, die DDR mit 3 Mrd. Mark. Zählt man noch die finanzielle Beteiligung Rumäniens hinzu, so kommt man insgesamt auf 20 Mrd. ostdeutsche Mark, die der Sowjetunion für den Bau der Trasse zur Verfügung gestellt werden. Laut Vertrag will die Sowjetunion diese Baukosten durch Erdgaslieferungen bis zum Jahre 1989 zurückgezahlt haben. Das ist angeblich ein Geschäft unter „sozialistischen Brüdern". In Wirklichkeit ist es ein Gaunerstück. Denn erstens erhält die Sowjetunion so einen zinslosen, langfristigen Kredit. Zweitens ist allgemein bekannt, daß es die Sowjetunion ist, die im Energiegeschäft mit den anderen RGW-Staaten die Preise festsetzt. Wer wird die Sowjetunion hindern, auch in Zukunft die Preise immer weiter zu erhöhen, wie sie es bisher schon getan hat? Drittens wird auch durch diesen Handel die Abhängigkeit der RGW-Staaten von der Sowjetunion weiter gefestigt und auf Jahrzehnte hinaus festgelegt.

2. Die Sowjetunion bittet die anderen RGW-Staaten nicht nur mit Geld, sondern auch mit „technischer Hilfe" zur Kasse. Dazu müssen die anderen RGW-Staaten die Produktion in vielen ihrer Betriebe und Branchen umorganisieren, an den Bedarf der sowjetischen Wirtschaft anpassen. So hängen laut Prawda vom 21. 9. 75 die Pläne der ungarischen Fabrik Csepel (30000 Beschäftigte) eng mit dem Bedarf der Sowjetunion zusammen. Ein Teil des Werks wird umgebaut, um die Rohrproduktion zu steigern. Auch in Polen und der DDR wurden zahlreiche Betriebe auf die Produktion von Rohren entsprechend den sowjetischen Anforderungen umgestellt. Die Tschechoslowakei mußte ihre Investitionen in der Steinkohlenindustrie einschränken, um für das sowjetische Gas zu investieren. Sie transportiert Stahlrohre, schwere Lastkraftwagen, Bulldozer, Pumpen, Kräne und andere Ausrüstung in die Sowjetunion.

3. Am brutalsten und deutlichsten zeigt sich der Charakter dieser „Arbeitsteilung" zwischen den Neuen Zaren und den Völkern Osteuropas in der Tatsache, daß zum Bau der Orenburger Gasleitung 15-20000 tschechische, polnische, ostdeutsche, bulgarische und ungarische Arbeiter ihre Heimat verlassen müssen. Das ist imperialistischer Sklavenhandel, dem die Revisionisten in den RGW-Ländern mit Riesenaufwand einen „sozialistischen" Anstrich zu geben versuche. So wurde in der DDR zum Beispiel der Bau der Erdgasleitung zum Jugendprojekt der FDJ erklärt, um die Jugend der DDR „zu sozialistischen Patrioten und proletarischen Internationalisten, denen die Freundschaft zur Sowjetunion eine Herzenssache ist", zu erziehen. Trotz dieses Propagandarummels, trotz materieller Anreize — die Arbeiter sollen in Rußland das Doppelte von dem erhalten, was sie an ihrem heimatlichen Arbeitsplatz verdienen — haben sich in der DDR nach westlichen Berichten statt der benötigten 3-5000 Freiwilligen nur 1500 gemeldet.

Es ist kein Zufall, daß gerade die revisionistischen Jugendverbände die Aufgabe übernommen haben, für dieses Projekt zu werben. Denn ostdeutschen und ungarischen Berichten zufolge dürfen nur „kerngesunde, kräftige junge Menschen, die den besonderen klimatischen Bedingungen standhalten" können, am Bau arbeiten. „Kerngesund und kräftig", so haben alle Ausbeuter die Ware Arbeitskraft gern gesehen.

Auch die Lebens- und Arbeitsbedingungen in Rußland selbst zeigen, daß dieses Projekt mit proletarischem Internationalismus überhaupt nichts, dafür aber mit brutalster Ausbeutung alles zu tun hat. Die Unterbringung erfolgt in großen Holzbaracken, in denen mehrere hundert Arbeiter zusammengepreßt sind. Frauen und Kinder dürfen nicht mitgenommen werden. Die Arbeitszeit beträgt täglich 10 Stunden. Auch Samstags wird voll durchgearbeitet. Auch die üblichen Feiertage sind volle Arbeitstage. Nur die Sonntage sind frei. Einmal im Jahr, im Winter, kann ein längerer Urlaub genommen werden.

Insgesamt bestätigt diese „Trasse der Freundschaft" voll und ganz, was Genosse Enver Hoxha über die Beziehungen zwischen den russischen Sozialimperialisten und den Völkern der RGW-Staaten gesagt hat: *„Die neuen sowjetischen Kolonien sollen den Sowjetrevisionisten dazu dienen, diese in einer tiefen und unverbesserlichen landwirtschaftlichen und industriellen Krise steckende Metropole zu versorgen, kurz gesagt dazu, dort das Blut und den Schweiß der anderen Völker auszusaugen, damit sich die neue Bourgeoisie, genauso wie es die übrigen Imperialisten taten und tun, füttern und mästen kann."*

Parteitag der polnischen Revisionisten

Fortsetzung von Seite 2

wilde Aufrüstung der russischen Sozialimperialisten, ihre Kriegsvorbereitungen und Bedrohung der Völker zu verbergen.

Auch der Vorsitzende der modernen Revisionisten der D„K"P, Mies, war in Warschau zu Gast, an der Spitze einer Delegation, zu der u.a. der Betriebsrat Schulte von Krupp gehörte. In seiner Rede pries er vor allem den zwischen Bonn und Warschau ausgehandelten Menschenhandel als Zeichen der „Entspannung".

Und Gierek, der treueste Vasall Breschnews, pries die russischen Sozialimperialisten als die besten Freunde Polens und beteuerte seine Bereitschaft, auch weiterhin nach dem Taktstock der Neuen Zaren im Kreml zu tanzen, mit einem Bekenntnis zur „ewigen brüderlichen Einheit mit der Sowjetunion". In Wirklichkeit bedeutet diese „brüderliche Einheit" die vollständige Abhängigkeit Polens von den russischen Sozialimperialisten. Schon heute kontrollieren sie ganze Zweige der polnischen Industrie, wie z.B. die petrochemische Industrie, den Schiffbau, die Herstellung von Personen- und Güterwagen, von Straßenbaumaschinen usw. Die Abhängigkeit Polens von sowjetischen Rohstoffen (z. B. Erz, Erdöl, Baumwolle) nutzen die russischen Sozialimperialisten zu ungleichen Handelsverträgen, in denen sie mit Hilfe überhöhter Preise Milliarden Rubel verdienen. Auf dem Parteitag bekräftigte Gierek also, daß seine Clique Polen noch weiter in die Fänge der russischen Sozialimperialisten treiben will.

Er bekräftigte aber auch die Politik der Zusammenarbeit mit den amerikanischen und westdeutschen Imperialisten, die Bildung gemeinsamer Firmen mit ihnen und den Wunsch Polens, sich noch weiter bei den amerikanischen und westdeutschen Imperialisten durch die Aufnahme von Krediten und Anleihen zu verschulden. In nur vier Jahren machte die Gierek-Clique vier Milliarden Dollar Schulden bei westlichen kapitalistischen Ländern. Es ist klar, daß diese Politik den polnischen Werktätigen neue Bürden auferlegt, indem den imperialistischen Monopolen erlaubt wird, sich zu den russischen und polnischen neuen Ausbeutern zu gesellen, u[illegible] sich an der Arbeit der polnischen Werktätigen zu mästen.

Die „erfolgreichste Bilanz" in der Geschichte Polens, mit der Gierek auf dem Parteitag prahlte, ist in Wirklichkeit eine Bilanz des Bankrotts. Gierek selbst mußte zugeben, daß, entgegen seinen Versprechungen vor fünf Jahren, im nächsten Jahr die Preise für Grundnahrungsmittel erheblich steigen werden. Die Zukunft der polnischen Werktätigen sieht düster aus. Steigende Preise, verschärfte Ausplünderung in den Fabriken, steigende Arbeitshetze und Rationalisierung, wachsende Verelendung, während die neuen Ausbeuter im Luxus leben.

Vor fünf Jahren war das der Anlaß zu den Demonstrationen und Kämpfen der polnischen Arbeiter. Und auch heute ist die Unzufriedenheit groß, wächst der Einfluß der marxistisch-leninistischen Kommunistischen Partei Polens, die für die Wiedererrichtung der Diktatur des Proletariats kämpft. Sogar auf dem Parteitag sah sich Gierek gezwungen, zuzugeben, daß der Einfluß der polnischen Marxisten-Leninisten gewachsen ist. Giereks wütende Hetze gegen den „Maoismus", seine Angriffe auf die VR China, sein Aufruf an die revisionistische Versammlung, energischer gegen die „Maoisten" zu kämpfen, zeugen von der Angst der Verräterclique. **Geführt von der Kommunistischen Partei Polens werden sich die polnische Arbeiterklasse und das ganze Volk gegen die neuen Ausbeuter, die das Land verkauft haben, erheben, sie letzten Endes in der gewaltsamen Revolution stürzen und erneut die Diktatur des Proletariats errichten.**

Aus aller Welt

SAHARA

Marokkanische Truppen haben am 11. Dezember die Hauptstadt von Saguait el Hamra und Rio de Oro (Westsahara), El Auin, besetzt, um, entsprechend dem von Spanien, Marokko und Mauretanien ausgehandelten Plan, dem Volk der Westsahara die Souveränität und Unabhängigkeit zu rauben. Die marokkanischen Truppen kamen als Eroberer und Besatzer, sie ließen sogleich bestimmte Viertel der Stadt umstellen, die Häuser durchsuchen und nahmen zahlreiche Menschen fest, die sie beschuldigen, Patrioten, Kämpfer oder Sympathisanten der Befreiungsfront POLISARIO zu sein. Bei ihren Aktionen sind die marokkanischen Besatzungstruppen aber, wie berichtet wird, auf den Widerstand der Menschen in El Aiun gestoßen. Gleichzeitig wird bekannt, daß die Front POLISARIO ihre Kampfaktionen gegen die marokkanischen Truppen verstärkt hat, um sie zu vertreiben. So griffen Kämpfer der Front POLISARIO in der letzten Zeit eine von marokkanischen Truppen besetzte Kaserne an und setzten dabei zahlreiche feindliche Soldaten außer Gefecht. Schon bei der Bekanntgabe des zwischen Spanien, Marokko und Mauretanien ausgehandelten Plans hatte die Front POLISARIO in einem Brief an die Uno bekräftigt: „Unsere Menschen sind bewaffnet und bereit, jeden Fußbreit Boden ihrer Heimat zu verteidigen."

SPANIEN

Im Rahmen der 7. Internationalen Filmwoche von Benalmadena sind in Spanien zum erstenmal eine Reihe von Farbfilmen aus der VR China gezeigt worden. Unter den Filmen, die von den spanischen Zuschauern mit herzlichem Beifall aufgenommen worden sind, waren u. a. „Das weißhaarige Mädchen", „Den Tigerberg mit taktischem Geschick erobert" usw. **Immer dann, wenn auf der Filmleinwand Zitate des Vorsitzenden Mao Tsetung und Szenen aus dem revolutionären Kampf des chinesischen Volkes zu sehen waren, brandete bei den spanischen Zuschauern im Saal Beifall auf.**

ISLAND

Nach der Ausdehnung der Fischfangzone auf 200 Seemeilen durch die isländische Regierung haben vor allem die britischen Imperialisten unverfroren angekündigt, daß sie diese „Zone nicht zur Kenntnis nehmen wollen". Sie sind sogar soweit gegangen, britische Kriegsschiffe in die isländischen Gewässer zu schicken, um Island einzuschüchtern und zu erpressen und unter ihrem Schutz die Fischfanggründe dieser Region weiter zu plündern. Diese unverfrorene Kanonenbootpolitik der britischen Imperialisten hat bei der isländischen Bevölkerung starke Empörung hervorgerufen. In einigen Häfen des Landes versammelten sich die Fischer, um ihren Protest gegen die Politik der britischen Imperialisten in Versammlungen zu bekunden.

Um seine Fischgründe zu verteidigen, hat Island entschlossen die Provokationen der britischen Schiffe damit beantwortet, seine eigenen Küstenverteidigungsschiffe in Bewegung zu setzen und in kurzer Zeit die Netze von mehreren britischen Piraten gekappt. Mit mehreren Warnschüssen schließlich stoppte ein isländisches Schiff eine britische Fregatte, die unverfroren bis auf zwölf Seemeilen an die isländische Küste herangefahren war und zwang sie zur Umkehr.

Gleichzeitig kündigte die isländische Regierung an, sie werde die NATO boykottieren, wenn Britannien die Aggressionen seiner Kriegs- und Fischfangschiffe nicht einstellen würde.

BRITANNIEN

Am 26. November demonstrierten in London 20000 Menschen gegen die wachsende Arbeitslosigkeit, gegen die Abwälzung der Lasten der tiefen Wirtschaftskrise auf den Rücken der Arbeiter. Schon mittags strömten die Arbeiter verschiedener Industriezweige, Techniker, Journalisten, Lehrer, Studenten und Arbeiter und Angestellte der örtlichen Verwaltungen z. T. mit Sonderzügen nach London. In dem Demonstrationszug, der zum Parlament ging, wurden zahllose Transparente und Plakate mitgetragen unter anderem mit den Losungen: „Arbeitslosigkeit: kämpft, um zu leben!" „Verteidigt das Recht auf Arbeit!" usw. Am selben Tag streikten Tausende von Arbeitern in Belfast, Nordirland, zum Zeichen des Protests gegen die Arbeitslosigkeit. In Edinburgh, Schottland, demonstrierten 1700 Studenten gegen die Kürzung der Stipendien. In den vergangenen Monaten haben die Arbeiter immer wieder Demonstrationen und Streiks gegen die wachsende Arbeitslosigkeit in London, Birmingham, Glasgow und anderen Städten durchgeführt. In verschiedenen Industriezweigen haben die Arbeiter Organisationen zum Kampf gegen die Arbeitslosigkeit gegründet und ihre Entschlossenheit bekundet, diesen Kampf weiter zu führen. „The Worker", Zentralorgan der Kommunistischen Partei Britanniens/ML unterstützt in seiner Ausgabe vom 9. Dezember im Leitartikel die gerechten Demonstrationen der Arbeiter und Angestellten in London. Er ruft auf, noch größere Anstrengungen zu unternehmen, um die Lakaien des Kapitalismus, die Verräter in den eigenen Reihen, die sozialdemokratischen Gewerkschafts- und Parteiführer zu entlarven. „Wir müssen die Revolution machen und den Kapitalismus zerschlagen, um die Arbeitslosigkeit zu beseitigen", schließt der Leitartikel des „Worker". Unser Bild zeigt einen Block der KPB/ML in der Demonstration am 26. 11. in London.



Osttimor: UNO fordert Abzug der Aggressionstruppen

Der brutale Überfall der indonesischen Aggressionstruppen auf die Hauptstadt Osttimors, Dili, hat überall in der Welt Empörung hervorgerufen. Im Kolonialausschuß der UNO erklärte der Vertreter Tansanias, daß die UNO eine „mit dürftiger Rechtfertigung, dürftigen Entschuldigungen" unternommene Invasion nicht gutheißen dürfte. Der Delegierte von Sri Lanka, Hamilton, zeigte sich über die indonesische Aggression „entsetzt und schokkiert".

In der Tat, die Erklärungen der indonesischen Faschisten zu ihrer Rechtfertigung sind äußerst dürftig. Sie behaupten nun, sie hätten keine andere Absicht verfolgt, als „Ruhe und Ordnung" in Osttimor „wiederherzustellen". Scheinheilig versuchten sie auch in der UNO eine Resolution durchzubringen, in der sie von „friedlichen Lösungen" und „Waffenruhe" sprechen. Von einem Abzug der Aggressionsgruppen ist in dieser Resolution allerdings nicht die Rede. Zugleich erklärte der indonesische Außenminister Malik ganz offen die Absicht seiner Regierung, in Dili eine Marionettenregierung einzusetzen, sie „provisorische Regierung" zu nennen, damit, wie er sagte, die „Welt wegen der Lage in Dili Ruhe bewahrt". Mit ihrem Resolutionsvorschlag scheiterten die indonesischen Faschisten im Kolonialausschuß der UNO kläglich. Am 11. Dezember forderte der Ausschuß Indonesien auf, unverzüglich seine Truppen aus Osttimor zurückzuziehen und die territoriale Integrität Osttimors in Zukunft zu achten.

Die unverhüllte Aggression der indonesischen Faschisten, hinter der als Drahtzieher die amerikanischen Imperialisten stehen, wurde unternommen, um die Unabhängigkeit und Freiheit der Demokratischen Republik von Osttimor wieder zu erdrosseln. Am 28. November nämlich hatte die Fretilin mit der Unterstützung der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung die Unabhängigkeit Osttimors erklärt und die Republik ausgerufen. Ihr Programm war der Aufbau einer demokratischen, antikolonialistischen und antiimperialistischen Republik, die Durchführung einer Landreform und die Entwicklung der nationalen Wirtschaft sowie eine Außenpolitik der Nichtpaktgebundenheit, der Unterstützung aller Völker, die für Fortschritt kämpfen und der festen Entschlossenheit, keine ausländischen Militärstützpunkte auf Osttimor zu dulden.

Diese Republik zu erdrosseln, das ist es, was die indonesischen Faschisten und ihre imperialistischen Hintermänner mit „Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung" meinen. Die Fretilin und die Bevölkerung von Osttimor sind aber entschlossen, nicht zu kapitulieren, sondern den Kampf gegen die indonesische Aggression aufzunehmen. Schon am 29. November hatte der neue Präsident von Osttimor während der Feier zu seiner Einsetzung erklärt: „Wir haben immer kämpfen müssen. Jetzt richten wir unseren Friedensappell an Indonesien, aber wir werden nach der Losung leben: Unabhängigkeit oder Tod!"

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



Arbeiterkorrespondenzen

Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Straße 103, Postfach 30 05 26

Interview für türkische Kollegen

Mit einem türkischen Kollegen habe ich einige Zeit zusammengearbeitet. Als der Kollege mich nach einigen Gesprächen fragte, ob ich Kommunist bin, und ich das bejahte, kam er ein oder zwei Tage später mit der Bitte, ich sollte mal in der Mittagspause zu ihm rüberkommen. Leider hatte ich noch keine türkische Zeitung dabei. Er überraschte mich damit, daß er ein „Interview" auf Tonbandkassette machen wollte. Zuvor hatte er ein patriotisches Lied und eine kurze Ansprache auf türkisch aufgenommen. Auf meine Frage, zu was er das denn braucht, erklärte er mir, daß er seinen Kollegen von mir erzählt hatte, und sie Fragen an mich haben. Er will mich deshalb fragen und dann alles auf türkisch übersetzen. Der Kollege stellte dazu Fragen wie: Ist im Sozialismus Besitz wie Land oder ein Haus verboten, oder ob Funktionäre besser leben als Arbeiter und Bauern. Ich bemühte mich alles sorgfältig zu beantworten, und gerade die Entlarvung des Revisionismus beeindruckte ihn schon. Am Schluß kam dann die Überraschung, als ich ihn fragte, wieviele Kollegen er denn kennt, und er dann meinte, so um die 200. In der gleichen Woche mußte der Kollege jedoch, wegen einer Erkrankung seiner Frau, in die Türkei zurück, und ich hatte noch keinen weiteren Kontakt, das wird aber schon klappen.

Rot Front! Genosse aus Mannheim.

Resolution gegen den §130a

Am 5. 12. fand in Hamburg-Altona ein Arbeitertreff im Rahmen des Kampfes gegen die 13. Strafrechts„reform" statt. Ein Kollege von MAN, der mit unserer Partei sympathisiert, überbrachte im Auftrag von drei weiteren Kollegen folgende Resolution:

»Wir, vier Arbeiter des Hamburger MAN-Werks, verurteilen entschieden die von der Bundesregierung vorbereitete 13. Strafrechtsänderungs„reform", insbesondere die Einführung des §130a, der die ‚Aufforderung und Billigung von Gewalt' mit bis zu drei Jahren Gefängnis bestrafen will. Die Bundesregierung will uns weismachen, dieses Gesetz richte sich nur gegen einige sogenannte ‚Terroristen' und gegen ‚das Klima der Gewalt, das heute in den politischen Auseinandersetzungen' herrsche.

In Wahrheit reiht sich diese ‚Reform' ein in die Bestrebungen der Kapitalisten und ihrer Regierung, hier in Deutschland zum zweiten Mal eine faschistische Diktatur zu errichten und unsere Heimat in ein Volksgefängnis zu verwandeln. Dies Gesetz, der §130a, richtet sich gegen uns, denn wir sollen mundtot gemacht werden. ‚Aufforderung und Billigung von Gewalt' ist es schon nach §130a, wenn wir beispielsweise angesichts der Lohnraubpolitik der Metallbosse und der IGM-Bonzen eigene (in der Sprachregelung der Herrschenden ‚wilde') Kampfmaßnahmen befürworten oder unterstützen. Allein schon wegen dieser mündlichen Äußerung könnten wir ins Gefängnis kommen. Der §130a ist ein großer Sprung vorwärts zur Errichtung des Faschismus, er unterscheidet sich im Geiste durch nichts von den Bücherverbrennungen der Nazis. Wir solidarisieren uns mit allen, die schon heute wegen ihrer fortschrittlichen Gesinnung hinter Gefängnismauern sind.«

Die versammelten Kollegen und Genossen schlossen sich dieser Resolution einstimmig an.

Arbeiterkomitee Klöckner

Wir protestieren auf das Schärfste gegen das geplante 13. Strafrechtsänderungsgesetz — „Gesetz gegen die Befürwortung von Gewalttaten" —, welches seit der Verabschiedung der Notstandsgesetze den weitestgehenden Angriff des Staates gegen den Kampf der Werktätigen für ihre berechtigten Interessen darstellt.

Wurden bisher Streiks, Besetzungen, Demonstrationen gewaltsam verfolgt, so soll jetzt bereits die mündliche oder schriftliche Befürwortung, Unterstützung oder auch nur positive Darstellung solcher Aktionen mit Gefängnis bis zu 3 Jahren bestraft werden. Z. B. bei Fahrpreiskämpfen, Bauerndemonstrationen mit Traktorblockaden oder Bewegungen gegen Bombenabwurfplätze und Umweltzerstörung wie in Nordhorn oder Wyhl. Dabei soll es gleichgültig sein, ob das öffentlich oder nicht öffentlich geschieht. Ebenso strafbar wird es sein, die Schriften der Arbeiterbewegung und des wissenschaftlichen Sozialismus zu verbreiten, weil sie den Klassenkampf der Unterdrückten gegen ihre Unterdrücker propagieren.

Für uns würde das Gesetz praktisch einem Verbot sämtlicher Aktivitäten des Arbeiterkomitee Klöckner (AKK) gleichkommen. So ist es z. B. ein Ziel des AKK, die Kollegen auf der Hütte vom Einfluß der Verräter der D„K"P und der reformistischen DGB-Bonzen zu lösen und sie selbständig, im Vertrauen auf die eigene Kraft, in den Kampf zu führen. Dazu würde auch ein „wilder" Streik gehören oder das Vertreiben von Streikbrechern. Nach dem neuen Gesetz würden wir schon dafür, daß wir das befürworten, mit 3 Jahren Gefängnis bestraft werden können.

Inhalt und klammheimliche Durchpeitschung des Gesetzes zeigen: Hier handelt es sich um ein Klassengesetz gegen das arbeitende Volk. Damit soll das „Recht" der Kapitalisten auf Ausbeutung der Werktätigen gewaltsam aufrechterhalten werden.

Weg mit dem 13. Strafrechtsänderungsgesetz!

Arbeiterkomitee Klöckner.

Westfalendruck: Entlassungen

Vor kurzem hat der RM über Pressefreiheit und Pressekonzentration geschrieben und dabei auch über den Pressetrust „Westdeutsche Allgemeine Zeitung" (WAZ) berichtet. Jetzt haben die WAZ-Kapitalisten bekanntgegeben, daß sie vor einiger Zeit auch die „Westfalenpost" in Hagen samt ihren Lokalausgaben geschluckt haben.

Beim „Westfalendruck" in Dortmund, wo alle diese Zeitungen für den Großraum Dortmund gedruckt und vertrieben werden, kann man erleben, wie auf Kosten der Kollegen ein Zeitungsmonopol aufgebaut wird. Als damals der Westfalendruck von der WAZ übernommen wurde, hörte man die in solchen Fällen übliche Begleitmusik: „Keiner wird entlassen." Kurz darauf stellte sich heraus, daß alles gelogen war, denn die Entlassungen, die später ausgesprochen wurden, standen von Anfang an fest. Gerade jetzt sind wieder 13 Kollegen entlassen worden, denn die WAZ-Kapitalisten haben sich einen neuen üblen Dreh einfallen lassen: Sie lassen die gleiche Arbeit von Aushilfskräften machen. Diese sind viel billiger, denn es handelt sich um Arbeitslose und Hausfrauen. Ihnen zahlt man 5 DM pro Stunde, bar auf die Hand. Das ist ein lächerlicher Stundenlohn, denn es handelt sich um Nachtarbeit! Auf diese Weise dürften die WAZ-Kapitalisten 2/3 ihrer „Personalkosten" pro Arbeiter einsparen. Sie nützen die Krise und die große Arbeitslosigkeit aus, denn Aushilfsarbeitsplätze sind jetzt besonders rar. So kommt es sogar vor, daß entlassene Stammarbeiter als billigste Aushilfskräfte am alten Arbeitsplatz zu sehen sind. Die Kollegen sagen, daß das eine große Schweinerei und Ausbeuterei ist. Auch wissen viele, daß ihre Tage sowieso gezählt sind, denn die WAZ läßt in Hagen einen vollautomatisierten Druck- und Versandbetrieb bauen. Dann fliegt zumindest der weitaus größte Teil der Beschäftigten der Versandabteilung auf die Straße.

Kollege aus Dortmund.

Metalltarifrunde

Lohnraub wird vorbereitet

8,5% Lohn- und Gehaltserhöhung haben die Gewerkschaftsführer als Forderung für die Metallarbeiter in Baden-Württemberg aufgestellt. Das ist auch die Forderung, wie sie in etwa für die übrigen Metallarbeiter in dieser Woche aufgestellt wird. Diese Forderung bedeutet schon Lohnraub, und das Ergebnis der Verhandlungen wird ein noch größerer Lohnraub sein.

Bereits die Tarifverhandlungen in der Stahlindustrie sowie in anderen Industriezweigen beweisen das. In der Brauindustrie 6% Abschluß, in der keramischen Industrie 4% Abschluß, in der papiererzeugenden Industrie 5,42% Abschluß und in der Stahlindustrie 5% Abschluß.

In den meisten Betrieben fordern die Kollegen entschieden mehr. Selbst die Vertrauensleutekörper haben Forderungen aufgestellt, die weit über die Forderungen der Gewerkschaftsführer und der Großen Tarifkommissionen hinausgehen. Bei Opel Bochum haben die Vertrauensleute 220 DM für alle gefordert. Die Vertrauensleute des Alcan-Aluminiumwerkes in Nürnberg hatten 10% mehr Lohn gefordert genauso wie die Vertrauensleute bei der AEG-Kanis-Turbinenfabrik.

Diese Tarifrunden sind ein einziges Theater der Gewerkschaftsbonzen und Kapitalisten. Die Abschlüsse stehen fest, das weiß jeder. Umso gefährlicher ist die Propaganda der D„K"P-Verräter, die lauthals propagieren, die Gewerkschaftsführer würden zumindest einen Ausgleich der Teuerungsrate anstreben, und die immer wieder die Kollegen beschwören, die Verhandlungen des Gewerkschaftsapparates zu unterstützen, und dann, wenn der Lohnraub durchgesetzt ist, gewisse Kritik anmelden, als ob diese Politik die Fehler einzelner Gewerkschaftsführer sind, die man austauschen müsse usw. Gerade mit dieser Illusionsmacherei, man könnte die Politik des Gewerkschaftsapparates ändern, indem man einige Leute auswechselt oder die Kritik richtig durchsetzen müsse, soll verhindern, daß die Kollegen den wahren Charakter des Gewerkschaftsapparates erkennen.

Der Charakter des Gewerkschaftsapparates ist der eines Unterdrükkungsinstrumentes und nicht der einer Interessenvertretung der Arbeiter, das zeigt sich gerade auch bei den Tarifrunden. Die Forderungen der Kollegen oder der Vertrauensleute werden unterdrückt. Es gibt weder für die einfachen Mitglieder der Gewerkschaft noch für die Vertrauensleute irgend eine Möglichkeit, auf der Grundlage der Satzung oder der gewerkschaftlichen Richtlinien Einfluß auf die Forderung zu nehmen.

Aufgestellt wird die Forderung in der Großen Tarifkommission. Die Mitglieder dieser Kommission werden aber nicht von den Mitgliedern der Gewerkschaft des Bezirks gewählt, sondern sie werden von den Bezirksleitungen einberufen, und da kann man sich ja vorstellen, daß diese Tarifkommissionen klar nach den Interessen der Gewerkschaftsbonzen ausgerichtet sind. Auch über die Annahme oder Ablehnung einer ausgehandelten Forderung entscheiden nicht die Arbeiter in den Betrieben, sondern die Tarifkommission. Die Verhandlungskommission, die aus der Großen Tarifkommission gebildet wird, wird auf Vorschlag des Bezirksleiters einberufen. So haben die Bonzen ihren Apparat ausgerichtet, mit dem sie gegen die Kollegen vorgehen. Nach den Richtlinien und Bestimmungen haben die einfachen Gewerkschaftsmitglieder überhaupt keine Möglichkeit, Einfluß auszuüben, obwohl es um ihre Interessen geht. Werden sie den Bonzen zu gefährlich, weil sie sich gegen diesen Unterdrückungsapparat erheben, dann haben die DGB-Gewerkschaften ja noch ihren Unvereinbarkeitsparagraphen, um solche Kollegen und Revolutionäre auszuschalten.

Mit ihrer Politik versuchen die D„K"P-Verräter Illusionen und Hoffnungen in den Gewerkschaftsapparat zu erzeugen, während sie meist selbst gleichzeitig in den Tarifkommissionen und anderen Gremien des Gewerkschaftsapparates drinsitzen und die Politik der Gewerkschaftsführer betreiben. Worauf es ihnen ankommt, ist, zu verhindern, daß die Arbeiter sich vom Einfluß des Gewerkschaftsapparates lösen und den Kampf für ihre Interessen in die eigenen Hände nehmen. Aufgrund dieser Tatsachen ist es notwendig, daß die fortschrittlichen und revolutionären Arbeiter sich zusammenschließen, daß wir in den Betrieben und in den Gewerkschaften die Kollegen in einer revolutionären Opposition organisieren und die Arbeiter gegen den Gewerkschaftsapparat für den revolutionären Klassenkampf gewinnen.

Recklinghausen

Betriebsversammlung Zeche Blumenthal

Vor kurzem fand eine Belegschaftsversammlung der Zeche General Blumenthal statt. Fast 1200 Kumpel — einige hundert mehr als sonst — waren in die Vestlandhalle in Recklinghausen gekommen. Das ist ein Zeichen der wachsenden Unruhe unter den Bergleuten, deren Existenzgrundlage durch weitere Rationalisierungen und Stillegungen bedroht ist. Die Partei hatte vor der Versammlung ein Flugblatt zu den wichtigsten Problemen der Kumpel verteilt.

Mit Appellen an die Klassenzusammenarbeit versuchte der Betriebsrat auf dieser Versammlung die Rationalisierungsmaßnahmen zu rechtfertigen und die Kollegen zum „Stillhalten" und „gemeinsamen Opfer bringen" zu bewegen. Dabei argumentierte er folgendermaßen: Blumenthal habe gute Lagerstätten und sei absatzsicher und habe nicht einmal eine Tonne auf Halde. Aber woanders sehe es schlechter aus. Zeche Westerholt z. B. müsse 50 Tage Kurzarbeit einlegen. Deshalb komme es darauf an, „Solidaritätsbewußtsein der Steinkohlekumpel" zu üben und die „Solidargemeinschaft in der Ruhrkohle" zu beweisen und gemeinsam Opfer zu bringen.

An Stelle des Zusammenschlusses der Arbeiter und des gemeinsamen Kampfes gegen die Rationalisierungsmaßnahmen durch die RAG-Bosse empfiehlt dieser Kapitalistenknecht, gemeinsam Kurzarbeit zu machen und Solidarität mit den Kapitalisten zu üben!

Während der Betriebsrat seine salbungsvolle Rede hielt, wurde von der Empore ein über zwei Meter großes Transparent mit der Aufschrift „Volle Bezahlung der Feierschichten" aufgehängt. Sofort richteten sich alle Augen auf das Transparent. Die Betriebsräte zeigten, daß sie gegen diese Forderung waren. In Polizei- und Werkschutzmanier beschlagnahmten sie das Transparent

Gegen diese Politik trat ein Genosse auf. Er entlarvte die klassenversöhnlerische Politik des Betriebsrats und sagte dann: „Wir sollen durch Lohnabzug bestraft werden, weil wir zu viel produziert haben. Die Kraftwerke verfeuern lieber Öl der amerikanischen Konzerne und russisches Erdgas. Die Bundesregierung betreibt eine Energiepolitik der Abhängigkeit von den beiden Supermächte. Lieber russisches Erdgas als deutsche Kohle, lieber amerikanisches Öl statt deutsche Kohle. Die RAG kauft Kohlengruben in den USA und hier werden Feierschichten gemacht. Kohlelieferverträge mit Polen werden abgeschlossen und hier werden die Pütts dichtgemacht. Wir sollen zur Kasse gebeten werden, gleichzeitig sollen der Ruhrkohle AG (RAG) für die 5-10 Zechenstillegungen Millionen Stillegungsprämie von unseren Steuergeldern in den Rachen geworfen werden.

Kollegen, wer ist schuld an der Krise? Die Stahl- und Kraftwerkskonzerne streben nach Superprofiten und das heißt für sie billige Kohle aus den USA und Polen, Öl von den US-Konzernen und Erdgas aus Moskau. Dieses kapitalistische Profitsystem, das ist schuld an der Krise. Die kapitalistische Krise soll auf unseren Rücken abgewälzt werden. Feierschichten bedeuten für uns Lohnverzicht, und alles Gerede von Brandau (Betriebsrat) macht aus Kurzarbeitergeld nicht den vollen Schichtlohn. Die Feierschichten müssen voll bezahlt werden."

Betriebsrat Brandau ging sehr ausführlich auf die Krebshilfe-Spendenaktion ein. Der Betriebsrat hatte beschlossen, daß jeder Kumpel 3 DM vom Weihnachtsgeld „freiwillig" für die Krebshilfe spendet und hatte das Geld gleich vom Novemberlohn abziehen lassen. Wer nicht spenden wollte, mußte ins Büro gehen und sich aus der Liste ausstreichen. Diese Sache hatte zu einer breiten Protestbewegung geführt.

In langatmigen Reden versuchte Brandau jetzt, das mit „verwaltungstechnischen Gründen" zu rechtfertigen. Dann beklagte er sich über den Widerstand der Kumpel. „Da ist teilweise gemein diskutiert worden. Nötigung, Erpressung, Diebstahl ist behauptet worden. Ich bin als Nazi beschimpft worden." Kollegen und die Betriebszelle hatten die Methoden mit der Nazi-Winterhilfe und den „freiwilligen" Spenden in der DDR verglichen. Ein Kauenwärter lief in jenen Tagen mit der zum Nazigruß erhobenen Hand herum usw.

„Die Aktion ist leider Gottes schiefgegangen. Der Betriebsrat hat Prügel bezogen", lamentierte er. Selbst die Recklinghäuser Presse berichtete davon unter der Überschrift: ‚Betriebsrat hat für sein ‚Ja' zur Krebshilfe Prügel bezogen.'

Diese Belegschaftsversammlung war ein Erfolg für die Bergarbeiter, sie hat dem Zusammenschluß der Kollegen genutzt.

Fichtel und Sachs

Arbeiter werden wie Sklaven verschachert

Klammheimlich im Alleingang haben die Brüder Wilhelm und Gunter Sachs 74,9% ihrer Beteiligung am Fichtel & Sachs-Konzern an die britische Maschinenbaufirma Guest, Kenn and Nettlegolds (GKN) verkauft. Der Fichtel & Sachs-Konzern ist einer der größten Motoren- und Autozubehör sowie Fahrradnabenhersteller mit rund 11000 Beschäftigten.

Dieser Verkauf, von dem nicht einmal der Vorstand und der Betriebsrat informiert war, ist für die Sachs-Brüder ein einträgliches Geschäft. Eine runde Milliarde wird für sie dabei herausspringen. Für die ca. 11000 Arbeiter bei Fichtel&Sachs ist noch nicht genau abzusehen, welche Rationalisierungsmaßnahmen im einzelnen, wieviele Entlassungen usw. durchgeführt werden.

Zurecht waren die Kollegen empört über diesen Verkauf. Zeigt doch dieser Verkauf sehr deutlich das Lohnsklavendasein der Arbeiter im Kapitalismus. Wie Sklaven werden die Arbeiter mit der Firma an einen anderen „Sklavenhalter" verkauft. Für die Kapitalisten sind die Arbeiter doch nichts anderes als Anhängsel der Maschinen, deren Arbeitskraft man sich kauft, um sie auszubeuten, die man entläßt, wenn man sie nicht mehr braucht, die man verkauft wie Tiere, und daraus auch noch irre Gelder herausschlägt. Was mit den Arbeitern passiert, das ist den Sachs-Brüdern auch in diesem Fall vollkommen egal, Hauptsache, sie kriegen ihr Geschäft unter Dach und Fach.

Nicht umsonst sind die Sachs-Kapitalisten bei den Arbeitern so verhaßt, besonders Gunter Sachs, der jahrelang als der Playboy Nr. 1 galt, der seitenweise die Klatschspalten der Zeitungen füllte, der das Geld, das aus den Arbeitern herausgepreßt wurde, mit vollen Händen an den Stränden von Westerland bis zur Côte d'Azure usw. hinausschmiß, der nicht einen Finger in seinem Leben krumm gemacht hat und auch nicht eine Mark ehrlich verdient hat. Seinen ganzen Besitz hat er geerbt und dieser Besitz ist durch die Ausbeutung der Arbeiter geschaffen worden.

Diese Transaktion der Sachs-Kapitalisten ist von Anfang an geschickt eingefädelt worden. Nicht einen Pfennig Steuern brauchen sie zu bezahlen, denn sie haben wohlweislich vor Jahren ihren Wohnsitz in die Schweiz verlegt, denn wenn man mindestens fünf Jahre in der Schweiz seinen Wohnsitz hat, dann tritt das deutsch-schweizerische Doppelbesteuerungsabkommen in Kraft, wonach keinerlei Steuern an den westdeutschen Staat gezahlt werden brauchen, und in der Schweiz unterliegt solch ein Geschäft ebenfalls keiner Besteuerung. So haben die Sachs-Kapitalisten runde 200 Millionen DM kassiert.

Selbst der reaktionäreBetriebsrat von Fichtel&Sachs war empört. Hatte er doch noch bei der 75 Jahr-Feier der Firma der Familie Sachs soziales Verständnis bescheinigt und ihre enge Verbundenheit mit der Stadt Schweinfurt gerühmt. Jetzt fühlen sich diese Heuchler natürlich hintergangen, deshalb sind sie empört. Die IGM-Führer haben aber auch sofort ein passendes Rezept parat. Sie sagen, mit der Mitbestimmung, da wäre das nicht passiert. Aber man braucht nur an den Verkauf eines Teils von Krupp an den Schah von Persien zu erinnern. Krupp ist ja bekanntlich ein Mitbestimmungsbetrieb.

Mit dieser klassenversöhnlerischen Mitbestimmungsideologie wollen sie im Grunde die hier deutlich gewordenen unversöhnlichen Widersprüche zwischen Arbeitern und Kapitalisten verwischen. Sie selber haben ja ein großes Interesse daran, daß die Konzerne rentabel arbeiten und das heißt, daß sie Profite aus den Arbeiter herausholen.

Dieser Verkauf der Fichtel&Sachs AG zeigt den Arbeitern deutlich ihre Rechtlosigkeit, die Erniedrigung und Ausplünderung, der sie im Kapitalismus ausgesetzt sind. Allein der Sturz dieser Kapitalisten-Herrschaft und die Errichtung der Diktatur des Proletariats kann die Lage der Arbeiter ändern und sie von Ausbeutung, Unterdrückung und Erniedrigung befreien.

Verschärfung der Ausbeutung und Unterdrückung

Fortsetzung von Seite 1

den Zechen und Hütten beweisen das. Mit Hilfe der Mitbestimmung konnten damals die Zechenstillegungen, Rationalisierungen und Massenentlassungen viel reibungsloser über die Bühne gebracht werden. IG-Bergbau-Vorsitzender Schmidt berichtete stolz, daß mit Hilfe der Mitbestimmung die Massenentlassungen in der Hälfte der Zeit durchgeführt werden konnten, die dafür vorgesehen war. In der Stahlindustrie müssen die Arbeiter ständig Contischichten fahren, die ihre Gesundheit ruinieren, gleichzeitig herrscht eine mörderische Arbeitshetze und die Unfallzahlen sind auch nicht geringer als in anderen Betrieben, sondern eher höher. Die Löhne der Arbeiter werden in zig betrieblichen Lohngruppen zersplittert.

Allein die wenigen Beispiele zeigen, daß die Mitbestimmung das Ausbeutungsverhältnis, indem die Arbeiter stehen, weil sie ihre Arbeitskraft an die Kapitalisten verkaufen müssen, in keiner Weise antastet, sondern noch verschärft.

Stärkere politische Unterdrückung

Die Mitbestimmung dient nicht nur der schärferen Ausbeutung, sondern vor allem auch der politischen Unterdrückung der Arbeiterklasse. So gibt es in einigen Mitbestimmungsbetrieben wie z.B. bei Hoesch, die „inoffizielle" Zwangsmitgliedschaft in den Gewerkschaften. Bist du nicht in den Gewerkschaften, wirst du gar nicht erst eingestellt. So haben z.B. Kollegen, die aus der Gewerkschaft ausgeschlossen worden sind, weil sie klassenkämpferisch, revolutionär oder Kommunisten sind, keine Möglichkeit, dort anzufangen zu arbeiten. Der Gewerkschaftsapparat filtert also solche Kollegen sofort heraus. Kollegen, die aus politischen Gründen aus der Gewerkschaft ausgeschlossen werden, fliegen meist gleichzeitig auch aus dem Betrieb heraus. Das ist praktizierte Mitbestimmung. In den Bergwerksbetrieben sind die gewählten Vertrauensleutekörper zerschlagen worden, die Vertrauensleute werden von der Ortsverwaltung eingesetzt. So soll verhindert werden, daß sich unter den Vertrauensleuten eine revolutionäre Gewerkschaftsopposition bildet und Rote Vertrauensleute gewählt werden können. Bei den Betriebsratswahlen war die Verfolgung Roter Kandidaten gerade in den Mitbestimmungsbetrieben am schärfsten. Reaktionäre Betriebsräte haben sogar Kollegen zu Hause aufgesucht, um sie davon abzuhalten, Rote Listen zu wählen. Im Betrieb haben sich reaktionäre Betriebsräte als Spitzel betätigt und die Roten Kandidaten auf Schritt und Tritt verfolgt, wie es z.B. bei Hoesch oder auf der Zeche General Blumenthal passiert ist.

Nach einem Bundesarbeitsgerichtsurteil hat der Betriebsrat auch Mitbestimmungsrecht bei der Verhängung von Strafen, von Betriebsbußen aller Art, wenn ein Kollege gegen die allgemeine betriebliche Ordnung verstoßen hat. Hier wird nochmals ganz deutlich, wie der Betriebsrat als Unterdrückungsinstrument gegen die Arbeiter vorgeht.

Die Frage ist Klassenversöhnung oder revolutionärer Klassenkampf. Beides zusammen ist unmöglich. Da die Mitbestimmung Ausdruck der Politik der Klassenversöhnung ist und den Geist der faschistischen Volksgemeinschaftsideologie aus dem Hitlerfaschismus wieder aufleben läßt, muß sie zwangsläufig gegen den revolutionären Klassenkampf gerichtet sein, muß sie zwangsläufig gegen den Aufbau der Revolutionären Gewerkschaftsopposition gerichtet sein.

Die Mitbestimmung soll jeden Ansatz zur revolutionären Organisierung der Arbeiter vernichten.

Mit der Mitbestimmungsideologie des „partnerschaftlichen Zusammenwirkens" von Kapitalisten und „Arbeitnehmern" soll der Geist des revolutionären Klassenkampfes aus den Köpfen der Arbeiter vertrieben werden und die Arbeiter ideologisch entwaffnet werden, so daß sie gefügige Ausbeutungsobjekte der Kapitalistenklasse sind.

Fast gleichzeitig mit dem Entwurf zum Mitbestimmungsgesetz wurde von der Regierung der Entwurf zum faschistischen 13. Strafrechtsänderungsgesetz vorgelegt. Beide Gesetzesentwürfe sind engsten miteinander verwandt. Beide sind dazu da, die „Innere Sicherheit" der Kapitalisten zu sichern. Wenn das 13. Strafrechtsänderungsgesetz die Propagierung der revolutionären Gewalt bestrafen will, so unterscheidet sich das prinzipiell nicht vom Mitbestimmungsgesetz, wonach „Arbeitnehmer" und Kapitalisten „partnerschaftlich zusammenarbeiten" sollen und friedlich die Konflikte lösen sollen und jeder Streikaufruf natürlich als Betriebsstörung verfolgt wird.

Beides dient dazu, den revolutionären Klassenkampf und seine Propagierung zu unterbinden,

Die D„K"P-Verräter lehnen diesen Mitbestimmungsentwurf in ähnlicher Weise wie die Gewerkschaftsführer ab. Sie propagieren die paritätische Mitbestimmung als eine Etappe auf dem Weg zum Sozialismus, als einen Hebel zur Zurückdrängung der Macht der Monopole. Das ist übelster Verrat.

Die Mitbestimmung ist keine Etappe auf dem Weg zum Sozialismus. Die Bourgeoisie läßt sich nicht Schritt für Schritt, indem die Arbeiter immer mehr mitbestimmen, die Macht nehmen, so wie die D„K"P es den Arbeitern weismachen will. Die Bourgeoisie kann nur in der proletarischen Revolution von der Arbeiterklasse gestürzt werden. Die Bourgeoisie gibt nichts freiwillig her, sondern wird ihre Macht, den Kapitalismus, mit Gewalt verteidigen. Die D„K"P als Agentur der Kapitalistenklasse soll aber gerade verhindern, daß die Arbeiterklasse die Notwendigkeit, die Unvermeidlichkeit und den Nutzen der Revolution erkennt und daß die Arbeiterklasse den Weg des revolutionären Klassenkampfes beschreitet. Deshalb unterstützen sie auch den Gewerkschaftsapparat.

Im Kampf gegen das Mitbestimmungsgesetz müssen wir vor allem den Gewerkschaftsapparat und die D„K"P-Verräter angreifen, ihnen darf in keinster Weise vertraut werden, und tun sie noch so fortschrittlich. Dieses Gesetz ist ein Angriff auf die gesamte Arbeiterklasse und wird nicht kampflos hingenommen

Aus unseren Betriebs- und Stadtteilzeitungen

Mandruck vor der Auflösung

Seit längerem planen die Bruckmann-Kapitalisten die Firma Mandruck aufzulösen, die im Besitz der Bruckmann-Kapitalisten ist. Die meisten Kollegen sollen in die Bruckmann-Firma übernommen werden. Den Betriebsratsvorsitzenden Wagner, einen kämpferischen Kollegen, wollen die Bruckmann-Kapitalisten rausschmeißen, dazu bedienen sie sich übelster Methoden.

Mit bisher beispielloser Brutalität haben die Bruckmann-Kapitalisten in der vergangenen Woche einen entscheidenden Teil ihres Plans, Mandruck aufzulösen und mißliebige Kollegen hinauszusäubern, in die Tat umgesetzt. Binnen weniger Tage wurden 21 Kollegen aus Montage und Kopie gezwungen, Arbeitsverträge bei Bruckmann zu unterschreiben. Damit besteht die Fa. Mandruck nur noch als kaufmännische Abteilung mit 18 Kollegen weiter. **Der BR-Vorsitzende Helmut Wagner, obwohl zur Abteilung Montage und Kopie gehörend, wurde als einziger dieser Abteilung nicht zu Bruckmann übernommen.** Und so lief das Gangsterstück ab.

Der BR-Vorsitzende Wagner erzwingt durch Gerichtsbeschluß, daß er einen 5-wöchigen Schulungskurs der Gewerkschaft besuchen kann. Die Geschäftsleitung warnt ihn, da er als einziger Revisor/Korrektor ausfalle, müsse er „mit allen Konsequenzen" bis hin zu Schadensersatzforderungen rechnen, da ohne ihn die Fa. Mandruck nicht mehr in der Lage sei, ihre Aufträge zu erfüllen. Wagner wehrt diesen Erpressungsversuch ab, indem er nachweist, daß er in der Vergangenheit auch Bruckmann-Aufträge erledigen mußte und die Fa. Bruckmann nun ihrerseits in der Lage sein müßte, Mandruck-Aufträge zu bearbeiten. Tatsächlich erklärte sich ein Kollege von Bruckmann bereit, Wagners Arbeit von täglich höchstens drei Stunden zu übernehmen. Kaum ist Wagner abgereist, entfalten die Bruckmann-Kapitalisten eine hektische Tätigkeit.

Der Betriebsrat wird zu einer außerordentlichen Sitzung einberufen, in der Lachner und Zimmerer erklären, man müsse jetzt Kopie und Montage zu Bruckmann verlegen, weil sonst eine ordnungsgemäße Abwicklung der Aufträge nicht mehr gewährleistet sei. Der Betriebsrat lehnt eine sofortige Entscheidung darüber ab, bis der BR-Vorsitzende Wagner wieder da sei.

Darauf schreibt die Fa. Mandruck (bekanntlich zu 100% im Besitz der Fa. Bruckmann) durch Zimmerer (der gleichzeitig bei Bruckmann angestellt ist) einen Brief an die Fa. Bruckmann zu Händen von Lachner (der gleichzeitig leitender Angestellter bei Mandruck ist) und teilt mit, daß sie nicht mehr in der Lage ist, ihre Aufträge abzuwickeln. (Wer die Aufgabenverteilung im Hause Bruckmann/Mandruck kennt, weiß, daß Zimmerer als gut bezahlter Haushansl lediglich die Briefe blind unterschreibt, die Lachner zuvor diktiert hat. Man kann also sagen, daß Lachner an sich selbst geschrieben hat).

Gleichzeitig entfacht die Geschäftsleitung mit Hilfe ihrer Helfershelfer unter der Belegschaft eine Panikstimmung. Wenn der Betriebsrat der geplanten Maßnahme nicht zustimme, sei Bruckmann gezwungen, eine eigene Offset-Montage/Kopie aufzubauen und Mandruck aufzulösen. Dann säßen die Kollegen auf der Straße. Es wird versucht, die Betriebsrats-Mitglieder in Einzelgesprächen weichzukneten, was bei einem Ersatz-Betriebsrat gleich gelingt. Eine Liste derer, die zu Bruckmann sollen, wird aufgestellt; es fehlt der Name des Betriebsrats-Vorsitzenden Wagner. Einige Kollegen fordern: Wagner muß auf die Liste, der Betriebsrat übernimmt die Forderung.

Auch die Gewerkschaftsbonzen Götz und Glassbrenner stellen sich scheinbar auf die Seite Wagners. Aber hinter vorgehaltener Hand sagen sie, Wagner habe in der Vergangenheit „viele Fehler" gemacht, er sei selbst schuld, wenn er jetzt in der Patsche säße. Es ist klar, daß die Bonzen Wagner fallen lassen. Die Geschäftsleitung streut außerdem das Gerücht aus, Wagner habe kein Interesse an einer Übernahme, da er die Firma bald verlassen wolle.

Die Spaltung gelingt. Die Mehrheit der Kollegen ist bereit, Arbeitsverträge bei Bruckmann zu unterschreiben, auch wenn Wagner nicht mitkommt.

Das Ergebnis dieser Aktion Stiebners und seiner Knechte ist ohne Zweifel eine schwere Niederlage für die Belegschaft. Es ist klar, daß mit der Isolierung Wagners die baldige Entlassung eines kämpferischen Kollegen vorbereitet worden ist, so wie mit der Spaltung der Belegschaft vor etwas mehr als einem Jahr die Isolierung des damaligen Betriebsrats durchgesetzt und die Entlassung des kommunistischen Betriebsrats Hermann Heiner vorbereitet wurde.

Aber so bitter Niederlagen auch sein mögen, sie haben doch einen Nutzen, wenn wir aus ihnen lernen.

DER DRUCKEREI ARBEITER



Zweifellos ist es so, daß den meisten Kollegen ihr Arbeitsplatz wichtiger war als die Solidarität mit dem Kollegen Wagner, weil sie glaubten, angesichts der augenblicklichen kapitalistischen Krise habe es wenig Aussicht, den räuberischen Plänen der Bruckmann-Kapitalisten Widerstand entgegenzusetzen. Aber eine solche Haltung wird mit Sicherheit zum Bumerang. Die Erfahrungen mit den Bruckmann-Kapitalisten haben ja gerade gezeigt, daß sie nur darauf warten, daß die Kampfbereitschaft nachläßt, um dann wieder zuzuschlagen. Zuerst hieß es, wenn Heiner weg ist, sind wir zu Zugeständnissen bereit. Jetzt soll Wagner weg, dann . . . Ja, was dann? Dann können wir unsere Rationalisierungspläne noch ungestörter fortsetzen, reibt sich Stiebner die Hände.

Stillhalten oder kämpfen?

Kolleginnen und Kollegen, wenn wir uns nicht um unsere kämpferischsten Kollegen, die diesen Raubplänen Widerstand leisten, zusammenschließen, werden wir uns unweigerlich ins eigene Fleisch schneiden.

Es ist nicht die besondere Bösartigkeit, die Stiebner zu seinen Untaten treibt, es ist das Wolfsgesetz des Kapitalismus, das Raffen nach höchstmöglichen Profiten in unerbittlicher Konkurrenz mit anderen Räubern zwingt ihn dazu, immer wieder, immer schärfere Angriffe auf unsere Lebens- und Arbeitsbedingungen vorzunehmen, um seine Profite zu sichern, gerade in der Krise. Stillhalten, nachgeben, auf „bessere Zeiten" hoffen, bedeutet nichts anderes, als sich den Kapitalisten mit Haut und Haaren auszuliefern. Unsere Vorkämpfer widerstandslos dem Zugriff der Kapitalisten preiszugeben, heißt, unserem Kampf die Spitze zu nehmen.

Die Bonzen von der IG Druck und Papier, der „schöne Otto" Götz und der stellvertretende Landesvorsitzende Glassbrenner haben einmal mehr gezeigt, auf wessen Seite sie stehen. Sie haben Wagner fallen gelassen wie eine heiße Kartoffel. Die Kündigung Heiners hatten sie vorbereitet, indem sie ihn aus der Gewerkschaft ausschlossen. So sehr wir für unseren Kampf um bessere Arbeits- und Lebensbedingungen Gewerkschaften brauchen, die DGB-Gewerkschaften erweisen sich immer wieder als unbrauchbar für diesen Zweck. Der DGB-Apparat, selbst einer der größten Kapitalisten, hat nichts anderes im Sinn, als uns mit allen Mitteln, und sei es die „Mitbestimmung", für immer an das menschenfeindliche imperialistische System zu ketten, unseren Kampf dagegen niederzubügeln. Es ist daher unbedingt notwendig, daß wir uns für unseren Kampf in den Betrieben unsere eigene Organisation aufbauen. Diese Organisation ist die R G O.

Kollege Wagner soll über kurz oder lang gefeuert werden. Der Rest-Mandruck steht vor seiner endgültigen Auflösung. **Kämpfen wir dafür, daß Wagner und alle anderen, die jetzt noch bei Mandruck sind, zu gleichen Bedingungen zu Bruckmann übernommen werden!**

Revisionistisches

DRASTISCHE PREISERHÖHUNGEN IN UNGARN

Die ungarische Regierung gab am 30. 11. neue Preiserhöhungen bei wichtigen Konsumgütern bekannt: ab 1. 12. 75 kostet die billigste Zuckersorte jetzt 14,2 Forint statt 9,60 Forint; Zucker von der Qualität Ia kostet 19 statt früher 12,40 Forint.

Gleichzeitig kündigte die Regierung vom 1. 1. 76 an weitere Preiserhöhungen an: für alle Baumaterialien um 20%; für Papier, Motoröl, einige kommunale Dienstleistungen sowie bei internationalen Schnellzügen und Postgebühren um 10-15%. Ab 1. 7. 76 sollen sich die Preise für Fleisch und Fleischwaren um 33% erhöhen.

Diese enormen Preissteigerungen u. a. für Grundnahrungsmittel bedeuten einen schweren Angriff auf die Lebenslage der ungarischen Werktätigen. Auch die Versuche der ungarischen Regierung, mit „Lohnerhöhungen" darüber hinwegzutäuschen, können das nicht verdecken. So veröffentlichte das ZK der revisionistischen USAP die Planziffern für Löhne und Gehälter für das nächste Jahr. Demnach sollen die Arbeiter eine Reallohnerhöhung von 1,5% bekommen (nominal 6,3%).

Mit diesen Lohnerhöhungen soll angeblich eine Inflationsrate ausgeglichen werden, die offiziell mit 4,5% angegeben wird. Wie die revisionistische ungarische Regierung aber angesichts von Preissteigerungen, die allein bei den Grundnahrungsmitteln um 39% liegen, auf eine Inflationsrate von 4,5% kommt, bleibt ihr Geheimnis.

Kein Geheimnis und völlig klar ist anhand dieser Preissteigerungen jedoch, daß der ungarische Staat die Lasten der Krise auf die Werktätigen abwälzt.

Durch diese erneuten Preiserhöhungen wird auch die Propaganda der Regierung als Lüge entlarvt, wonach nur Industriepreise „frei" verändert werden können. „Um die Interessen der Werktätigen zu wahren", hat die revisionistische Führung ausdrücklich festgelegt, für welche Artikel die Preise nur durch die Regierung verändert werden können. Dazu gehören Zement, Ziegelsteine, Mehl, Brot, Fleisch, Zucker, Milch, Schweinefett, Mieten, Eisenbahn- und Postgebühren (Regierungserlaß Nr. 2053/1967).

Vergleicht man aber nun die Preissteigerungen bei verschiedenen Artikeln, so stellt sich heraus, daß die Preise für die im Regierungserlaß festgelegten Artikel sogar noch schneller stiegen als für andere Waren. Auch die erneuten Preissteigerungen beziehen sich auf dort genannte Artikel. Dazu kommt noch, daß im November 1972 die Preise für Milch um 44% und die Mietpreise in einer unbekannten Höhe gestiegen sind (nach dem neuen Wohnbaugesetz vom 1. 7. 71).

Die erneuten hohen Preissteigerungen in Ungarn zeigen, daß Ungarn kein sozialistisches Land ist. Im sozialistischen Albanien z. B. gibt es keine Preissteigerungen. Stattdessen sind die Preise für bestimmte Güter bereits mehrere Male gesenkt worden. Dies ist Ausdruck der Stabilität der sozialistischen Wirtschaft, der Fortschritte beim sozialistischen Aufbau und der Sorge des sozialistischen Staates um die Versorgung der Werktätigen. Auf der anderen Seite sind die Preissteigerungen in Ungarn Ausdruck der Krise der Wirtschaft im revisionistischen Ungarn, zeigen sie, daß der ungarische Staat die Werktätigen ausplündert bis aufs Hemd. Das hat mit Sozialismus nichts zu tun. Das ist Kapitalismus, in dem sich eine Klasse auf Kosten der Mehrheit des Volkes bereichert und ihre Profite macht. Das werden auch in Ungarn immer mehr Menschen erkennen und den Kampf gegen das sozialfaschistische Regime aufnehmen.

Gemeinsame Erklärung der ZK's der KPD/ML und der KPD zur Aktionseinheit gegen das 13. Strafrechtsänderungsgesetz

Bevollmächtigte der ZKs der KPD und der KPD/ML führten mehrere Gespräche, um im Kampf gegen das 13. Strafrechtsänderungsgesetz zu einer Aktionseinheit zu kommen. Es wurde vereinbart, daß in mehreren Städten Westdeutschlands und Westberlins als erster Schritt gemeinsame Demonstrationen durchgeführt werden.

Mit dem 13. Strafrechtsänderungsgesetz, das Bundesregierung und Bundestag heimlich und schnell verabschieden wollen, soll das System der „Staatschutz"-Paragraphen im westdeutschen Strafrecht weiter ausgebaut, die Versammlungs-, Organisations- und Pressefreiheit noch weiter eingeschränkt und umfassende politische Zensur legalisiert werden. Haben die Notstandsgesetze die Möglichkeit geschaffen, jederzeit legal eine faschistische Diktatur über das Volk zu errichten, so nehmen diese Gesetze schon die Möglichkeit vorweg, die Verbreitung jedes revolutionären Gedankens mit Gefängnisstrafen bis zu drei Jahren zu bestrafen. Die reaktionäre Gewalt des bürgerlichen Staates wird weiter abgesichert. Schon bisher wurden Streiks für illegal erklärt, Streikführer verhaftet, mit Polizei und Verurteilungen gegen die gerechte Gewalt der Arbeiterklasse und des Volkes vorgegangen, wie z. B. beim Ford-Streik 1973, bei der Volksbewegung gegen das Kernkraftwerk in Wyhl, bei den Kämpfen gegen Fahrpreiserhöhungen, bei der Demonstration gegen den Breschnew-Besuch. Mit dem Gesetz gegen „Billigung von Straftaten" (§ 140) soll schon jede öffentliche Erörterung der Kämpfe der Arbeiterklasse und Volksbewegungen, jeder Aufruf dazu in einer Versammlung oder durch Verbreiten von Schriften" strafbar sein. Diese Verschärfung im § 140 bleibt bestehen und der ähnlich lautende § 130 a, der nach dem ersten Protest gestrichen werden soll, wird im wesentlichen in den § 88 a übergehen („verfassungsfeindliche Befürwortung von Straftaten").

Mit diesem Gesetz bauen die westdeutschen Imperialisten ihren staatlichen Gewaltapparat gegen das Volk weiter aus, verschärfen die politische Unterdrückung und beschaffen sich zugleich das Rüstzeug für die kommenden, heftigeren Klassenkämpfe, die eine unvermeidliche Folge der sich verschärfenden Krise des Imperialismus sind.

Jede Befürwortung der gerechten Kämpfe der Völker der Dritten Welt und jede Solidarität mit ihnen soll nach dem neuen Gesetz ausgeschaltet werden. Verboten werden soll auch der Kampf unseres Volkes gegen die beiden imperialistischen Supermächte, von denen die Gefahr eines neuen Weltkrieges ausgeht. Besonders die Propagierung des revolutionären Volkskrieges als dem einzigen Wege zur Befreiung der deutschen Nation, insbesondere im Falle einer Aggression der russischen Sozialimperialisten gegen unser Land fällt unter das Verbot der Befürwortung und „Billigung von Gewalt".

Dieses Gesetz richtet sich vor allem gegen den Marxismus-Leninismus, der den einzigen Ausweg aus Ausbeutung und Unterdrückung weist, nämlich die revolutionäre Zerschlagung des westdeutschen Staatsapparates und die Errichtung der Diktatur des Proletariats. Erst mit der Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse und der Unterdrückung der Bourgeoisie kann es breite Demokratie für die Arbeiterklasse und Werktätigen geben. Daß die kommunistischen Ideen von der Arbeiterklasse mehr und mehr aufgegriffen werden - das fürchtet die Bourgeoisie am meisten, und mit dem 13. Strafrechtsänderungsgesetz kann sie die kommunistische Agitation und Propaganda, sogar Werke von Lenin, Stalin, Mao Tsetung verbieten.

Von dem neuen Gesetz profitieren die modernen Revisionisten der D„K"P/„S"EW, die als „verfassungstreue" Parteien weiterhin ihre Politik der Bekämpfung der proletarischen Revolution betreiben können. Denn mit Marx und Engels im Munde haben sie den Marxismus-Leninismus revidiert, zu keinem anderen Zweck als den, um die Arbeiterklasse und die Werktätigen von der Notwendigkeit der gewaltsamen Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates, des Kampfes gegen die Supermächte abzuhalten und die Volksmassen der reaktionären Staatsgewalt und dem sowjetischen Sozialimperialismus auszuliefern. Sie handeln und agitieren täglich im Sinne des neuen Gesetzes, indem sie gegen klassenkämpferische Aktionen und gegen die revolutionäre Gewalt hetzen. Dies tut auch die DGB-Führung, die jeden selbständigen Kampf der Arbeiterklasse unterdrückt und selbst Hand in Hand mit der reaktionären Staatsgewalt auf der Grundlage der Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegen „Maoisten" vorgeht und ihr Verbot fordert.

Mit diesem Gesetz wollen die westdeutschen Imperialisten ihren Ausbeuterfrieden sichern — das ist es, was die CDU/CSU mit „Schutz des Gemeinschaftsfriedens und die SPD/FDP-Regierung mit dem „öffentlichen Frieden" meint. Hitler redete von der „Volksgemeinschaft". Aber diesen Ausbeuterfrieden können die westdeutschen Imperialisten mit ihrem gesamten staatlichen Gewaltapparat, mit Armee, Polizei, Verwaltung und Justiz nicht erreichen. Denn wo Unterdrückung ist, da ist auch Widerstand. Der revolutionäre Klassenkampf und der Kommunismus lassen sich nicht verbieten.

Die KPD/ML und die KPD rufen alle Arbeiter, Werktätige und fortschrittliche Intellektuellen, alle revolutionäre und fortschrittliche Organisationen auf:

Kämpft mit uns gegen das 13. Strafrechtsänderungsgesetz!

Die KPD und die KPD/ML betonen, an keiner Aktionseinheit teilzunehmen, wo die modernen Revisionisten der D„K"P/„S"EW und Trotzkisten der 4. Internationale als Organisation beteiligt sind, keine revisionistischen und trotzkistischen Losungen, Losungen gegen die Diktatur des Proletariats, gegen die Volksrepublik China und die Volksrepublik Albanien oder gegen die marxistisch-leninistische Weltbewegung zu dulden. Innerhalb der Aktionseinheit gilt die Freiheit der Agitation und Propaganda.

KB Nord hetzt: "KPD Faschisten"

Schützenhilfe für die modernen Revisionisten

In ihrer Novemberausgabe besaß die Zeitung „Arbeiterkampf" des KB Nord die Frechheit, die Gruppe Rote Fahne, die sich selbst KPD nennt, als „KPD-Faschisten" zu bezeichnen.

Wer glaubte, daß dies nur ein „Ausrutscher" sei, wird nun durch die Dezemberausgabe des „Arbeiterkampfs" eines anderen belehrt: Auf eine Leserbriefanfrage einer KB-Sympathisantengruppe hin beharrt „Arbeiterkampf" darauf, von „KPD-Faschisten" zu sprechen

„Arbeiterkampf" behauptet allen Ernstes, daß die GRF (KPD) eine faschistische Organisation sei, die *„für eine totale terroristische Unterdrükkung der Arbeiterklasse, insbesondere ihrer Avantgarde, im Interesse der Bourgeoisie eintritt"*. Das heißt, daß er eine revolutionäre Organisation zum Todfeind der Arbeiterklasse erklärt. Das ist in aller Schärfe zurückzuweisen.

Unmittelbarer Anlaß, von „KPD-Faschisten" zu sprechen, sei laut „Arbeiterkampf", daß die GRF (KPD) für eine verstärkte Unterdrückung der Bewegungen eintrete, die sich in Portugal gegen die bürgerliche Regierung richten.

Tatsächlich hat die „Rote Fahne" mehrfach behauptet, daß man, um die Revisionisten Cunhals zu schlagen, die Portugal mit einer sozialfaschistischen Diktatur nach dem Vorbild der faschistischen Herrschaft in der Sowjetunion bedrohen, die Bewegungen, in denen die Revisionisten arbeiten, unterdrücken müsse. Gut, die GRF (KPD) macht damit unserer Meinung nach im Kampf gegen die Revisionisten einen Fehler, der gewiß auch tiefere Ursachen hat. Der ROTE MORGEN hat dies kritisiert (siehe RM 44, Seite 10) und daran festgehalten, daß man nicht die Bewegung des Volkes bekämpfen darf, um die Revisionisten zu treffen, sondern daß man in dieser Bewegung die Revisionisten bekämpfen, sie isolieren und die gerechte Bewegung des Volkes dadurch stärken muß.

Man muß sich dafür einsetzen, daß die Genossen in der GRF für die Korrektur dieser falschen Linie kämpfen. Aber genau das will der KB Nord nicht. Wo sein Standpunkt tatsächlich ist, zeigt sich darin, daß er die GRF (KPD) als *„faschistisch"* bezeichnet, die Revisionisten aber als *„Linke"* anspricht, sich um Zusammenarbeit mit ihnen müht und ihnen sogar noch „Antiimperialismus" bescheinigt.

Ihnen geht es darum, den modernen Revisionismus, die Cunhals wie die D„K"P, den Sozialfaschismus, wie er in der DDR, Polen usw. an der Macht ist, den russischen Sozialimperialismus, der die Völker Europas und der ganzen Welt bedroht, zu verteidigen. Zu verteidigen gegen die Marxisten-Leninisten, gegen die KP Chinas, die Partei der Arbeit Albaniens, die KPD/ML und die anderen marxistisch-leninistischen Parteien, die ihr Feuer auf den revisionistischen Verrat sowie auf den Sozialimperialismus richten. In diesem Rahmen gelten die jüngsten Angriffe des KB Nord auch der GRF (KPD). Auf die Leserbriefanfrage im „Arbeiterkampf", warum denn aber die Bourgeoisie die GRF (KPD) angreife, wenn sie doch faschistisch wäre, hat der „Arbeiterkampf" nur die unverschämte Antwort zur Hand: Hitler sei in frühen Jahren ja auch einmal von der Bourgeoisie ins Gefängnis gesteckt worden. Im übrigen würde die GRF (KPD) *„faschistische Inhalte mit scheinradikalen, antibürgerlichen und z. T auch sogar pseudo-revolutionären Phrasen ‚verkaufen'."* Deshalb würde sie *„vielmehr einen Platz im ‚links'radikalen Vorfeld des Faschismus einnehmen."*

Diese Theorie, daß „Linksradikale" und „Rechtsradikale" den Faschismus heraufbeschwörten, ist nicht neu. Sie stammt direkt von den Revisionisten, die die Marxisten-Leninisten als „Linksextremisten" bezeichnen, die den Faschismus direkt herausfordern würden, weil sie für den gewaltsamen Sturz der Bourgeoisherrschaft und die Errichtung der Diktatur des Proletariats eintreten. Sie haben diese „Theorie" aufgebracht, um so die Arbeiterklasse eben vom Marxismus-Leninismus, von dem einzigen Ausweg aus Unterdrückung und Ausbeutung fernzuhalten. Und genau dem eifern die KB-Führer mit ihren Angriffen nach.

Daß sich das Geschrei des KB Nord von „KPD-Faschisten", „Sozialchauvinisten", „Vaterlandsverteidigern" und was sonst noch zu ihrem Arsenal gehört, direkt gegen den Marxismus richtet, beweisen die KB-Führer in ihrer Antwort auf die Leserbriefanfrage im „Arbeiterkampf" nicht zuletzt auch dadurch, daß sie im Zusammenhang mit einer Westberliner Veranstaltung der Trotzkisten, gegen die unsere Partei militant vorgegangen ist, weil dort gegen die VR China, gegen den Marxismus-Leninismus gehetzt werden sollte, schreiben: *„Wir treten prinzipiell daher auch für das Recht der Trotzkisten ein, ihre Meinung zu sagen und wären gegebenenfalls auch bereit, dieses Recht zu schützen."*

Schutz des Trotzkismus, Verteidigung des modernen Revisionismus gegen den Marxismus-Leninismus, das ist die Linie, die der „Arbeiterkampf" mit seinen Angriffen gegen unsere Partei wie gegen die Gruppe Rote Fahne (KPD) verfolgt.

Vom Aufbau des Sozialismus

GENOSSE ENVER HOXHA SCHREIBT DEN OPFERN DES ERDBEBENS

Am 22. November fand in 15 Dörfern des Bezirkes Saranda in Südalbanien ein Erdbeben siebten Grades statt. Der erste Sekretär des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens, Enver Hoxha, sandte an die Bevölkerung der vom Erdbeben betroffenen Dörfer einen Brief, in dem er unter anderem schreibt:

„Unser ganzes Volk, die Partei und ihr Zentralkomitee sind in diesen schwierigen Augenblicken bei euch. Sofort, als ich die bittere Nachricht über das, was geschehen ist, erhielt, gab ich der Regierung Anweisung, Erste-Hilfesendungen zu schicken und gleichzeitig Maßnahmen zu treffen, damit noch im Dezember alle eingestürzten und unbewohnbaren Häuser aufgebaut werden und die beschädigten Häuser ebenfalls innerhalb dieser Zeit repariert werden.

Jetzt ist es im sozialistischen Albanien zur Tradition geworden", schreibt Genosse Enver Hoxha weiter, „daß Katastrophen gemeinsam überwunden werden. So war es 1967 in den Bezirken Dibra und Librazhd, so war es zwei Jahre später im Jahr 1969 in einigen Bezirken des Südens und so ist es auch heute bei euch. Das sozialistische Vaterland und das Volk leiden, wenn sich ein Teil von ihnen in Schwierigkeiten befindet, die Herzen aller schlagen und empfinden gleich.

Bei uns, wo die Partei führt, arbeitet und lebt man unter dem Motto: Alle für einen — einer für alle. Daher arbeiten die Menschen voller Vertrauen und mit aller Kraft, um den sozialistischen Aufbau und die Verteidigung der erreichten Errungenschaften vor jedem Feind immer weiter voranzutreiben. Die finsteren Zeiten, da die von Naturkatastrophen betroffenen Menschen das ganze Leben über arm blieben, sind ein für allemal vorbei. Das albanische Volk hat die feudalbürgerliche Ordnung auf immer gestürzt und seine Macht errichtet, die es an jedem Tag verstärkt und vor dem Feind schützt."

Der Führer der Partei und des Volkes bekundete die Überzeugung, daß die Folgen des Erdbebens im Bezirk Saranda innerhalb kurzer Zeit beseitigt werden.

5-JAHRPLAN VORFRISTIG ERFÜLLT

Die Werktätigen der verschiedenen Zweige und Sektoren der Volkswirtschaft Albaniens arbeiten mit revolutionärem Schwung daran, das Jahr 1975 und den gesamten Fünfjahrplan mit möglichst guten Ergebnissen abzuschließen. Mehrere Kollektive von Bergarbeitern verschiedener Bergwerke schlossen den Elfmonatsplan von Januar bis November ab und liefertem dem Vaterland beachtliche Mengen an Erzen über den Plan hinaus. Zahlreiche andere Bergarbeiterkollektive und Kollektive von geologischen Betrieben haben mitgeteilt, daß sie den Jahresplan und den 5. Fünfjahrplan insgesamt vorfristig erfüllt haben.

In diesem Fünfjahrplan ist in der Grundstoffindustrie Albaniens ein großer Schritt nach vorne getan worden. Mehrere Bergwerke wurden erweitert, wie z. B. das große Chrombergwerk im Bezirk Dibra und das Steinkohlenbergwerk im Bezirk Tepelena, und ihre Produktionsleistung erhöht. Es wurden auch neue Bergwerke eröffnet, um Kupfer und Eisennickelerz, Steinkohle usw. zu fördern. Gegenwärtig wird daran gearbeitet, eine große Steinkohlengrube im Bezirk Tirana, eine der größten dieser Art in Albanien, sowie die beiden großen Eisennickelgruben im Bezirk Librazhd und Pogradec, die die Hauptlieferanten für das Eisenhüttenkombinat in Elbasan für Rohstoff sein werden, in Betrieb zu nehmen.

RM 25/74 im Laden ausgehängt

7 Monate wegen eines ROTEN MORGEN

Am 1. 12. ging in München ein Prozeß gegen Genossen Rainer Junck und einen weiteren Genossen zu Ende. Auf den Namen von Rainer Junck ist der Buchladen ,,Roter Morgen'' in München eingetragen. Weil dort im Sommer 1974 der ROTE MORGEN Nr. 25/74 und eine Wandzeitung ausgehängt war, erhielt Rainer damals zwei Strafbefehle über je 800 DM. Jetzt im Prozeß wurde Rainer deswegen zu 7 Monaten Gefängnis ,,mit Bewährung'' verurteilt. Der andere Genosse erhielt wegen Flugblattverteilens eine Geldstrafe von 300 DM.

Das ist der erste Prozeß im Zusammenhang mit einem ROTEN MORGEN, wo ein Genosse verurteilt wird, obwohl er weder Verleger noch Redakteur des ROTEN MORGEN ist, obwohl er ihn weder verkauft noch sonstwie verbreitet hat. Ja, Genosse Rainer konnte im Prozeß noch nicht einmal nachgewiesen werden, daß er zum Zeitpunkt, als der ROTE MORGEN im Buchladen ,,Roter Morgen'' in München ausgehängt war, davon wußte, daß diese Ausgabe des ROTEN MORGEN beschlagnahmt wurde!

Gleichzeitig ist das der erste Prozeß im Zusammenhang mit dem ROTEN MORGEN, in dem eine hohe Gefängnisstrafe verhängt wurde. So erhielten der Verleger und der verantwortliche Redakteur für diese Ausgabe des ROTEN MORGEN in der ersten Instanz eine Geldstrafe von 800 DM (für Nr. 25 und 26!) wegen ,,Beleidigung''.

Rainer Junck dagegen wurde jetzt wegen ,,Volksverhetzung'' verurteilt. (Der Strafbefehl war wegen ,,übler Nachrede'' ergangen). Am zweiten Verhandlungstag, beim Verlesen des ROTEN MORGEN, war dem Staatsanwalt plötzlich ,,aufgefallen'', daß hier Volksverhetzung vorliegen könne. Ebenso dem Richter. Welche Textstelle diesen Tatbestand erfüllen sollte, wußte an diesem Tag keiner von beiden, wohl aber am nächsten. Da hatte der Richter dann auch gleichzeitig schon ,,ein klares Bild vom Urteil'' (vor den Plädoyers, wohlgemerkt).

Bei der Textstelle, auf die sich Richter und Staatsanwalt schließlich einigten, handelt es sich um keine andere als die Wiedergabe der letzten Worte des sterbenden Genossen Günter im ROTEN MORGEN: ,,Ich hatte bisher Illusionen in diesen Staat. Ich habe versucht, mit der Polizei zu diskutieren, ich habe gedacht, das sind auch Menschen. Heute sehe ich, daß die Partei Recht hat.''

Die Auswahl gerade dieser Textstelle, um den Genossen wegen ,,Volksverhetzung'' zu verurteilen, ist eine ungeheuerliche Provokation. Was heißt das anderes, als daß Genosse Günter, nachdem er von der Polizei ermordet wurde, nachdem die Polizei seine Beerdigung zu einer Hetzjagd auf Kommunisten machte, jetzt nachträglich von einem Münchner Richter noch zum Verbrecher gestempelt wird, der eigentlich ins Gefängnis gehört?

,,Volksverhetzung'', sagt die bürgerliche Klassenjustiz. Aber gerade dieser Prozeß zeigt, worum es ihr beim Einsatz dieses Paragraphen, der sich früher offen gegen den Aufruf zum Klassenkampf wandte, geht. Um den Kampf gegen den Kommunismus, bei dem sie noch nicht einmal vor den letzten Worten eines Sterbenden haltmacht.

Duisburg

Bereits 2700 DM Ordnungsstrafe

Nach vier Verhandlungstagen hat das Duisburger Schöffengericht bereits 2700 DM Ordnungsstrafe gegen die angeklagten Genossen Bernhard Kohnke und Maicke Tuschen verhängt und ihnen mehrfach mit Ausschluß aus der Verhandlung gedroht. Das allein zeigt schon, daß das Gericht, das bereits Genossen Hanfried Brenner zu 12000 DM Geldstrafe verurteilte, erneut ein Terrorurteil gegen Genossen fällen will, die mit eigenen Augen gesehen haben, wie die Polizisten Genossen Günter Routhier im Juni des letzten Jahres mißhandelten.

An den ersten Verhandlungstagen waren die Polizisten als Zeugen geladen, die am Polizeiüberfall im Arbeitsgericht beteiligt waren. Die Hauptverantwortlichen dabei — wie Schabronat und Sauerwald — konnten sich diesmal im Gegensatz zum Prozeß ggen Genossen Hanfried an nichts mehr ,,erinnern''. Auch darüber, wie er an den ROTEN MORGEN Nr. 1/75 gekommen war, dessen Verkauf einem der angeklagten Genossen vorgeworfen wurde, wollte Schabronat sich zunächst ganz ausschweigen. Seine Begründung: Er habe schon mindestens 20 Anzeigen gegen den ROTEN MORGEN geschrieben, wie solle er da alles behalten?!

Bei der Vernehmung anderer Polizisten, die offenbar weniger gut instruiert waren, erlebten dann die Zuschauer, mit welcher Kaltblütigkeit die Polizei damals vorgegangen ist. So der Polizist Walter, Angehöriger des ,,Gemeinsamen Sonderkommandos'': ,,Ich habe Günter Routhier einen Stoß gegeben, weil er Kohnke befreien wollte, er fiel in die Stühle und schrie da immer rum: ich bin Bluter, ich bin Bluter.'' Als der Rechtsanwalt ihn fragte, warum er da nicht einen Arzt geholt habe, der Polizist Walter: ,,Er fiel in die Stühle, da war der Fall für mich erledigt. Wenn er mir sagt, er sei Bluter, dann ist das seine Sache.''

Kein Zuschauer, den angesichts solcher Aussagen nicht Entsetzen und Empörung packt. Für die Gerichte aber sind diese Polizisten ,,glaubwürdige Zeugen'', mit denen sie wieder drei Kommunisten zu hohen Geld- oder Gefängnisstrafen verurteilen können. Das ist auch nicht weiter verwunderlich. Denn so wie diese Polizisten heute offen ihr Vorgehen im Arbeitsgerichtsprozeß in Duisburg gutheißen, an dessen Folgen Genosse Günter starb, haben ja auch die Gerichte den Einsatz für ,,gerechtfertigt'' gehalten. Gerechtfertigt, um die Propaganda für die sozialistische Revolution im Gerichtssaal zu unterbinden.

Diese Brutalität und dieser Zynismus sind keine Eigenschaften von einzelnen Polizisten oder Gerichten. Sie sind in der Aufgabe von Polizei und Justiz begründet, die als Teil des Staatsapparates nur dazu da sind, die Macht der Kapitalistenklasse gegen die Werktätigen und vor allem gegen die Kommunisten zu verteidigen.

Daß dies auch die Aufgabe der Polizei beim Arbeitsgerichtsprozeß im letzten Jahr war, kam dann auch bei den Zeugenaussagen der Zuschauer des Arbeitsgerichtsprozesses klar zum Ausdruck, die nicht nur das Vorgehen gegen Genossen Günter, sondern auch gegen die angeklagten Genossen eingehend beschrieben.

Nächster Prozeßtermin: 19. 12., 9.00 Uhr, Amtsgericht Duisburg, Zi. 179.

Köln

3 Angeklagte ausgeschlossen

In der letzten Woche wurden drei der vier türkischen Antifaschisten und Patrioten, die dort der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung angeklagt sind, vom Prozeß ausgeschlossen. Die Genossen Ömer und Hatice dürfen bis zur Urteilsverkündung nicht mehr an der Verhandlung teilnehmen, Genosse Mustafa wurde einschließlich der Urteilsverkündung ausgeschlossen.

Der Anlaß, aus dem heraus die Genossen von der Verhandlung ausgeschlossen wurden, wirft ein bezeichnendes Licht auf den Geist, der in diesem Prozeß herrscht.

Am 11. 12. wurde als Zeuge ein Polizeiwachtmeister vernommen, der für die Auflistung der in verschiedenen Wohnungen beschlagnahmten Schriften und Gegenstände verantwortlich war. Schon bei der Vernehmung anderer Polizeizeugen hatte sich gezeigt, daß dem Gericht viel mehr ,,Beweisstücke'' vorlagen, als in den Wohnungen tatsächlich gefunden worden waren. Ömer wollte nun diesem Polizeizeugen zwei Fragen stellen, mit denen nachgewiesen werden konnte, daß nachträglich Asservate in das Beweismaterial eingefügt worden waren. Sein Antrag wurde nicht vom Türkischen ins Deutsche übersetzt. Stattdessen wurde ihm das Wort entzogen. Daraufhin griff er das Gericht an. Diesmal übersetzte Prof. Goetz, ein offener Handlanger von Richter Somoskoey, natürlich sofort. Daraufhin wurde Ömer ausgeschlossen. Als Hatice deshalb das Gericht angriff, wurde sie ebenfalls sofort ausgeschlossen. Ihrem Verteidiger, der sich wiederholt gegen die Prozeßführung von Richter Somoskoey gewandt hatte, wurde mit einem Ehrengerichtsverfahren gedroht.

Am 12. 12. wurde Genosse Mustafa ausgeschlossen. Er nahm an diesem Tag zum ersten Mal wieder an der Verhandlung teil, von der er 14 Tage lang ausgeschlossen war. Zu seiner Information las der Richter ein Protokoll über die letzten Verhandlungstage vor. Allerdings ließ er dabei den Teil über den Ausschluß von Ömer und Hatice aus mit der Begründung, das werde Mustafa ja schon im Gefängnis erfahren haben. Als Mustafa in dem folgenden Wortwechsel das Gericht als ,,faschistisch'' angreift, wurde er für den gesamten weiteren Verlauf des Prozesses ausgeschlossen.

Der Ausschluß der drei Angeklagten im Prozeß gegen die PEF in Köln zeigt, wie verlogen es war, als zu Beginn des Jahres die neue Strafprozeßordnung als ,,Lex Baader-Meinhoff'' bezeichnet wurde. Sie ist mit ihren verschiedenen Verschärfungen kein Sondergesetz gegen Angeklagte der RAF, sondern ein Gesetz gegen alle angeklagten Revolutionäre und Kommunisten. Mit ihr soll es den Gerichten ermöglicht werden, ohne daß die Fragen und Erklärungen der Angeklagten die Beweise der Staatsanwaltschaft als Lügen entlarven, die ,,Beweisaufnahme'' durchführen zu können und später ihre Terrorurteile mit ,,luckenlosen Beweisen'' zu begründen.

Im Prozeß gegen die vier Angeklagten in Köln ist vom 19. 12. bis zum 9. 1. 76 Verhandlungspause. Wir werden die weiteren Verhandlungstermine rechtzeitig ankündigen.



KAMPF DER BÜRGERLICHEN KLASSENJUSTIZ!

WESTBERLIN

In Westberlin fand jetzt ein Prozeß gegen einen Arzt statt, der im letzten Jahr während der Demonstration anläßlich der Ermordung von Holger Meins in einem Café festgenommen worden war. Er wurde wegen ,,Widerstandes'' zu 6000 DM Geldstrafe verurteilt.

Das Gericht erklärte in seiner Urteilsbegründung, gerade die Widersprüchlichkeit der Aussagen verschiedener Polizeizeugen müsse als Anzeichen dafür gewertet werden, daß diese glaubwürdig seien! Aufgrund dessen sah es das Gericht als erwiesen an, daß der Arzt mit einem Tisch auf einige Polizisten losgegangen war.

Die ,,Glaubwürdigkeit'' der Polizeizeugen wurde vor allem an dem Punkt offenbar, wo der damalige Einsatzleiter selbst zugab, daß sofort nach dem Einsatz von ihm ein Beamter damit beauftragt worden war, Zeugen dafür zu finden, daß der Arzt mit einem Tisch auf die Polizei eingeschlagen habe! Sie fanden natürlich dann auch nur Polizisten, die gesehen hatten, was sie sehen sollten. Nachdem er über den ersten Prozeßtag in der Zeitung einen Bericht gelesen hatte, meldete sich dann allerdings noch ein Passant als Zeuge, der den Vorfall beobachtet hatte, und erklärte, daß er nichts davon gesehen habe, daß der Arzt mit einem Tisch zugeschlagen habe. Diese Aussage erschien dem Gericht dann ,,unerheblich''. Der Arzt wurde verurteilt.

DORTMUND

Am 10. 10. 75 fand in Dortmund ein Prozeß gegen einen Bochumer Genossen statt, der im April bei einer Feier der KPD/ML am Mahnmal in der Bittermark festgenommen worden war. D,,K''P- und DGB-Ordner waren damals gegen die Genossen vorgegangen, die Polizei hatte eingegriffen und den Genossen festgenommen. Ihm wurde dann vorgeworfen, mehrere Polizisten vorsätzlich mit einer gefährlichen Waffe — einem Schuh! — verletzt zu haben. Darüber hinaus war er angeklagt wegen Widerstand und Störung einer öffentlichen Versammlung.

Im Prozeß wurde der Genosse zu 6 Wochen Gefängnis ,,auf Bewährung'' verurteilt.

DIEBURG

Aus Dieburg erreichte uns vor kurzem ein Brief des Genossen Schorsch. Er schreibt unter anderem:

»Liebe Genossen, jetzt bin ich bereits seit zwei Monaten in Dieburg und habe mich ,,gut eingelebt''. In den nächsten Tagen ist schon ein halbes Jahr von den 18 Monaten herum. Wenn man immer etwas zu tun hat, vergeht die Zeit im Gefängnis überraschend schnell. Im Moment herrscht hier in Dieburg eine ziemlich gereizte Stimmung unter den Gefangenen. Aus verschiedenen Gründen: Zum einen ist jeder erbittert, der in den letzten Tagen feststellen mußte, daß das seit Jahren angekündigte Strafvollzugsgesetz endgültig auf den St. Nimmerleinstag verschoben wurde. Jahrelang waren die Gefangenen auf dieses Gesetz vertröstet worden, wenn sie eine angemessene Arbeitsentlohnung und ihre Aufnahme in die Renten- und Arbeitslosenversicherung forderten. Jetzt heißt es: ,,Aus finanziellen Gründen können diese Regelungen nicht vor 1985 (!) in Kraft treten.''

Zum anderen finden hier fast gar keine Gemeinschaftsveranstaltungen mehr statt — auch aus finanziellen Gründen. Es seien nämlich nicht genügend Beamte zur Beaufsichtigung solcher Veranstaltungen vorhanden und wegen der ,,angespannten Finanzlage'' des Landes Hessen könnten auch keine neuen eingestellt werden . . .«

Genosse Schorsch schließt seinen Brief: »Ich möchte mich bei allen Genossen nochmals für die nach wie vor sehr zahlreich eingehende Post bedanken. Mir ist nicht bekannt, daß in jüngster Zeit Briefe an mich zurückgehalten worden wären. Besonders danke ich den Genossen, die lose Sympathisanten und Kontakte dafür gewonnen haben, daß sie mir schreiben. Ihr könnt sicher verstehen, daß ich auf die Beantwortung solcher Briefe besonders viel Mühe verwende und daß daher die Post von Genossen manchmal etwas kürzer kommt.

Revolutionäre Grüße aus dem Dieburger Gefängnis. Rot Front, Schorsch.

* * *

Kürzlich erhielt Marianne Schmidt, die Frau des Genossen Schorsch, eine Protestresolution aus dem Butzbacher Gefängnis, die von zehn Gefangenen unterzeichnet ist. In dieser Resolution wird dagegen protestiert, daß Genosse Schorsch wegen seiner kommunistischen Gesinnung 18 Monate im Gefängnis sein soll und gegen das drohende Berufsverbot gegen seine Frau Marianne wird Stellung genommen. Am Schluß heißt es:

»Wir, die Unterzeichneten, erklären uns solidarisch mit Marianne Schmidt und fordern ihre weitere Berufsausübung. Wir sind gegen die Ausübung der Berufsverbote, gegen den Terror an fortschrittlichen Genossen. Freiheit und freie Berufsausübung für alle verfolgten Revolutionäre!«

AICHACH

Auch Genosse Hubert schrieb uns jetzt. Nachdem er von seiner Freude über die Einbürgerung von Sascha und die Entlassung von Peter Bayer schreibt, heißt es weiter:

Ich bin nun auch bereits sechs Monate im Knast und habe bereits vor ein paar Wochen die Entlassung beantragt. Leider weiß ich darüber noch nichts, weil es sich angeblich erst in der nächsten Woche entscheiden soll. Jetzt, nachdem Peter entlassen wurde, hoffe ich natürlich, daß dies auch bei mir der Fall ist.

Der Briefverkehr hat sich scheinbar etwas gebessert, manchmal werden mir jetzt auch Briefe und Karten von Genossen ausgehändigt, die nicht direkt meine persönlichen Bekannten sind. Aber es wird immer noch Post angehalten, vor allem der größte Teil der Karten mit dem Scherenschnitt von mir. In den letzten Tagen auch zwei Briefe der Roten Hilfe e.V., weil mit der Roten Hilfe der Briefverkehr angeblich verboten sei.

. . . Vor einiger Zeit ist mein Personalausweis abgelaufen, und ich beantragte einen neuen. Ausdrücklich verlangte ich dabei, daß man mich für das Foto noch einmal fotografieren solle, weil die Bilder, die man hier von jedem Gefangenen macht, nicht gerade gut sind. Außerdem konnte ich mich vor dem Fotografieren nicht mal kämmen und rasieren, so daß ich unheimlich aussehe. Aber ohne meinen Wunsch zu beachten, schickte man ein solch schlechtes Foto mit meinem Antrag weg. Zu beachten ist dabei noch, daß sich dieses Foto auch in meinen Akten befindet und möglicherweise auch als Fahndungsfoto verwendet würde.'

Weiter berichtet Genosse Hubert, daß ihm ein wertvoller Malblock, auf dem bereits eine Reihe revolutionärer Zeichnungen waren, aus der Zelle eines anderen Gefangenen, dem er den Block geliehen hatte, gestohlen wurde. Die einzige Reaktion, als er das meldete: Man drohte ihm mit einer Strafe wegen ,,Verstoßes gegen die Hausordnung'', weil man anderen Gefangenen nichts leihen dürfe.

Genosse Hubert schließt: ,,Ich werde mich aber davon nicht aus der Fassung bringen lassen und weiterhin den richtigen Weg verfolgen und das richtige Ziel anstreben. In diesem Sinne, Rot Front, Euer Hubert.

Spenden zur Unterstützung politisch Verfolgter bitte einzahlen auf das Konto:

Vorstand der KPD/ML

— Spendenkonto —
Sparkasse Dortmund
Kto.-Nr.: 321 004 547

Stichwort: SOLIDARITÄT

DORTMUND

Am 12. 12. 75 begann in Dortmund ein Prozeß gegen Karin Wagner. Die Genossin war im Zusammenhang mit zwei Flugblättern zum Antifaschistenprozeß 1974 in Köln und zu einem Routhier-Prozeß in Duisburg, unter denen irrtümlich ihr Name als presserechtlich Verantwortliche stand, wegen Beleidigung angeklagt. Die Genossin bestritt auch im Prozeß, für diese Flugblätter, deren Inhalt sie gut und richtig fand, presserechtlich verantwortlich zu sein. Staatsanwalt Greiser führte daraufhin an, daß die Genossin lange Zeit verantwortlicher Redakteur für den ROTEN MORGEN war, daß sie bei Prozessen für den ROTEN MORGEN erschienen sei, daß sie sich in einem anderen Prozeß als presserechtlich Verantwortliche für ein Flugblatt bekannt habe usw. Seine ,,Beweisführung'' gipfelte darin, daß die Genossin eine ,,herausgehobene Funktionärin auf dem Gebiet des Pressewesens der KPD/ML'' sei und deshalb kein Zweifel daran bestehe, daß sie auch für diese Flugblätter verantwortlich sei. Mit der Begründung, daß die Genossin schon wiederholt verurteilt worden sei und trotzdem hartnäckig weiter ihre Behauptungen aufstelle, forderte er dann als Strafe 4 Monate Gefängnis ohne Bewährung. Der Prozeß wurde vertagt, da Staatsanwalt Greiser während seines Plädoyers einen Beweisantrag stellte, nach dem ein Zeuge aussagen soll, daß die Genossin die fraglichen Flugblätter verfaßt, in Druck gegeben und zur Verbreitung gebracht habe.

"Sorglos schenken..."

„Für sorgloses Schenken" — vor allem seit Beginn der langen Samstage vor Weihnachten häufen sich die Anzeigen in den Lokalteilen der Zeitungen, die unter diesen und ähnlichen Überschriften 500, 1000 DM zum Verleih anbieten. Oft sind es die Kaufhäuser selber, die neben ihren Verkaufsanzeigen auch gleich noch eine Anzeige unterbringen, daß man sich das nötige Geld für den Einkauf bei ihnen leihen kann. Zu den entsprechenden Zinsen, versteht sich. Mit einem Wort, das Geschäft mit dem Weihnachtsfest floriert. Das „Fest der Liebe" — für die Kapitalisten und die kleinen Geschäftemacher zählt es nur in der baren Münze, die in ihren Kassen klingelt.

Überziehen Sie für Weihnachten doch ganz einfach Ihr Konto!

Hausfrauen-Kredite

NOKLER-FINANZIERUNGEN

NORIS BANK-Kredit
für sorgloses Schenken
Auch ganz ohne Anzahlung
können Sie jeden Artikel
sofort mitnehmen!
Die Dauer der Abzahlung
– 1, 2 oder 3 Jahre –
bestimmen Sie selbst!

Erich Weinert

KIND AUF DEM WEIHNACHTSMARKT

Da stehst du nun mit verträumtem Blick
vor all dem bunten Kinderglück.
Wie gern möchtest du so was haben, nicht wahr?
So eine Eisenbahn, die man aufziehen kann,
oder das dicke wackelnde Dromedar
oder das große Pferdegespann
oder das Segelschiff mit den drei Masten
oder den bunten Steinbaukasten.

Geh nach Haus, mein Kind! Die Luft ist naß.
Oder denkst du, der Onkel schenkt dir was?
Der schenkt dir nichts. Geh nach Haus, mein Kind!
Dein Vater kann dies Jahr keinen Pfennig entbehren.
Denn all die Väter, die arbeitslos sind,
können ihren Kindern nichts mehr bescheren.

Du machst so ein nachdenkliches Gesicht.
Ja, das verstehst du heute noch nicht.
Aber bald wirst du's verstehen lernen:
Alles, was Freude macht auf der Welt,
ist nur gemacht für die Leute mit Geld,
doch nicht für die Armen in Mietskasernen.

Geh nach Haus! Es ist ein kalter Wind.
Pfeif auf den ganzen glitzernden Kram!
Und vor allem: Nicht weinen, mein Kind!
Dein Vater hat schon so genug Gram.
Sag: „Lieber Vater, ich will nichts haben."
Dann wird er dich küssen und sagen: „Mein Kind!
Erst müssen wir unsere Henker begraben,
damit eine bessere Zeit beginnt,
wo nicht die einen satt und die anderen hungrig sind.

Und alle Freude auf dieser Welt,
die man uns Armen heute noch vorenthält,
alle Freude wirst du haben, mein Kind,
wenn erst die Schatten vertrieben sind!
Denn alles, was der Arme entbehren muß,
das Glück, die Gesundheit, das Brot und die Kohlen,
das haben die Reichen im Überfluß.
Und das haben sie uns Armen gestohlen.
Aber wir werden's uns wiederholen."
Dann gibst du ihm einen Kuß!
Und nun geh, daß er sich nicht ängstigen muß!

1930

„Alle Freude wirst du haben, mein Kind, wenn erst die Schatten vertrieben sind!" — In diesem Sinn wünscht auch die Redaktion des ROTEN MORGEN allen Lesern erholsame und schöne Feiertage.

Volksdemokratische Republik Laos

Ein Triumph des Volkskrieges

Am 1. und 2. Dezember ist in Vientiane, der Hauptstadt von Laos, erfolgreich der Nationalkongreß der Vertreter des Volkes von Laos abgehalten worden. Der Kongreß hat die Abschaffung der Monarchie und die Errichtung der Volksdemokratischen Republik Laos proklamiert. Zum Präsidenten der Republik und Vorsitzenden des Obersten Volksrates wurde Souphanouvong, der Vorsitzende des ZK der Laotischen Patriotischen Front (LPF), zum Premierminister der neuen Regierung wurde Kaysone Phomvihan, stellvertretender Vorsitzender des ZK der LPF, ernannt.

Mit der Einberufung des Nationalkongresses und den von ihm getroffenen Beschlüssen ist jetzt in Laos auch auf der höchsten staatlichen Ebene die Volksmacht errichtet worden, hat die nationaldemokratische Revolution in diesem Land einen großen Sieg errungen.

Wie konnte dieser Sieg errungen werden?

Am 5. Dezember veröffentlichte das revisionistische „Neue Deutschland" einen langen Artikel über die Entwicklung der laotischen Revolution. Darin heißt es, daß der Sieg der nationaldemokratischen Revolution „letztlich möglich wurde durch das zugunsten des sozialen Fortschritts veränderte internationale Kräfteverhältnis . . ." Damit soll der Bevölkerung der DDR Sand in die Augen gestreut werden. Nicht der entschlossene, revolutionäre Kampf des laotischen Volkes selbst, sondern die von der Sowjetunion herbeigeführte „Entspannung" soll also den Sieg des laotischen Volkes ermöglicht haben? Das ist zugleich eine große Beleidigung des laotischen Volkes und der Versuch, die russischen Sozialimperialisten, die sich nach der Niederlage der amerikanischen Imperialisten bemühen, in Südostasien einzudringen und zu expandieren, als Freund des laotischen Volkes hinzustellen.

In Wirklichkeit hat das laotische Volk unter der Führung der Revolutionären Volkspartei und zusammengeschlossen in der Laotischen Patriotischen Front über 30 Jahre lang mit der Waffe in der Hand gegen die imperialistischen Eindringlinge, vor allem die amerikanischen Imperialisten und die einheimischen Reaktionäre, gekämpft. **Der Sieg des laotischen Volkes ist der Triumph des Volkskrieges.** Im Verlauf des Volkskrieges befreite das laotische Volk nach und nach über vier Fünftel des Landes, zwang die amerikanischen Imperialisten zu mehreren Abkommen, legte die Waffen niemals aus der Hand und erhob sich schließlich im Mai dieses Jahres zu einem landesweiten Aufstand gegen die von den USA-Imperialisten ausgehaltenen Landesverräter und befreite auch das letzte Fünftel seines Vaterlandes. **Im ganzen Land nahm nun das Volk selbst die Macht in die Hände, der alte, reaktionäre Staatsapparat wurde zerschlagen und die Volksmacht errichtet.**

Die neue Regierung der Volksdemokratischen Republik Laos wird nun ihre Hauptaufgabe darin sehen, das Volk und die Armee um die Regierung zusammenzuschließen, überall die Organe der Volksmacht und der bewaffneten Volksstreitkräfte zu stärken und zu entwickeln, die revolutionäre Wachsamkeit zu verdoppeln, um jede Sabotage von innen und von außen zu durchkreuzen. Die Regierung hat das Volk aufgerufen, alle Kräfte zu mobilisieren, um die Wirtschaft des Landes wieder aufzubauen und auf eine neue Grundlage zu stellen. Der erste Schritt dazu ist die Beseitigung der von den USA-Imperialisten angerichteten Schäden.

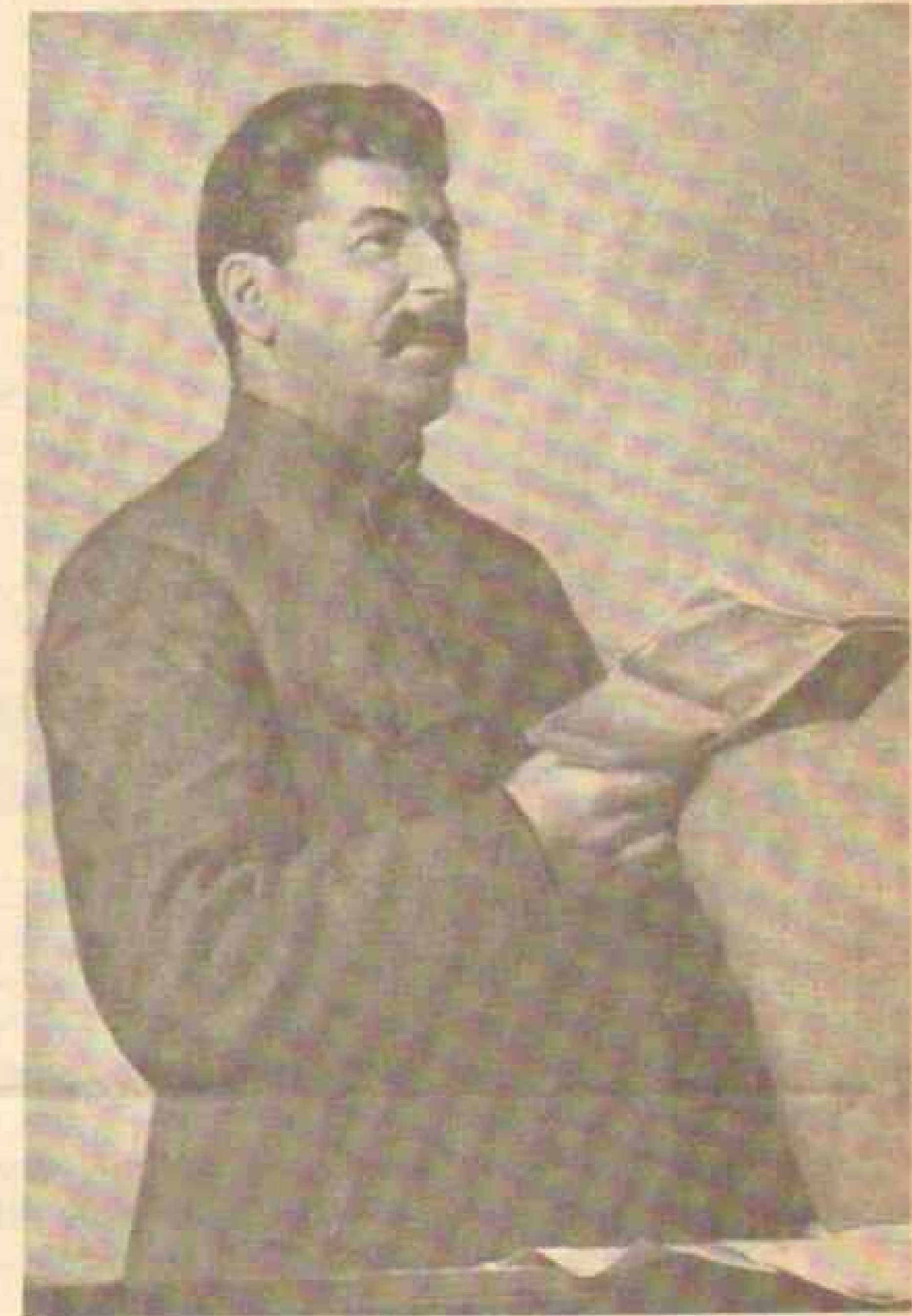
Im ganzen Land herrscht eine schwungvolle revolutionäre Atmosphäre und auf allen Gebieten werden große Erfolge erzielt. Während die Reaktionäre unterdrückt werden, entfaltet das Volk seine schöpferischen Kräfte. In Laos wird die Landwirtschaft als Grundlage genommen und das Schwergewicht auf die Selbstversorgung mit Getreide gelegt, während in der Industrie kleine und mittelgroße Fabriken wie Pilze aus dem Boden schießen. Eine Reihe von Banken, der Holzexport und das Transportwesen wurden verstaatlicht. Eine Bewegung zur Ausrottung der dekadenten imperialistischen Kultur hat begonnen, die nationale, demokratische Kultur wird entwickelt. Schulen werden eingerichtet und der Analphabetismus bekämpft. Ein Netz für die medizinische Betreuung und Gesundheitspflege wurde errichtet. Die meisten Dörfer haben Kliniken und Verantwortliche für den Gesundheitsdienst.

Das laotische Volk ist entschlossen, die Früchte der Revolution zu verteidigen, das Land aufzubauen und es niemandem zu erlauben, seine gerade erkämpfte Freiheit und Unabhängigkeit wieder zu rauben. Es ist entschlossen, die Revolution zu noch größeren Siegen zu führen.

82. Geburtstag des Genossen Mao Tsetung



96. Geburtstag des Genossen J. W. Stalin



Am 26. Dezember feiert Genosse Mao Tsetung, der große Marxist-Leninist und Vorsitzende der Kommunistischen Partei Chinas seinen 82. Geburtstag. Wir gratulieren ihm an diesem Tag von ganzem Herzen und wünschen ihm noch ein langes Leben. Gerade im vergangenen Jahr hat das chinesische Volk, geführt von der Kommunistischen Partei Chinas mit Genossen Mao Tsetung an der Spitze und geleitet vom Marxismus-Leninismus und den Maotsetungideen, große Erfolge im Kampf für die Festigung der Diktatur des Proletariats errungen. Angefeuert von der Weisung des Genossen Mao Tsetung: „*Warum sprach Lenin von der Ausübung der Diktatur über die Bourgeoisie? Über diese Frage muß man sich Klarheit verschaffen. Mangelnde Klarheit in dieser Frage führt zu Revisionismus. Dies muß im ganzen Land bekannt gemacht werden*", kämpfen die chinesischen Werktätigen für die Konsolidierung und Festigung der Diktatur des Proletariats, damit China immer das unerschütterliche Bollwerk der Weltrevolution bleibt.

Am 21. Dezember wäre J. W. Stalin 96 Jahre alt geworden. Er stand fast 30 Jahre an der Spitze der KPdSU (B) und des ersten Staates der Diktatur des Proletariats, der sozialistischen Sowjetunion. Nach seinem Tod war es der Verräter am Marxismus-Leninismus, der Renegat Chruschtschow, der die wildesten Angriffe auf das Leben und das Werk Stalins führte, um den Marxismus-Leninismus anzugreifen und die sozialistische Sowjetunion in eine faschistische Diktatur der neuen Bourgeoisie und eine sozialimperialistische Macht zu verwandeln. Chruschtschow und seine Nachfolger bemühten sich, das Andenken Stalins auszulöschen. Aber die Marxisten-Leninisten in der ganzen Welt ehren Stalin und seinen kompromißlosen Kampf gegen alle Feinde des Marxismus-Leninismus und der Diktatur des Proletariats.

Wem nützt und wem schadet die jüngste Broschüre der GRF?

Ein Schritt vorwärts, drei Schritte zurück

Unter dem Titel „Vorwärts im Kampf um die Einheit der Marxisten-Leninisten" hat die GRF (KPD) im Verlag Rote Fahne eine Broschüre zur „Kritik an der politischen Linie der KPD/ML" veröffentlicht. Damit nimmt die GRF zum ersten Mal zusammenfassend zu unserer Partei Stellung. Es ist zu begrüßen, daß die Broschüre eine Selbstkritik des Zentralkomitees der GRF enthält, die in vielen Punkten einen Fortschritt gegenüber früheren Darstellungen bedeutet. Wir meinen aber, daß auch diese Selbstkritik in vielen Punkten nicht weitreichend genug und in einigen Punkten falsch ist, daß überhaupt in der ganzen Broschüre die Methode der Verfälschung und Verleumdung vorherrschend ist. Unserer Meinung nach ist die Broschüre kein Beitrag zum Kampf für die Einheit der Marxisten-Leninisten, sondern legt diesem Kampf für die Einheit auf prinzipienfester Grundlage neue Hindernisse in den Weg.

Zweifellos sind in den letzten Monaten im Kampf für die Einheit der Marxisten-Leninisten große Erfolge erzielt worden. Doch die von der GRF (KPD) vorgelegte Broschüre zur Kritik der Politik und der Grundlagen unserer Partei droht diese Fortschritte zurückzuzerren, weil in ihr zum einen Lügen, Verleumdungen und Verfälschungen aufgetischt werden, die man nur als Provokation bezeichnen kann, als Versuch, dem Kampf für die Einheit neue Hindernisse in den Weg zu legen. Zum anderen deshalb, weil an die Geschichte beider Organisationen mit einer Art Händlermentalität herangegangen wird: Man preist unabhängig von den Tatsachen die eigene Ware in den schönsten Farben, die andere in den schwärzesten und hofft auf diese Weise, einen möglichst hohen Preis zu erzielen. Aber der Kampf für die Einheit der Marxisten-Leninisten ist kein Tauschgeschäft nach dem Motto „Kritisierst du das, kritisiere ich das, übst du da Selbstkritik, übe ich hier Selbstkritik".

Wie die Genossen der GRF mehrfach erklärt haben, wollen sie die angebliche „Gründungslegende" unserer Partei zerstören. Sozusagen „hilfsweise" wird dann vorsorglich noch die Behauptung aufgestellt, die Partei sei 1971 entartet, falls sie doch gegründet worden sein sollte. Aber dazu später.

Das Märchen, das die Autoren der Broschüre auftischen, um die angebliche „Gründungslegende" unserer Partei zu widerlegen, beginnt mit der Verfälschung des Prozesses der revisionistischen Entartung der KPD. So beginnt das Kapitel „Der Weg der KPD nach 1945" mit folgender Feststellung: *„Im Februar 1956 fand in Moskau der XX. Parteitag der KPdSU statt. Auf ihm vollzog die Chruschtschow-Clique die entscheidenden Schritte ihrer Machtübernahme. Mit der Machtübernahme durch den modernen Revisionismus war die Grundlage für die Herausbildung einer neuen Monopolbourgeoisie geschaffen. Aus der sozialistischen Sowjetunion Lenins und Stalins wurde eine sozialimperialistische Macht, sozialistisch in Worten, imperialistisch in Taten. Die neue herrschende Klasse errichtete eine faschistische Militärdiktatur über das ruhmreiche sowjetische Volk."* (S. 11). Auf Seite 21 der Broschüre heißt es: *„für den Zeitpunkt des Verbots* der KPD (1956): *„In der Bundesrepublik gab es keine Kommunistische Partei mehr."* Natürlich ist es richtig, daß man 1956 als das Jahr ansetzen kann, in dem die revisionistischen Tendenzen in der KPdSU und in der KPD zur Hauptseite wurde. Aber weder ist die Sowjetunion 1956 zu einer sozialimperialistischen Macht geworden, noch ist die KPD 1956 revisionistisch entartet. In der KPD gab es schon viele Jahre vorher revisionistische Tendenzen, die zunehmend an Einfluß gewannen. 1956 bildeten diese revisionistischen Tendenzen bereits die Hauptseite, aber damit war die Partei noch keineswegs entartet. **Entartet ist eine Partei erst dann, wenn es unmöglich geworden ist, innerhalb der Partei für die Durchsetzung der marxistisch-leninistischen Linie zu kämpfen.**

Wenn die Autoren der Broschüre also behaupten, es wäre richtig gewesen, die Partei bereits 1956 zu spalten, nur seien die marxistisch-leninistischen Kräfte nicht in der Lage gewesen, sich zusammenzuschließen, dann ist das falsch und spalterisch Zugleich ist ihre Forderung nach Spaltung der KPD im Jahre 1956 auch indirekt eine Kritik an der Kommunistischen Partei Chinas und der Partei der Arbeit Albaniens, die ebenfalls nicht 1956 die internationale kommunistische Bewegung gespalten haben, sondern in ihrem hervorragend geführten Kampf um die Einheit der Kommunistischen Weltbewegung auch im Verlauf der Polemik noch vom „Genossen Chruschtschow" gesprochen haben. Und es ist schon stark, wenn sie gerade den Genossen Wang Hung-Wen als Zeugen dafür berufen wollen, daß eine Spaltung der KPD 1956 erforderlich gewesen wäre. Was aber sagte Genosse Wang Hung-wen: *„Wo es sich um die Linie, um die Gesamtlage handelt, muß ein wahrer Kommunist, frei von jeden eigennützigen Überlegungen, den Mut haben, gegen die Strömung anzukämpfen, auch wenn das für ihn Amtsenthebung, Ausschluß aus der Partei, Kerkerhaft, Ehescheidung bedeuten oder ihn den Kopf kosten könnte."*

Was wird hier gefordert? Wird etwa gefordert, wenn es sich darum handelt, gegen eine falsche Linie anzukämpfen, solle man aus der Partei austreten, die Partei spalten oder wird nicht gerade das Gegenteil gesagt, man muß in der Partei gegen die falsche Strömung ankämpfen, selbst wenn das Funktionsverlust und Ausschluß aus der Partei bedeutet? Entgegen den kleinbürgerlich-spalterischen Vorstellungen der Autoren der Broschüre kämpften die Marxisten-Leninisten auf der ganzen Welt bis in die 60er Jahre hinein auf der Grundlage der Moskauer Erklärungen von 1956 und 1960 für die Einheit der kommunistischen Weltbewegung. Nicht die Marxisten-Leninisten streben Abspaltungen an — das ist die Behauptung der Chruschtschow-Revisionisten. Die modernen Revisionisten spalteten die kommunistische Weltbewegung als sie den Boden des Marxismus-Leninismus, der gemeinsamen Erklärungen von 1956 und 1960 verließen.

Warum gehen wir auf diese Frage so ausführlich ein? **Einmal weil sich hier zeigt, daß die Autoren der Broschüre nach wie vor nicht verstanden haben, was es bedeutet, für die Einheit der Marxisten-Leninisten in einer Kommunistischen Partei zu sein, weil sie nach wie vor davon ausgehen, daß gespalten werden muß, wenn eine falsche Linie tatsächlich oder vermeintlich vorliegt. Zweitens wird hier der Versuch gemacht, durch diese Manipulation den Zeitpunkt, wo die Gründung der Partei objektiv notwendig wurde, möglichst weit vorzuverlegen, um bis zur KPD/ML-Gründung eine parteilose Periode von über 10 Jahren zu schaffen. So soll der Eindruck erweckt werden, die Gründung der KPD/ML sei kein Ergebnis des Kampfes zweier Linien in der KPD, sondern ein eher zufälliges Produkt. Drittens haben wir den kleinbürgerlich-spalterischen Charakter dieser Auffassungen der Autoren dieser Broschüre aufgezeigt, weil es wichtig ist, um die Prinzipienlosigkeit und politische Verkommenheit der Angriffe, die in der Broschüre gegen den Vorsitzenden unserer Partei, Genossen Ernst Aust, gerichtet werden, voll und ganz zu verstehen.** Dazu später.

Verfolgen wir zunächst weiter, wie die GRF-Autoren die „Gründungslegende unserer Partei zerstören". Nachdem sie die Notwendigkeit der Spaltung der KPD ab 1956 „begründet" haben, lassen die GRF-Autoren nun ab 1960 verschiedene marxistisch-leninistische Zirkel und Arbeiter-Propagandagruppen aus dem Boden schießen. Erst Jahre später, als die Studentenbewegung bereits ihre ersten Höhepunkte erlebte, sei Ernst Aust 1967 aus der revisionistischen KPD ausgetreten, gab die erste Nummer des ROTEN MORGEN heraus und erst 1968 wurde dann die Hamburger Gruppe ROTER MORGEN gegründet, die dann nur einen Bruchteil der bestehenden marxistisch-leninistischen Zirkel in der KPD/ML habe vereinigen können. Wahrhaftig ein Meisterwerk der Geschichtsklitterung.

Richtig an dieser Darstellung ist lediglich, daß es auch vor der Gruppe um den ROTEN MORGEN Gruppen gab, die chinesische Literatur in Westdeutschland verbreiteten. Diese Gruppen waren allerdings keineswegs alle marxistisch-leninistisch. In ihnen waren auch nur vereinzelt KPD-Genossen, die gegen den revisionistischen Verrat gekämpft hatten. Im übrigen hatten völlig kleinbürgerliche, in keiner Weise am Aufbau einer marxistisch-leninistischen Partei interessierte Kräfte mit dem Vertrieb chinesischer Publikationen begonnen. Vor dem Erscheinen des ROTEN MORGEN hatten lediglich die Spartacus-Briefe die Notwendigkeit der Parteigründung aufgezeigt und die Herausgabe einer Zeitung vorgeschlagen. Diese Dokumente wurde aber erst nach dem Erscheinen des ROTEN MORGEN durch einen österreichischen Nachdruck bekannt. Aber die Spartacus-Gruppe, wie alle anderen marxistisch-leninistischen Gruppen, war in den Prozeß des Kampfes um die Einheit der Marxisten-Leninisten in einer bolschewistischen Partei einbezogen und die Genossen gründeten die Partei mit. Wo sind also die vielen marxistisch-leninistischen Gruppen, die *„nur zum Bruchteil"* in der KPD/ML vereint werden konnten? Welche Gruppen, außer der Rebell-Gruppe (heute KABD) haben die Autoren der Broschüre da im Auge? Auf welche Dokumente können sie sich berufen?

Die angebliche Gründungs„legende" erweist sich als die Wahrheit. Die KPD/ML wurde nach hartem Kampf gegen den modernen Revisionismus gegründet. Die Gruppe ROTER MORGEN war nicht ein beliebiger unter vielen Zirkeln, sondern hat erfolgreich den Kampf um die Einheit der Marxisten-Leninisten geführt. Davon kann sich jeder in dem jetzt erscheinenden Nachdruck der ROTER MORGEN-Jahrgänge 1967/68/69 überzeugen.

Hervorragenden Anteil an diesem Sieg des Marxismus-Leninismus über den modernen Revisionismus hatte Genosse Ernst Aust, der heutige Vorsitzende unserer Partei. Es ist kein Zufall, daß nicht nur die modernen Revisionisten, sondern auch die verschiedensten Führer der kleinbürgerlichen Studentenbewegung ihre Angriffe auf Genossen Ernst Aust konzentrieren. Der Name des Genossen Ernst Aust steht eben dafür, daß unsere Partei im prinzipienfesten Kampf gegen den modernen Revisionismus gegründet wurde, daß sie nicht in den Sog der Studentenbewegung geriet, daß sie die führende Rolle der Arbeiterklasse gegen alle Angriffe kleinbürgerlich-liquidatorischer Kräfte verteidigte, daß unsere Partei von Anfang an sich auf die Generallinie der kommunistischen Weltbewegung stellte. Als Genosse Ernst Aust zum offenen Kampf gegen die modernen Revisionisten überging, war das ein schwerer Schlag für die modernen Revisionisten. Denn Genosse Ernst Aust war unter den Kommunisten der Wasserkante und weit darüber hinaus bekannt.

Hinterhältige Lügen

Die Autoren der GRF-Broschüre behaupten nun kurz gesagt: Ernst Aust war ein moderner Revisionist. Sie ziehen einzelne Artikel heran, die Genosse Ernst Aust im Blinkfüer geschrieben hat, deren Inhalt tatsächlich revisionistisch ist, weswegen Genosse Ernst jedoch später Selbstkritik geübt hat, aber auch Artikel, die er nicht geschrieben hat. Nach der Methode läßt sich leicht „beweisen", daß jeder, der nach 1956 Mitglied der KPD war, also deren Linie nach außen verbreiten mußte, ein Konterrevolutionär war. Marxisten-Leninisten aber gehen an diese Frage anders heran. Sie fragen: Hat ein Genosse im Kampf zweier Linien hauptsächlich am Marxismus-Leninismus, an der Linie des unversöhnlichen Kampfes gegen den Imperialismus festgehalten oder hauptsächlich die revisionistische Linie durchzusetzen versucht. Und dieser Kampf zweier Linien ist im Blinkfüer allerdings zu verfolgen. Die GRF-Führer hätten genau so, wie sie die von ihnen zitierten Artikel gefunden haben, Artikel finden können, die gegen die Linie der KPD-Führung gerichtet waren und in denen korrekte Positionen des Marxismus-Leninismus verteidigt wurden.

Daß aber das Ganze nur ein Vorspiel ist, um die eigentliche hinterhältige und verleumderische Lüge glaubhaft zu machen, Genosse Ernst Aust hätte Artikel gegen die VR China und die KP Chinas geschrieben, wird im weiteren in der Broschüre deutlich. Die Verfasser zitieren einen Artikel aus dem Blinkfüer vom 17. April 1964. Ausdrücklich behaupten sie, dieser Artikel stamme aus der Feder des Genossen Ernst Aust. In Wirklichkeit stammt dieser Artikel von Herbert Kuschnik, der später, nach dem Ausscheiden von Ernst Aust, Chefredakteur des Blinkfüer wurde. Wir fragen die Genossen der GRF wie sie, nachdem Genosse Ernst Aust mehrmals darauf hingewiesen hat, im Blinkfüer keine Artikel gegen die VR China geschrieben zu haben, zu der Annahme kommen, ausgerechnet dieser Artikel sei von Genossen Ernst Aust, obwohl er nicht wie üblich als solcher gekennzeichnet ist. **Das hat mit ideologischem Kampf nichts mehr zu tun, das ist Verleumdung!**

Das gleiche gilt für die Behauptung, Genosse Ernst Aust sei für die gegen die KP Chinas gerichtete Beilage im Blinkfüer 43/1966 verantwortlich gewesen. Es stimmt, daß wir uns im Erscheinungsdatum dieser Beilage geirrt haben (nicht Dezember, sondern Oktober 1966). Nur ändert sich dadurch nichts an der Sache. Wie und wann Genosse Ernst Aust seine verantwortlichen Funktionen in der Blinkfüer-Redaktion niederlegte, geht aus dem Impressum hervor: bis Nr. 42/21. Okt. 1965 hieß es „Chefredakteur Ernst Aust", Nr. 43 und 44 hieß es „Chefredakteur Ernst Aust (z. Zt. auf Reisen)" und ab Nr. 45 hieß es „gesamtinhaltlich verantwortlich Herbert Kuschnik". Weiter erschien Blinkfuer im Ernst Aust Verlag. Aber gerade die gegen die VR China gerichteten Artikel und die erwähnte Beilage, die ohne jede Einflußmöglichkeit und ohne Wissen des Genossen Ernst Aust erschienen war, gaben den Anstoß darauf zu drängen, daß auch der Verlag nicht mehr auf seinen Namen laufen soll. Genosse Ernst Aust blieb auch nach seinem Ausscheiden aus der Blinkfuer-Redaktion noch Funktionär. Genosse Ernst Aust ist auch nicht, wie die GRF zu vermelden weiß, 1967 aus der KPD ausgetreten. Er hat lediglich alle seine Funktionen niedergelegt, verbunden mit einer Erklärung gegen das revisionistische ZK.

Die Genossen der GRF sollten sich sehr genau überlegen, woher sie die Munition für ihre Verleumdungen gegen den Vorsitzenden unserer Partei nehmen. Die Lüge von den gegen die VR China gerichteten Artikeln aus der Feder des Genossen Ernst Aust stammt von niemand anderem als von den modernen Revisionisten. Im Blinkfüer vom 16. 11. 1967 hieß es unter der Überschrift: *„In eigener Sache": „Herr Aust spricht in diesem Zusammenhang von ‚Revisionismus' und ‚Abweichungen' in der Redaktion und im Verlag, die zu der ‚notwendig gewordenen Trennung' geführt hätten. Das ist ein grobe Entstellung und willkürliche Auslegung der Tatsache, daß sich die Mitarbeiter unserer unabhängigen Wochenzeitung nicht dem von Herrn Aust angestrebten Bekenntnis zur „Kulturrevolution in China angeschlossen haben ... Eine Klarstellung erfordert auch die nachweislich falsche Behauptung, unter ‚Mißbrauch' seines Namens seien gegen die Volksrepublik China gerichtete Artikel im BLINKFÜER erschienen. Erstens gab es nie einen Artikel gegen die Volksrepublik China, sondern stets nur Artikel über bestimmte Ereignisse in diesem Land ... Am Rande sei nur vermerkt, daß der einzige Artikel, der diese Norm nicht erfüllte, aus seiner Feder stamme."* Der letzte Satz diente dazu, Genossen Ernst Aust als unglaubwürdig hinzustellen, nachdem die politischen Widersprüche vor der Basis nicht mehr vollständig verschwiegen werden konnten.

Wie vor ihnen schon der KB-Nord und andere Zirkel fischen nun auch die GRF-Autoren in diesem trüben Teich. Daß die Autoren der Broschüre es tatsächlich darauf angelegt haben, lediglich Verleumdungen gegen den Vorsitzenden unserer Partei zu verbreiten, und daß es ihnen nicht um eine marxistisch-leninistische Beurteilung seines Kampfes gegen den modernen Revisionismus geht, zeigt folgende Passage der Broschüre: *„In seinem Lebenslauf, der in der 2. Nummer des Theoretischen Organs der KPD/ML ‚Der Weg der Partei', 1974 abgedruckt wurde, heißt es: ‚Genossen aus anderen Organisationen haben Ernst vorgeworfen, daß er im Blinkfüer früher auch revisionistische Artikel geschrieben und zu lange mit der Trennung gewartet habe. Ernst sagt dazu: ‚Das stimmt. Aber nicht ich bestimme den Kurs der Partei, sondern das Zentralkomitee, der Parteivorstand, dem ich nicht angehörte. Solange ich Mitglied der KPD war, waren für mich deren Beschlüsse bindend [Anmerkung (der GRF — RM) ‚Mitglied der KPD war es bis Sommer 1967]. Auch wenn ich persönlich anderer Meinung war, hatte ich sie durchzuführen. Erst nachdem ich im innerparteilichen Kampf gegen den modernen Revisionismus erkannte, daß die korrekte marxistisch-leninistische Linie nicht durchzusetzen war, vollzog ich den notwendigen Schritt der Trennung. Das war kein leichter Schritt. Schließlich wechselt man eine Partei nicht wie sein Hemd ..."* Die GRF kommentiert: *„Dies hat mit Selbstkritik so wenig zu tun, wie der moderne Revisionismus mit den Interessen der Arbeiterklasse — nichts!"* **Das ist auch kein Wunder, weil die Autoren die Selbstkritik bewußt weggelassen haben. Genosse Ernst fährt nämlich fort:** *„Was ich mir vorzuwerfen habe, ist, daß ich über den täglichen Kampf, die tägliche Praxis, nicht ständig mein Wissen in der marxistisch-leninistischen Theorie vervollständigt habe, so daß ich in der Lage gewesen wäre, schon früher den Kampf gegen den revisionistischen Verrat in der Partei zu führen".* Um die Bedingungen für den damaligen Kampf gegen den revisionistischen Verrat beurteilen zu können, muß man z. B. wissen, daß die „Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung" 1965 zum ersten Mal in deutscher Sprache erschien.

Die wirklich hinterhältigen und böswilligen Verleumdungen des Genossen Ernst Aust weist das ZK der Partei aufs allerschärfste zurück. Dieser üble Versuch, Genossen Ernst als Revisionisten hinzustellen, ist genauso gegen die Partei gerichtet. Denn Genosse Ernst steht für den entschiedenen Kampf gegen die revisionistische Entartung der KPD, für die Neugründung der marxistisch-leninistischen Kommunistischen Partei, der KPD/ML, sowie für den konsequenten Aufbau der Partei im Kampf zweier Linien. Die Autoren der GRF-Broschüre mögen das als ernstgemeinte Aufforderung verstehen, ihre Lügen sofort zurückzunehmen und Selbstkritik dafür zu üben, daß sie sich derartiger Methoden — die denen der Konterrevolution, der D„K"P-Hetze gegen Genossen Ernst wie auch der Hetze der gesamten Bourgeoisie gegen ihn gleichen, bedienen!

Bolschewistische Ehrlichkeit ist ihre Sache nicht, das haben die Verdrehungen und Halbwahrheiten über die Vorgeschichte der Gründung der Partei, die Verleumdungen gegen den Genossen Ernst Aust bereits deutlich gezeigt. Wo es um die Gründung der Partei geht, kommt noch eines hinzu: die Methode, mit zweierlei Maß zu messen, an die Gründungsdokumente unserer Partei Maßstäbe anzulegen, die die marxistisch-leninistischen Kriterien über die Parteigründung zwar nicht erfordern, doch die nicht im geringsten bei der Darstellung und „Analyse" der Gründung der GRF angelegt werden. Das wird sehr schnell klar, wenn man beispielsweise die beiden Kapitel *„Die Gründung der KPD im Februar 1970"* und *„Die Gründung der KPD/ML — Legende und Wirklichkeit"* gegenüberstellt. **Hier hat nicht die Absicht die Feder geführt, ausgehend vom Wunsch nach prinzipienfester Einheit in den Tatsachen die Wahrheit zu suchen, sondern der Wille, die eine Tatsache aus der Welt zu schaffen: daß 1968 die Kommunistische Partei, die KPD/ML, gegründet worden ist. Das Ziel ist klar: die notwendige Selbstkritik, daß die Gründung der GRF (KPD) 1970 ein spalterischer Akt auf zentristischen Grundlagen war, der Schaden in der marxistisch-leninistischen Bewegung (in der nationalen wie in der internationalen) angerichtet hat, soll umgangen werden, was nichts anderes bedeutet, als gegen die korrekte Gründung der KPD/ML auch heute noch die spalterischen, zentristischen Positionen zu verteidigen.**

Geschichts-klitterung

So heißt es zur Gründungserklärung der KPD/ML in der Broschüre: *„Was in der Gründungserklärung steht, ist in der Hauptseite richtig, aber sie war keine ausreichende Grundlage für die Neugründung der Kommunistischen Partei. Fast in allen*

Fortsetzung auf Seite 10

Ein Schritt vorwärts, drei Schritte zurück

Fortsetzung von Seite 9

wichtigen Fragen der nationalen Strategie werden in dieser Erklärung nicht beantwortet. Sie enthält unklare Ausführungen zur Diktatur des Proletariats. Zur Analyse der Klassen und zur Analyse des Staatsapparates sind keine Ausführungen gemacht. Über die Dialektik von Reform und Revolution und über die Fragen der Entwicklung der Massenlinie wird keine Position formuliert. Diese Erklärung, die bis zum heutigen Tag nicht durch ein Programm abgelöst ist, enthält schließlich idealistische Auffassungen über die Herausbildung der Neuen Bourgeoisie in der DDR und über die Entartung der Kommunistischen Partei." (S. 58).

Wir haben an verschiedenen Stellen dargelegt, daß die Gründungsdokumente unserer Partei sehr wohl die grundlegenden Fragen der proletarischen Revolution benannt und beantwortet haben (siehe besonders auch TO 2, S. 88 ff) und einzelne Schwächen daran nichts ändern. Dennoch ist die Grundsatzerklärung kein vollständiges Programm, sondern eine programmatische Leitlinie, eine Zusammenfassung der marxistisch-leninistischen Prinzipien der Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung und der gerechten Positionen der KPD in scharfer Abgrenzung zum modernen Revisionismus, eine Zusammenfassung, von der sich die Partei leiten läßt.

Dies ist für die Neugründung der Kommunistischen Partei vollauf ausreichend und entspricht auch vollkommen den Lehren der internationalen kommunistischen Bewegung (wie im TO 2 ausführlich dargelegt im Kapital „Die Gründung als erster Schritt zur Schaffung der KP" S. 22 f), wie es auch bei den albanischen Genossen in den „allgemeinen Schlußfolgerungen" aus der Geschichte ihrer Partei deutlich wird: ***„Deshalb hat die PAA am Anfang jeder historischen Etappe nur die Fundamente ihrer Generallinie legen können, um diese hierauf während der revolutionären Praxis und während des sozialistischen Aufbaus zu bereichern und zu vervollständigen."*** (Geschichte der PAA, S. 703).

Fassen wir zusammen: An die Gründungserklärung unserer Partei werden Maßstäbe angelegt, nach deren Anforderungen die Gründung der Partei der Arbeit Albaniens, die Gründung der KP Chinas „keine ausreichende Grundlage" gehabt hätten.

Wie aber wird denn nun im Kapitel „Die Gründung der KPD im Februar 1970" gemessen? Werden dort eben diese Maßstäbe angelegt, die doch schließlich niemand anders als die Autoren der GRF-Broschüre selbst aufgestellt hat? Keineswegs! Da wird, nachdem auch die Autoren der Broschüre schließlich zugeben müssen, daß die Gründungsplattform vom Februar 1970 ein „*Dokument einer revisionistischen Linie*" ist, als neue Grundlage der GRF-Gründung ein Thesenpapier aufgetischt, daß von den Gründungsmitgliedern Semler, Horlemann und Neitzke im Dezember in eine RPK-Konferenz eingebracht worden ist. Doch auch nicht ein Kriterium der von den Broschüre-Autoren aufgestellten Kriterien für eine „*ausreichende Gründung*" wird darauf angewandt. Mehr noch: man druckt die „Thesen" nicht einmal ab, damit jeder selbst zwischen diesen Thesen und der Gründungserklärung der KPD/ML vergleichen könnte.

Trotzdem wird dieses Dokument (dazu noch später) zu dem wichtigsten Gründungsdokument erklärt: „*Mit der Gründung unserer Partei, zunächst unter dem Namen KPD/Aufbauorganisation am 28. Februar 1970 wurde die Linie der Thesen vom Dezember 1969 konsequent fortgesetzt.*" (S. 37). Doch hier verstricken sich die Autoren in schwere Widersprüche: Bekanntlich wurde anläßlich dieser Gründung die „Vorläufige Plattform" der KPD/AO verabschiedet, die in der „Selbstkritik des ZK" zurecht als „*Dokument einer revisionistischen Linie*" bezeichnet wird (S. 43). Mit der Gründung soll also einerseits die angeblich „korrekte" Linie der Thesen konsequent fortgesetzt worden sein, andererseits eine revisionistische Linie die Oberhand gewonnen haben? Überlassen wir es den Autoren, diesen offensichtlichen Widerspruch in einer äußerst wichtigen Frage zu klären.

Auf der einen Seite also ein „*in der Hauptseite richtiges*" Dokument, das aber „*keine ausreichende Grundlage für die Neugründung*" sein soll, auf der anderen Seite ein „*Dokument einer revisionistischen Linie*" — das nach Meinung der GRF-Autoren inklusive der Thesen, die es fortsetzt, ausreicht?

Noch offensichtlicher ist dies bei der Behandlung des zweiten Gründungsdokumentes unserer Partei, bei der Behandlung des Statuts. Denn hier wird wahrhaftig mit plumper Verfälschung herangegangen. In der Broschüre heißt es: „*In Worten war auf dem Gründungsparteitag die Notwendigkeit des Parteiaufbaus von oben nach unten erklärt worden, tatsächlich war im Statut das Prinzip des Parteiaufbaus von unten nach oben festgelegt.* ***Aufnahmekriterien existierten bis in den Herbst 1971 hinein nicht.*** (Hervorhebung RM). *Jede einzelne Grundorganisation konnte ohne Bestätigung durch eine höhere Ebene Mitglieder aufnehmen. Als Aufnahmebedingungen waren lediglich folgende Punkte festgehalten: ‚Die Aufnahme in die Partei kann frühestens nach Vollendung des 16. Lebensjahres erfolgen. Mitglied der Partei kann werden, wer seinen Wohnsitz in Deutschland hat. Jeder, der Mitglied werden will, stellt in der für ihn zuständigen Grundeinheit seinen Aufnahmeantrag'.*"

Mit dem Zitat über die Regelung der Aufnahme soll der Eindruck erweckt werden, als konnte jedermann, unabhängig von seiner Weltanschauung, Mitglied der KPD/ML werden. Die Verfasser der Broschüre scheinen es nötig zu haben, mit solchen Verfälschungen zu arbeiten, um ihre These von den „fehlenden Grundlagen" glaubwürdiger zu machen. Dabei stehen die zitierten Aufnahmebedingungen in dem Abschnitt „***Parteimitgliedschaft, Pflichten und Rechte des Parteimitglieds***", und beginnen so: „***1. Mitglied der KPD/ML zu sein, ist eine große Verpflichtung. Mitglied der KPD•ML kann sein, wer die Ziele und das Statut der Partei anerkennt, sich den Beschlüssen der Partei bewußt unterordnet, aktiv in einer ihrer Organisationen arbeitet und bewußt regelmäßig Beiträge bezahlt.***" **Diesem Punkt, der dem Punkt 1 des Leninschen „Entwurfs des Statuts der SDAPR zum II. Parteitag der SDAPR" entspricht, folgt eine genaue Aufzählung der Pflichten und Rechte der Parteimitglieder.**

Also auch hier wird mit zwei Ellen gemessen: Das Statut unserer Partei, das verfälscht wird, reicht angeblich nicht aus. Doch daß die Mitgliedschaft oder irgendeine Frage des Statuts weder in den Thesen, noch in der „VorläufigenPlattform" bei der Gründung der GRF behandelt wird, davon ist in der ganzen Broschüre nichts zu lesen!

Aber auch umgekehrt wird diese Methode angewandt: Während die GRF-Führung in der „Selbstkritik des ZK" zugibt, es sei „*versäumt*" worden, „*sich grundlegend und allseitig vom modernen Revisionismus abzugrenzen und die Notwendigkeit für den Aufbau der Kommunistischen Partei konkret aus der revisionistischen Entartung der KPD abzuleiten*" wird zugleich unsere Partei, die diesen Kampf geführt hat, unterstellt, sie sei nicht in diesem Kampf entstanden. Zudem ist diese Selbstkritik der Autoren auch unehrlich. Zweifellos ist es ein Fortschritt, den jeder Marxist-Leninist aufrichtig begrüßt, wenn die GRF-Führung jetzt Fehler in der Einschätzung des modernen Revisionismus zugibt, **nachdem sie jahrelang entsprechende Kritiken des ROTEN MORGEN als Verleumdung zurückgewiesen hat, und noch in der Roten Fahne 28/75 in einer Rede zur Einheit der Marxisten-Leninisten dreist behauptet wird, es sei eine böswillige Erfindung der KPD/ML, daß von ihnen jemals die Sowjetunion als sozialistisches Land bezeichnet worden wäre. Eine wirklich ehrliche Selbstkritik hätte auch dazu Stellung nehmen müssen, weil immer wieder behauptet wurde, mit solchen Verleumdungen hätte die KPD/ML die Einheit der Marxisten-Leninisten sabotiert.**

Halbherzige Selbstkritik

Keineswegs reicht die geleistete Selbstkritik in diesem Punkt aus. Wie kann man so tun, als hätte man den praktischen Kampf im wesentlichen korrekt geführt, nur theoretisch nicht allseitig genug analysiert! Die „Thesen von der RPK-Konferenz enthalten ebensowenig wie die „Vorläufige Plattform" irgendeinen Hinweis auf die Notwendigkeit, gegen den modernen Revisionismus der D„K"P/„S"EW zu kämpfen. Von einem Kampf gegen den modernen Revisionismus — auch von einem „einseitigen", war auf der RPK-Konferenz nichts zu spüren. In den Thesen selbst ist auch nur vom Kampf gegen „Dogmatismus" und „Subjektivismus" usw. als Strömungen in der Studentenbewegung die Rede. **Vielmehr handelt es sich bei beiden Gründungsdokumenten um eine Versöhnung mit dem modernen Revisionismus, ob das damals dem „Gründungskern" bewußt war oder nicht. Nicht im Kampf gegen den modernen Revisionismus, sondern in der Abgrenzung zur Mehrheitsfraktion" des „Sprachrohrs der Schüler-, Studenten- und Arbeiterbewegung", in der Fraktionierung der Studentenbewegung hat die GRF ihren Ursprung.** Das heißt nicht, daß sie die „S"EW z. B. nicht als revisionistisch bezeichnet habe und sie in bestimmten Punkten bekämpft habe, aber **wie**, davon können noch soviele Zitate aus der Roten Fahne nicht ablenken, die von den Autoren der Broschüre angeführt werden: Die KPD/AO kritisierte die modernen Revisionisten als Freunde, die schwere Fehler machen, von einer zentristischen, versöhnlerischen Position aus. Das zeigt sich auch bei den Wahlen in Westberlin 1971, wo die Selbstkritik des ZK den Leser glauben machen will, daß man da den Revisionismus besonders entschieden und kompromißlos bekämpft habe. Da heißt es in der Roten Fahne unter der Überschrift „Revisionismus oder Leninismus?" — also dem „Kampfruf" unter dem laut Selbstkritik des ZK von 1975 sich der Kurs gegen den modernen Revisionismus verschärfte: „Sie (die GRF — RM) geht mit allen fortschrittlichen Kräften, auch der SEW — Aktionseinheiten zur Zerschlagung faschistischer Machenschaften und Organisationen ein." (RF, Jan. 71, S. 12). Kann man das als „*einseitig*", nicht „*allseitig*" genug, aber als „*verschärften Kurs*" gegen die Revisionisten der „S"EW ansehen? **Nein, mit leninistischem Kampf gegen den Revisionismus, als Todfeind der Arbeiterklasse, hat das nichts gemein.**

Diese zentristischen Positionen werden heute nicht mehr offen verteidigt, sondern die Autoren der Broschüre sehen sich eben gezwungen, zu dem Mittel der Verfälschung, Verdrehung zu greifen, zur Methode, mit zweierlei Maß zu messen. Die Methoden, mit denen vorgegangen wird, wie auch die Positionen, zu deren Verteidigung sie eingesetzt werden, richten sich direkt gegen die Einheit und müssen entschieden zurückgewiesen werden. Deshalb auch ist die Auseinandersetzung zwischen der GRF (KPD) und unserer Partei um die Entwicklung der revisionistischen Entartung der KPD, um die Gründung der KPD/ML, um die Gründungsdokumente, um die spalterische Gründung der GRF nicht ein „Streit", um Fragen, die der Vergangenheit angehören, sondern eine Auseinandersetzung um ideologische Positionen, ein Kampf, um die Einheit auf den Prinzipien des Marxismus-Leninismus voranzubringen.

Die Gründungslegende der GRF

Offensichtlich aber haben sich auch die Autoren der GRF-Broschüre bereits überlegt, daß sie mit ihrer Entstellung der revisionistischen Entartung der KPD, mit ihren Verleumdungen gegen den Genossen Ernst Aust sowie mit ihrer Behauptung, die Neugründung der Kommunistischen Partei durch die KPD/ML im Jahr 1968 sei eine Legende, sich an den Tatsachen nicht vorbeimogeln können. Und so haben sie hilfsweise in ihrer Argumentation noch einen Notausgang gezimmert: Die Partei sei 1970/71 — just rechtzeitig zur Gründung der GRF — entartet.

Zweifellos hat es in der KPD/ML 1970/71 Abweichungen gegeben, gelang es den Liquidatoren mit ihrer Linie, die sich gegen die programmatische Grundlage der KPD/ML richtete, wie sie in den Gründungsdokumenten zum Ausdruck kam, zeitweilig die Oberhand zu gewinnen. Doch sie wurden im Kampf zweier Linien in der Partei entlarvt, isoliert und schließlich hinausgesäubert. Daß dieser Kampf zweier Linien stets stattgefunden hat, kommt auch in den Ausgaben des ROTEN MORGEN zum Ausdruck, wo sich während dieses Kampfes beide Linien in verschiedenen Artikeln gegenüberstanden.

Aber die Frage, die sich stellt, ist eben: Welchen Maßstab muß man hier anlegen, um das Wesentliche vom Zweitrangigen zu trennen? Denn es ist offensichtlich ein liquidatorischer Standpunkt, wollte man jeden strategischen oder taktischen Fehler einer kommunistischen Partei zum Anlaß nehmen, ihr die Eigenschaft als bolschewistische Partei abzusprechen.

Wieviele große Kämpfe zweier Linien hat es denn in der Kommunistischen Partei Chinas gegeben? Sechs vor und vier nach dem Sieg der Revolution. Zeitweilig, bevor der Genosse Mao Tsetung zum Vorsitzenden der Partei gewählt wurde, wurde die Partei hauptseitig von einer falschen opportunistischen Linie beherrscht. Hätten die Revolutionäre, die Marxisten-Leninisten in der KPCh austreten oder hätte etwa der Genosse Mao Tsetung in dieser Situation die Partei spalten sollen? Das ist absurd!

Es geht uns nicht darum, die KPD/ML mit der ruhmreichen KPCh, die an der Spitze der kommunistischen Weltbewegung steht, auf eine Stufe zu stellen. Man kann auch nicht behaupten, daß die kleinbürgerlich-trotzkistischen Einflüsse 1970 in unserer Partei gleich so konsequent bekämpft worden wären, wie in dieser Partei. Aber wir können aus dem Kampf zweier Linien in dieser ruhmreichen, korrekten und im Feuer der Revolution gestählten Partei lernen: **Das vorübergehende Vorherrschen einer vom Marxismus-Leninismus abweichenden Plattform, einer rechten, ‚linken' oder trotzkistisch beeinflußten Linie führt nicht zur Entartung der Partei, solange nicht die Prinzipien des Marxismus-Leninismus und der Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung über Bord geworfen sind und von den korrekten Grundlagen aus der Kampf zweier Linien gegen die abweichende Linie möglich ist.**

Hier zeigt sich nicht anders als bei der Forderung der GRF-Broschüre, die KPD hätte 1956 gespalten werden müssen, daß die Autoren an die Frage der Einheit der Marxisten-Leninisten in der Kommunistischen Partei nicht vom bolschewistischen Standpunkt aus herangehen. Daß ein strategischer oder taktischer Fehler für sie schon Vorwand genug ist, um spalterisches Vorgehen zu rechtfertigen, zeigt, daß dahinter eine Auffassung steckt, die nicht von der Überlegung ausgeht, ob die Arbeiterklasse kontinuierlich über einen Kampfstab an ihrer Spitze verfügt — selbst wenn dieser vorübergehend Fehler begeht — sondern von der Überlegung, wie man selbst die eigene Führung um beinahe jeden Preis erhalten und rechtfertigen kann.

Zudem aber führt der Versuch, die Gründung der GRF (KPD) wegen der angeblichen Entartung der KPD/ML notwendig erscheinen zu lassen, die Autoren der Broschüre in ein weiteres Dilemma, wo sie sich immer mehr in Widersprüche verstricken: Sie suchen nachzuweisen, daß die GRF gerade im Kampf gegen die Abweichungen in der KPD/ML gegründet worden sei.

In ihrer Broschüre zitieren die Autoren zunächst einige Sätze aus dem Artikel „Bauen wir eine starke bolschewistische Partei auf", der im ROTEN MORGEN Februar 1970 erschien, und stellen zurecht fest, daß hier die führende Rolle der Intelligenz propagiert wird. Dann verbreiten die Verfasser die Lüge, daß die hierin geäußerte Linie zum „*Programm der KPD/ML*" erhoben wurde und bis Ende 1971 bestimmend war. Und daß es die Gründer der GRF waren, die dagegen einen prinzipienfesten Kampf geführt und sich wegen der Linie der KPD/ML nicht der Partei angeschlossen, sondern eine neue Partei gegründet hätten.

Jeder, der dieses Kapitel liest, würde annehmen, daß die Gründer der KPD/AO also deshalb eine neue Partei gründeten, weil sie mit den Theorien von der führenden Rolle der Intelligenz zurecht nicht einverstanden waren, daß sie tatsächlich dagegen einen konsequenten Kampf geführt haben. Man würde wohl auch vermuten, daß sich dies besonders in der Gründungserklärung der KPD/AO, der „VorläufigenPlattform" wiederspiegeln würde. Hier aber kommt die ganze Verlogenheit zum Ausdruck: **Denn in dieser „Vorläufigen Plattform" wird vom ersten Satz bis zum letzten Satz hin, in dem die Umwandlung der Organisation in eine proletarische als Opportunismus gekennzeichnet wird, solange die politische Linie noch nicht erprobt sei, die führende Rolle der Intelligenz zum Programm erhoben.** (Vgl. TO 3, Dokumentenanhang, S. 434, 441).

Natürlich wissen die Autoren der GRF-Broschüre das. Und so haben sie diese Plattform selbst als „Dokument einer revisionistischen Linie" verurteilt. Das ist wirklich ein großer Fortschritt. Doch zugleich gehen sie zwei Schritte zurück, indem sie für ihren angeblich konsequenten Kampf für die führende Rolle der Arbeiterklasse einige Zitate aus den „Thesen auf der RPK-Konferenz im Dezember 1969" anführen. Zitate, die zweifellos richtig sind. Aber hier steckt schon Betrug dahinter: In den gleichen Thesen, in denen allgemein von der führenden Rolle der Arbeiterklasse gesprochen wird, wird gleichzeitig **vorausgesetzt,** daß in der Vorbereitung der Parteigründung die Intellektuellen Kader die führende Rolle einnehmen, die dann die Arbeiter auf ihre Revolutionierbarkeit hin untersuchen (siehe RPK 43/44/45, S. 11 f, S. 28).

Ginge man nach dieser Methode der GRF vor, so könnte man auch den „Aufbau-Artikel" als Dokument ausgeben, in dem die führende Rolle der Arbeiterklasse verteidigt wird, denn auch in ihm finden sich einzelne Zitate, die richtig wären. Aber er ist genauso wenig ein Dokument der Verteidigung der führenden Rolle der Arbeiterklasse, wie die von den GRF-Autoren nun angeführten „Thesen". Mit dem Unterschied: **Unsere Partei hat die Liquidatoren, die diese Strömung vertraten, in konsequentem Kampf, im Festhalten an den korrekten Grundlagen der Partei, hinausgesäubert, während die GRF-Autoren ihre Thesen offensichtlich am Leben erhalten wollen und sich dazu nicht scheuen, auch heute noch den siegreichen Kampf gegen die Liquidatoren als „prinzipienlose Auseinandersetzungen", „ die nichts mit wirkliche, ideologischem Kampf, mit dem Kampf zweier Linien, zu tun hatten."**

Im Zusammenhang mit den „Thesen" aber verstricken sich die Autoren der Broschüre nur noch tiefer, denn es taucht dabei eine weitere wichtige Frage auf: Wieso haben die GRF-Gründer **Ende 1969** schon vom Neuaufbau einer Kommunistischen Partei gesprochen, obwohl doch die Theorie von der führenden Rolle der Intelligenz **erstmals in der Februar-Nummer des ROTEN MORGEN 1970** auftaucht? Demnach hätten die GRF-Gründer die zukünftige falsche Linie in der KPD/ML also schon im voraus erkannt und schon, bevor diese falsche Linie auftauchte, vorbeugend Kurs auf die Neugründung einer Kommunistischen Partei genommen?

Kämpfen wir für die Einheit auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus!

Wir sind jederzeit bereit, im Kampf um die Einheit der Marxisten-Leninisten, Kritik anzunehmen, davon zu lernen und Selbstkritik zu üben. Und wir meinen auch, daß der Kampf scharf geführt werden soll. Aber die Kritik muß auf den Grundlagen des Marxismus-Leninismus erfolgen und darf sich nicht gegen sie richten.

Die von der GRF-Führung vorgelegte Broschüre, in der durch halbherzige Selbstkritik einerseits, zugleich durch Verleumdungen, Lügen und auch offene Angriffe auf marxistisch-leninistische Prinzipien wie die der Einheit in der bolschewistischen Partei oder auch des Parteiaufbaus so getan wird, als könne man sich irgendwo in der Mitte zwischen beiden Organisationen zur Einheit treffen — und nicht auf der einen Grundlage, nämlich dem Marxismus-Leninismus, ist ein Schritt rückwärts, der die bereits erzielten Erfolge im Kampf um die prinzipienfeste Einheit ernsthaft bedroht. Bedroht, indem kleinbürgerlich-karrieristische Kräfte die Oberhand zu erlangen suchen, die die Einheit der Marxisten-Leninisten in Wahrheit fürchten, obgleich sie sich gegenwärtig in Worten zu ihr bekennen, weil sie Angst haben ihre Positionen, ihre Führerexistenz zu verlieren, wenn das Beharren auf zentristischen Positionen aufgegeben wird. Bedroht, indem sie mit hinterhältigen Lügen versuchen, Genossen Ernst Aust zu diffamieren, um ihn — mit ihm aber auch die Linie unserer Partei — herabzusetzen.

Wenn hier nicht entschieden Selbstkritik geübt wird, Selbstkritik an den Methoden mit denen in der Broschüre vorgegangen wird, wie auch an den Positionen, die mit diesen Methoden verteidigt werden, dann wird es im Kampf für die Einheit der Marxisten-Leninisten keinen wirklichen Schritt vorwärts gehen. Alle revolutionären Mitglieder der GRF aber fordern wir auf, sich von diesen Lügen und Verdrehungen zu distanzieren, für einen prinzipienfesten Kampf einzutreten, gründlich die Broschüre der GRF zu studieren, sie zu vergleichen mit dem Theoretischen Organ der KPD/ML, „Der Weg der Partei" Nr. 2 und Nr. 3, und die Gründungsdokumente der GRF, die „Thesen", wie auch die Vorläufige Plattform mit der Gründungserklärung und dem Statut unserer Partei zuchen. Wir sind sicher, daß dann mit mehr Klarheit Methoden und Standpunkt der GRF-Broschüre erkannt und der Kampf für eine prinzipienfeste Einheit der Marxisten-Leninistischen Partei und die dabei bisher erunngenen wichtigen Erfolge besser verteidigt und weiter vorangetrieben werden können.

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

In der Stadt Nablus

Strassenkämpfe gegen israelische Besatzer

Innerhalb kurzer Zeit hat sich die arabische Bevölkerung in der Stadt Nablus erneut zu mächtigen militanten Demonstrationen gegen die israelischen Besatzer erhoben.

In der Stadt Nablus, die in den von den israelischen Zionisten besetzten arabischen Gebieten am Westufer des Jordan liegt, war gerade eine Truppe rassistischer zionistischer ,,Siedler" angekommen, die unter dem Schutz von Einheiten der israelischen Armee die einheimische arabische Bevölkerung von ihrem Land vertreiben wollten, um es selbst in Besitz zu nehmen, dort Siedlungen zu errichten und die einheimische Bevölkerung zu verjagen bzw. zu unterdrücken.

Vor allem die Jugendlichen in der Stadt Nablus waren von Anfang an entschlossen, ihre Heimat mit allen Mitteln zu verteidigen. Sie bewaffneten sich mit Steinen und griffen mutig die zionistischen Soldaten an, zündeten alte Autoreifen an, um den Soldaten den Weg zu verlegen und errichteten Barrikaden. In ihrer Mitte trugen sie die Fahne der palästinensischen Befreiungsfront PLO.



Die zionistischen Soldaten greifen brutal die arabischen Jugendlichen an.

Um den Kampf der Jugendlichen zu unterdrücken, setzten die zionistischen Soldaten Wasserwerfer ein und eröffneten sogar das Feuer auf die Jugendlichen. In aller Eile fuhr auch der israelische Kriegsminister nach Nablus, um den Bürgermeister der Stadt anzuweisen, ,,für Ruhe zu sorgen". Aus Angst vor einer Ausweitung der Demonstrationen verhängten die israelischen Behörden auch sogleich ein Ausgehverbot.

Zur gleichen Zeit verurteilten der Sicherheitsrat und die Vollversammlung der UNO den verbrecherischen Überfall der israelischen Zionisten auf das Palästinenserlager Nabatieh im Libanon. Einzig die amerikanischen Imperialisten — mit einem Veto im Sicherheitsrat — und ihre treuesten Freunde erhoben ihre Hand für das zionistische Regime. Aber weder die israelischen Zionisten, noch die USA-Imperialisten, noch die russischen Sozialimperialisten, die dem Kampf der arabischen Völker in den Rücken fallen, können verhindern, daß das palästinensische Volk und die Bevölkerung der besetzten arabischen Gebiete sich zu immer machtvolleren Kämpfen erhebt, um seine Heimat zu befreien. Das haben erneut die militanten Demonstrationen der Jugendlichen in Nablus gegen die israelischen Zionisten gezeigt.

SPENDET FÜR DEN AUFBAU DES BEFREITEN KAMBODSCHA
Vorstand der KPD/ML
— Spendenkonto —
Stadtsparkasse Dortmund
Kto.-Nr. 321 004 547
Stichwort: KAMBODSCHA

Grußadresse zum 10. Jahrestag der Gründung der KP Polens

An das
Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Polens
An Genossen Kazimierz Mijal, Generalsekretär der KP Polens

Liebe Genossen!

Zum 10. Jahrestag der Gründung der Kommunistischen Partei Polens entbieten wir Euch im Namen unserer Partei, der deutschen Arbeiterklasse und aller fortschrittlichen Menschen revolutionäre Grüße.

Die Gründung der Kommunistischen Partei Polens gegen den revisionistischen Verrat hatte Bedeutung weit über Polen hinaus. Denn sie zeigte, daß die modernen Revisionisten zwar die Prinzipien des Marxismus-Leninismus mit Füßen treten können, daß sie die Diktatur des Proletariats in eine bürgerliche Diktatur über die Arbeiterklasse verwandeln können, daß sie der Arbeiterklasse also schwere Niederlagen zufügen können — daß sie aber gleichzeitig niemals in der Lage sein werden, das Rad der Geschichte zurückzudrehen oder aufzuhalten, daß sie niemals die Arbeiterklasse an der Erfüllung ihrer historischen Mission hindern und den schließlichen Triumph des Marxismus-Leninismus aufhalten können.

Die Kommunistische Partei Polens hat das Banner des Marxismus-Leninismus, das die modernen Revisionisten in den Schmutz getreten haben, wieder erhoben. Sie hat vom Tag ihrer Gründung an einen prinzipienfesten, mutigen Kampf gegen die Versklavung des polnischen Volkes durch die russischen Sozialimperialisten und für die Wiederherstellung der Diktatur des Proletariats in Polen geführt.

Wie sehr diese marxistisch-leninistische Linie der Kommunistischen Partei Polens den Wünschen der polnischen Arbeiterklasse entspricht, hat sich am klarsten am Aufstand der Werftarbeiter im Jahre 1970 gezeigt, als Tausende von Arbeitern mit dem Gesang der Internationale und der Forderung nach der Wiedererrichtung der Diktatur des Proletariats auf den Lippen durch die Straßen zogen.

Das deutsche Volk folgt dem Kampf der polnischen Arbeiterklasse und des gesamten polnischen Volkes gegen den modernen Revisionismus in Polen und gegen den russischen Sozialimperialismus mit besonderer Aufmerksamkeit.

Denn ein Teil unseres Volkes — die Werktätigen in der DDR — wird wie das polnische Brudervolk von einem sozialfaschistischen Regime ausgebeutet und unterdrückt. Für das gesamte deutsche Volk stellt der russische Sozialimperialismus einen gefährlichen Feind dar. Wir sehen uns deshalb mit dem polnischen Volk im Kampf gegen den gleichen Feind, für das gleiche Ziel, vereint. Unsere Partei sieht es als eine wichtige Aufgabe an, die deutsche Arbeiterklasse und das gesamte deutsche Volk im Geiste des proletarischen Internationalismus mit den polnischen Arbeitern und Werktätigen und ihrer marxistisch-leninistischen Partei zu erziehen, die unter den schweren Bedingungen einer sozialfaschistischen Diktatur einen heldenhaften Kampf führen.

Wir sind sicher, daß der Kampf der polnischen Arbeiter und Werktätigen unter der Führung der Kommunistischen Partei Polens gegen den russischen Sozialimperialismus und die sozialfaschistische Gierek–Clique, gegen die feindlichen Komplotte des US-Imperialismus und des westdeutschen Imperialismus, schließlich zum Triumph der Freiheit, der Unabhängigkeit, des Sozialismus und der Diktatur des Proletariats in Polen führen wird.

Für diesen Kampf, liebe Genossen, wünschen wir Euch alles Gute.

Mit kommunistischen Grüßen
Zentralkomitee der KPD/ML

Die politische Macht kommt aus den Gewehrläufen

33 Jahre KP Thailands

Am 30. November konnte die Kommunistische Partei Thailands den 33. Jahrestag ihrer Gründung feiern. An diesem Tag verbreitete der Sender ,,Stimme des thailändischen Volkes" einen Kommentar, in dem der Jahrestag der Gründung der Partei begrüßt wird und in dem es u.a. heißt: ,,Die KP Thailands ist eine Partei, die im entschlossenen Kampf gegen Imperialismus, modernen Revisionismus und die Reaktionäre ausharrte. Sie führt das thailändische Volk im Kampf gegen die Feinde der Nation und des Volkes zur Erringung der Unabhängigkeit und der wirklichen Demokratie."

,,Die Kommunistische Partei Thailands hat die allgemeinen Prinzipien des Marxismus, des Leninismus und der Maotsetungideen mit der Wirklichkeit in Thailand verbunden, hat die verschiedenen, in der thailändischen Gesellschaft bestehenden Widersprüche analysiert, Strategie und Taktik der Revolution im Land festgelegt, eine korrekte und weitblickende Politik bestimmt, dem Volk die Perspektive des Kampfs in jeder Etappe der wechselnden Situation gewiesen und die revolutionäre Bewegung des Volkes von Sieg zu Sieg geführt. **Vor allem hat die Partei das thailändische Volk angeleitet, tapfer und entschlossen den bewaffneten Kampf zu führen und ihm geholfen, folgende Wahrheit zu verstehen: ‚Die politische Macht kommt aus den Gewehrläufen', so daß eine immer weiter wachsende Zahl von Menschen sich entschloß, zu den Waffen zu greifen und unter der Führung der Kommunistischen Partei Thailands zu kämpfen.** All dies hat der Arroganz des Feindes einen Schlag versetzt und den revolutionären Mut des Volkes gehoben."

Der revolutionäre Volkskrieg ist die Antwort der breiten werktätigen Massen auf ihre Ausbeutung und Unterdrückung durch den amerikanischen Imperialismus und die einheimischen Ausbeuterklassen. Vor allem die amerikanischen Imperialisten unterdrükken die Freiheit und Unabhängigkeit des thailändischen Volkes. Noch bis vor kurzem hatten sie Zehntausende von Besatzersoldaten im Lande stationiert und eine Reihe von Militärstützpunkten errichtet, um das Volk zu versklaven. Thailand war der ,,unsinkbare Flugzeugträger", von wo aus die amerikanischen Imperialisten zahllose Aggressionen und Verbrechen starteten, um den Befreiungskampf der indochinesischen Völker zu ersticken.

Und auch heute, nach dem großen Sieg der Völker Indochinas, stehen amerikanische Truppen in Thailand, kontrollieren die amerikanischen imperialistischen Monopole einen großen Teil der thailändischen Wirtschaft, plündern sie die Reichtümer des Landes, wie Zinn, Kautschuk, edle Hölzer und wertvolle Bodenschätze. In amerikanischen Diensten stehen große Teile des thailändischen Militär- und Verwaltungsapparates. Die Armee, eine riesige, modernst ausgerüstete Militärmaschine und der Verwaltungsapparat bilden zusammengenommen einen reaktionären, schmarotzenden Unterdrückungsapparat gegen das Volk, der den Imperialisten und den Feudalherren die Herrschaft und ein Leben in Luxus garantiert, während das Volk ohne Freiheiten und Rechte in Elend und Not lebt.

In den weiten ländlichen Gebieten müssen die Bauern immer noch das Joch des Feudalismus tragen. Was sie anbauen und ernten, gehört nicht ihnen, sondern den Großgrundbesitzern und Wucherern, und was ihnen bleibt reicht nicht, um den Hunger zu stillen und würdig zu leben.

Die brutale Unterdrückung des Volkes, die es der Regierung erlaubt, willkürlich zu verhaften, einzukerkern usw., beruht auf dem ,,Antikommunistengesetz", das besagt, ,,daß jegliche kommunistische Betätigung einschließlich der Verteilung und Veröffentlichung von Materialien über China" untersagt ist.

Für das thailändische Volk gibt es deshalb keinen anderen Weg zur Befreiung als den des revolutionären Volkskrieges, der gewaltsamen Zerschlagung der reaktionären Staatsmacht und der Verjagung der amerikanischen Imperialisten. Auf diesem Weg wird das thailändische Volk die Macht erringen, auf dem Land den Feudalismus zerschlagen, und eine neue Gesellschaft, frei von nationaler und sozialer Unterdrückung aufbauen.

Deshalb hat die KP Thailands das Volk aufgerufen, zu den Waffen zu greifen und unter ihrer Führung den bewaffneten Kampf für seine Befreiung zu führen. In den vergangenen 10 Jahren haben die reaktionären Behörden ständig eine große Zahl von Truppen eingesetzt, um den revolutionären Volkskrieg zu unterdrücken. An solchen Operationen beteiligten sich auch die amerikanischen Besatzer. **Aber die Reihen der Befreiungsarmee und der übrigen Volksstreitkräfte, der Milizen usw., vergrößerten sich, der Volkskrieg breitete sich vom Nordosten des Landes in den Süden und weitere Gebiete aus und heute müssen sogar die bürgerlichen Zeitungen zugeben, daß die thailändischen Befreiungskämpfer immer neue Erfolge erringen.** Allein in den letzten zwei Monaten wurde berichtet, daß Partisanen im Nordosten und im Süden Polizeiposten überfallen haben und eine Reihe von Polizisten getötet bzw. verwundet haben.

Vor allem der Sieg der indochinesischen Völker, der den amerikanischen Imperialisten einen gewaltigen Schlag versetzte, hat auch die thailändischen Revolutionäre beflügelt, ihre Anstrengungen noch mehr zu erhöhen.

In dieser Situation hat die KP Thailands auch große Anstrengungen unternommen, das thailändische Volk über die gefährliche Rolle der russischen Sozialimperialisten aufzuklären. In einer Sendung der ,,Stimme des thailändischen Volkes heißt es dazu: **,,Nachdem die amerikanischen Imperialisten nach ihrer Niederlage aus Indochina abziehen mußten, versuchen die sowjetischen Sozialimperialisten mit allen Mitteln und auf jede Weise ihren aggressiven Einfluß in Thailand und in anderen Ländern Südostasiens zu erweitern, um an die Stelle der amerikanischen Imperialisten zu treten. Sie wollen sich in Thailand militärisch niederlassen, um das Land zu kontrollieren und in diesem Raum mit den amerikanischen Imperialisten zu rivalisieren. Die sowjetischen Sozialimperialisten bedienen sich verschiedener Methoden, um ihren Einfluß in Thailand zu erweitern. Es handelt sich dabei um Wirtschafts- und Regierungsverbindungen, um Handels- und Kulturpersonal und die geheime Spionage- und Wühlarbeit der KGB-Agenten, um Einmischung in die inneren Angelegenheiten Thailands, um Hetzpropaganda und Sabotierung der Massenorganisationen."**

Die Kommunistische Partei Thailands ist entschlossen, nicht zuzulassen, daß die russischen Sozialimperialisten sich einzuschleichen versuchen, während die amerikanischen Imperialisten hinausgeworfen werden. Unter der Führung der Partei wird die Volksrevolution Thailand nicht nur von der Herrschaft der amerikanischen Imperialisten befreien, sondern auch die Versuche der Sozialimperialisten zerschlagen, den Platz der amerikanischen Imperialisten einzunehmen.

HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER

RADIO TIRANA



UHRZEIT	WELLENLÄNGE
1. Programm	
13.00-13.30	32 m und 41 m (KW)
16.00-16.30	32 m und 41 m (KW)
19.00-19.30	41 m und 50 m (KW)
2. Programm	
14.30-15.00	32 m und 41 m (KW)
18.00-18.30	32 m und 41 m (KW)
21.30-22.00	41 m und 50 m (KW) und 215 m (MW)
3. Programm	
6.00-6.30	41 m und 50 m (KW) und 215 m (MW)
23.00-23.30	41 m und 50 m (KW) und 206 m (MW)

32 m entspricht 9,26 MHz (KW)
41 m entspricht 7,23 MHz (KW)
50 m entspricht 5,95 MHz (KW)
215 m entspricht ca. 1400 KHz (MW)

RADIO PEKING

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
19.00-20.00	43,3m, 42,7m und 38,5m (KW)
21.00-22.00	ebenso

43,3m entspricht 6,92 MHz (KW)
42,7n entspricht 7,01 MHz (KW)
38,5m entspricht 7,78 MHz (KW)

Antibabypillen aus dem Verkehr gezogen

Aus Profitgier 300000 Frauen gefährdet

In der letzten Woche gab das Gesundheitsministerium bekannt, daß insgesamt sieben Hormonpräparate aus dem Handel gezogen werden sollen. Es handelt sich um die Antibaby-Pillen ,,Planovin", ,,Kombiquens", ,,Tri-Ervonum", ,,Oraconal" und die menstruationsregulierenden Präparate ,,Niagestin", ,,Delpregnin" und ,,Menoquens". Versuche an Hunden haben ergeben, daß das in diesen Präparaten enthaltene Hormon ,,Megestrol-Acetat" krebsfördernd ist. Rund 300000 Frauen haben so über Jahre hinweg Pillen geschluckt, die möglicherweise Krebs fördern.

Das Gesundheitsministerium sah keinen Anlaß zur Beunruhigung. Es empfahl den Frauen, die Pille ruhig erst mal weiter zu nehmen und es wies auch Ärzte und Apotheken nicht an, die fraglichen Präparate sofort aus dem Handel zu ziehen. Die bürgerliche Presse schlug in die gleiche Kerbe. Vielfältige ,,Argumente" wurden gesucht und gefunden, um den Frauen einzureden, es sei alles nur halb so schlimm, wie es aussehe.

Eines der beliebtesten Argumente war, daß eine Frau schließlich kein Hund sei und Erkrankungen bei Hunden, denen zudem noch eine besonders hohe Dosis von Megestrol-Acetat eingegeben worden sei, noch lange nicht heißen müsse, daß die Wirkung bei Frauen ähnlich sei. Zusätzlich wurde noch darauf hingewiesen, daß keine Frau bekannt sei, die von einem dieser Mittel Krebs bekommen habe.

Natürlich muß die Reaktion des menschlichen Körpers auf ein pharmazeutisches Präparat nicht die gleiche sein wie die eines Tieres. Aber wenn jetzt plötzlich jede Vergleichsmöglichkeit in Frage gestellt wird, dann fragt sich doch, warum dieser Versuch dann überhaupt gemacht worden sein soll? Im übrigen wird wohl niemand behaupten, daß 3 Firmen ohne jeden Anlaß auf den nicht unbeträchtlichen Gewinn, den sie mit diesen Präparaten gemacht haben, verzichten würden.

Was das Argument angeht, daß noch keine Frau von diesen Mitteln Krebs bekommen habe, so könnte man mit der gleichen ,,Wissenschaftlichkeit" feststellen, daß 10 von diesen 300000 Frauen davon Krebs bekommen haben. Denn es gibt über die Beziehung zwischen der Einnahme von Pillen und Krebserkrankung keine wissenschaftlichen Untersuchungen. Die simpelste Voraussetzung dazu wäre eine statistische Erfassung der Frauen, die die fraglichen Mittel genommen haben. Eine solche existiert aber nicht. Im übrigen schreiben die Zeitungen selbst, daß diese Hunde erst nach mehrjährigen Tests erkrankten. Mithin ist also auch bei den Frauen eine spätere Erkrankung keinesfalls ausgeschlossen. Genauso wenig ist eine Erkrankung ihrer Kinder ausgeschlossen. Denn wissenschaftliche Ergebnisse über die Wirkung der Pille auf spätere Generationen gibt es überhaupt nicht. Weder bei den jetzt zurückgezogenen Präparaten noch bei anderen.

Diese Argumente stechen also nicht. Sie haben keinen anderen Zweck als die Frauen zu beruhigen, die jetzt Angst um ihre Gesundheit haben. Schließlich ist dies nicht das erste Mal, daß Pillen aus dem Handel gezogen werden, weil die Gefahr besteht, daß sie krebsfördernd sind.

Und diese Beunruhigung, die Angst, daß auch andere Pillen schädlich sein können, besteht zu Recht. Im Fall der jetzt zurückgezogenen Mittel war es so, daß die Versuche an Hunden vor sieben Jahren begannen. Seit sieben Jahren sind diese Präparate aber auch im Handel. Mit anderen Worten, nicht nur die Hunde, sondern auch Tausende von Frauen wurden von der pharmazeutischen Industrie als Versuchskaninchen benutzt! Die Möglichkeit, schnell neue Pillen auf den Markt zu bringen, schnell Profit zu machen, war ihnen wichtiger als die Gesundheit von Tausenden von Frauen!

Dabei sind diese Pillen kein Einzelfall. So wurde die US-Firma Johnson & Johnson zur Zahlung von 2,8 Mio. DM Schadensersatz verurteilt, weil eine 35jährige Amerikanerin von der Einnahme der Pillen blind geworden war. In Schweden kam es in drei Fällen zu Verurteilungen, weil Frauen durch die Einnahme der Pille schwere Trombosen erlitten hatten.

So ist nach Informationen der Zeitschrift ,,Arzneitelegramm" seit Jahren bekannt, daß das Präparat Clont, das bei Pilserkrankungen z.B. der Vagina eingesetzt wird, bei Ratten- und Mäuseversuchen krebsauslösend wirkte. Die Herstellerfirma Bayer-Leverkusen weigert sich jedoch, das Mittel zurückzuziehen. Ebenso ist bekannt, daß Duogynon, ein Mittel für den Schwangerschaftstest, das die Firma Schering herstellt, krebsauslösend wirkt. Wegen dieser krebsauslösenden Wirkung hat das australische Gesundheitsministerium das Mittel aus dem Handel gezogen. Die Firma Schering, die bekanntlich einen Großteil des Pillenmarkts beherrscht, weigert sich jedoch, das Mittel aus dem Handel zu ziehen.

Das sind nur einige wenige Fälle. Sie zeigen aber, wie die Pharmakonzerne für ihren Profit Krankheit und Tod von Hunderten von Frauen in Kauf nehmen. Und sie zeigen, daß die Regierung diese brutale Geschäftemacherei deckt. Da werden große Töne geschwungen vom ,,Jahr der Frau". Das Beispiel der Antibaby-Pille zeigt, daß den Kapitalisten und dem kapitalistischen Staat noch nicht einmal das Leben der Frauen etwas wert ist.

Giftmüllprozeß in Hessen

Plaumann ist nur ein kleiner Fisch

Seit über zwei Monaten läuft in Hanau der Prozeß gegen den Fuhrunternehmer Plaumann. Plaumann hat in zig Fällen die Landschaft und das Grundwasser mit giftigen Chemikalien, mit Öl- und Benzinabfällen, ja sogar mit Arsen verseucht. Er hat Giftmüll transportiert und diesen Müll auf dafür ungeeigneten Deponien abgeladen oder einfach irgendwohin geschüttet.

Der Fall Plaumann ist der größte Giftmüllskandal, der bisher in Hessen aufgedeckt worden ist. Aber im Verlauf des Prozesses hat sich herausgestellt, daß Plaumann in Wirklichkeit nur ein kleiner Fisch ist. Seine Auftraggeber, die großen kapitalistischen Konzerne wie z.B. Hoechst, wußten über das, was er tat, ganz genau Bescheid. Sie haben ihn gut dafür bezahlt, daß er ihren Müll auf irgendeiner Deponie ablagert. Für sie war die Hauptsache, daß sie ihn los waren. Und auch die Behörden, der bürgerliche Staatsapparat, von den Landräten, Regierungspräsidien, Landesämtern bis hin zum ,,Umweltminister" wußten Bescheid und haben sogar die Umweltverseuchung aktiv betrieben.

Es ist bezeichnend, daß sich im Verlauf des Prozesses herausstellte, daß Plaumann wegen Umweltverseuchung nicht bestraft werden kann. Die entsprechenden Gesetze sind so abgefaßt, daß nachgewiesen werden muß, ,,welche Portion Giftmüll welche Grundwassermenge in welcher Weise verunreinigt hat". Es ist klar, wenn nicht gerade jemand auf frischer Tat ertappt wird, ist dieses Gesetz fast ein Freibrief. Und so erklärten denn auch die Gutachter vor Gericht, daß niemand feststellen kann, welchen Schaden Plaumann und seine Hintermänner angerichtet haben. Also wurde die Anklage wegen Umweltverseuchung fallengelassen und Plaumann jetzt — Betrug vorgeworfen. Er soll z.B. den Konzern Hoechst, die Bundesbahn und andere um 180000 DM betrogen haben, weil er ihnen die Verbrennung und ordnungsgemäße Beseitigung ihres Mülls in Rechnung gestellt habe, diesen aber in Wirklichkeit einfach irgendwo abgeladen hat.

Betrug allerdings kann man das nicht nennen — eher schon Bestechung, Schweigegeld für Plaumann, damit er die Drecksarbeit macht.

Wie sollte denn z.B. Hoechst nicht gewußt haben, wo Plaumann seinen Müll ablädt. In ganz Hessen gab es zu der Zeit keine Anlage für die ordnungsgemäße Beseitigung von giftigem Müll. Jeder wußte darüber Bescheid. Der ehemalige hessische Umweltminister Best mußte als Zeuge in dem Prozeß zugeben, daß sein Ministerium ausdrücklich die Ablagerung von giftigem Müll auf der Deponie Eisert gestattet hat, obwohl bekannt war, daß dort höchste Gefahr für das Grundwasser bestand. Ein Werner Engel vom Darmstädter Regierungspräsidium erklärte sogar offen vor Gericht: *,,Hätten wir uns an das Gesetz gehalten und nur genehmigte Transporte zugelassen — die Abfallbeseitigung wäre mit einem Schlag zusammengebrochen."* Der Besitzer der Deponie Eisert, auf der Plaumann den größten Teil seines Giftmülls abgeladen hatte, enthüllte schließlich vor Gericht, daß es keine Schwierigkeit war, Sondergenehmigungen für die Ablagerung von Giftmüll auf seiner Deponie zu bekommen. **Er enthüllte darüber hinaus, daß die großen Konzerne ihrem Müll von vornherein, ehe sie ihn an Plaumann gaben, völlige Unbedenklichkeit bescheinigten.**

Schließlich, nachdem die Beweisaufnahme abgeschlossen war und der Staatsanwalt 3 Jahre Gefängnis beantragt hatte, präsentierte Plaumann dem Gericht fünf Aktenordner, aus deren Inhalt einwandfrei hervorgeht, daß die Konzerne von vornherein wußten, wo Plaumann den Müll ablädt.

Die kriminellen Praktiken Plaumanns sind nur die Spitze des Eisberges der verbrecherischen Verseuchung und Vergiftung der Umwelt, die die kapitalistischen Konzerne mit der Hilfe des bürgerlichen Staates betreiben, weil es ihnen einzig um ihre Profite, nicht aber um die Erhaltung der Natur und der Umwelt und die Gesundheit der Menschen geht.

Strompreiserhöhung zum 1. Januar

Am 10. Dezember hat die Bundesregierung eine weitere Maßnahme zur Ausplünderung der Werktätigen beschlossen. Ab 1. Januar 1976 soll nämlich der Strompreis noch weiter ansteigen als bisher und um fast einen halben Pfennig pro Kilowattstunde teurer werden.

Treffen wird diese Teuerung allerdings nur die Werktätigen, alle diejenigen, die mit Strom heizen, kochen, Haushaltsgeräte betreiben usw. usf. Für die Kapitalisten dagegen ändert sich überhaupt nichts, sie werden den Strom weiterhin zu Vorzugspreisen bekommen. Einige von ihnen, die Stahlkonzerne an Rhein und Ruhr, die Bergbaugesellschaften und Energiekonzerne, die Großbanken, die hinter ihnen stehen und die alle an der Ruhrkohle AG und am Saarbergbau beteiligt sind, werden an der Erhöhung des Strompreises Millionen verdienen.

Warum soll der Strom teurer werden?

Schon seit einiger Zeit sind die Halden im Steinkohlebergbau an der Ruhr und im Saarland auf eine neue Rekordhöhe angewachsen, die Ruhrkohle AG hat Feierschichten eingelegt, weitere Zechenschließungen sind angekündigt. Angeblich um den Bergbau zu retten, Arbeitsplätze und die nationale Energieversorgung zu sichern, in Wirklichkeit, um die Lasten der kapitalistischen Krise auf die Werktätigen abzuwälzen, hat die Bundesregierung beschlossen, daß die öffentlichen Elektrizitätswerke sich verpflichten müssen, 26 Millionen Tonnen Steinkohle fest aufzukaufen, um daraus Strom zu erzeugen und sich zusätzlich 2 Millionen Tonnen auf Halde zu legen, um einen Betriebsvorrat zu haben. Die Kosten dafür werden auf die Verbraucher abgewälzt — den Monopolen dagegen werden Millionen an Subventionen und garantierten Profiten in den Rachen geworfen. Das ist der wahre Sinn des ,,Programms zur zur Rettung der Kohle, der Arbeitsplätze und der Zechen".

Im übrigen ist auch die Behauptung von der Sicherung nationaler Kohlevorräte reiner Betrug. Eben erst hat die Bundesregierung einen riesigen Gasvertrag zwischen Bonn, Teheran und Moskau abgeschlossen, der den russischen Sozialimperialisten die Kontrolle über 20% des westdeutschen Erdgasmarktes garantiert, und darüber hinaus den Anteil der Kohle an der Verstromung senken wird. Die Ruhrgas AG, die an diesem Geschäft Milliarden verdienen wird, gehört denselben Konzernen, denen auch die Ruhrkohle AG gehört: Hoesch, Krupp, Thyssen, Mannesmann usw., und die jetzt noch einmal durch die garantierte Abnahme von 2 Mio. Tonnen verdienen werden.

Wie jede andere bürgerliche Regierung im Kapitalismus hat die Bundesregierung vor allem eine Aufgabe: das Volk auszuplündern und den kapitalistischen Monopolen Höchstprofite zu verschaffen.